Stefan Orth
Volker Resing (Hg.)

AfD, Pegida und Co.

Angriff auf die Religion?



HERDER

Stefan Orth, Volker Resing (Hg.)

AfD, Pegida und Co.

Angriff auf die Religion?



www.herder.de

Umschlaggestaltung: Verlag Herder
Umschlagmotiv: © dpa
E-Book-Konvertierung: Carsten Klein, München

ISBN (E-Book) 978-3-451-81122-7
ISBN (Buch) 978-3-451-27466-4

Inhalt

Verzeichnis der Autoren und Herausgeber

Vorwort

Was länger schon in anderen europäischen Ländern und auch im US-amerikanischen Wahlkampf mit dem dann gewählten Präsidenten Donald Trump zu beobachten war, scheint jetzt auch auf Deutschland zuzutreffen: Rechtspopulistische Strömungen verfestigen sich. Zuerst die Demonstrationen der »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands« (Pegida), jetzt der anhaltende Erfolg der »Alternative für Deutschland« (AfD), die inzwischen, teils aus dem Stand mit höheren zweistelligen Prozentzahlen, in rund zwei Drittel aller Landesparlamente der Bundesrepublik Deutschland eingezogen ist. Zwar hat es von der NPD über die »Republikaner« immer wieder Parteien im Spektrum rechts von den Unions-Parteien gegeben. Sie konnten allerdings keine vergleichbaren Erfolge erzielen.

Zu den zentralen Themen von AfD, Pegida und anderen gehört die Religion. Einerseits bezieht man sich auf das »christliche Abendland« und fürchtet sich vor »dem Islam«, den man undifferenziert wahrnimmt. Andererseits stören sich die Wortführer am Engagement der Kirchen für die Flüchtlinge im Land, die seit dem Herbst 2015 in größerer Zahl gekommen sind. In vielfältiger Weise geht es da um Religions- und Kirchenkritik. Angriff auf die Religion also? Und das so kurz vor der Bundestagswahl 2017?

Wie ist es überhaupt zum Phänomen AfD gekommen? Und worum geht es ihr im Kern? Vor allem um den Euro als skeptisch beäugte Leitwährung Europas, die vermeintlich für die nationalen Interessen gefährliche Europäische Union, die Kritik an der jüngeren Flüchtlingspolitik oder gar um die Ablehnung des Islam in all seinen Facetten?

Wie sehen die AfD und einzelne ihrer wichtigen Vertreter das Christentum, das Judentum und den Islam? Inwieweit ist die Berufung auf das »christliche Abendland« zutreffend? Welche religionspolitischen Forderungen werden im Einzelnen gestellt? Welche Enttäuschungen stehen möglicherweise hinter den kritischen Haltungen?

Und vor allem: Wie gehen auf der anderen Seite die Kirchen und ihre wichtigsten Vertreter mit dem neuerlichen Rechtspopulismus um? Wie ist ihm ihrer Überzeugung nach am besten zu begegnen, artikuliert er doch immer wieder auch diametral entgegengesetzte Überzeugungen zum Christentum, vor allem beim Einsatz für Fremde, in Not Geratene, Hilfe suchende Flüchtlinge? Welche Wege führen bei der Auseinandersetzung mit den Provokationen durch AfD, Pegida und Co. auf der anderen Seite in die Irre?

Das sind die Fragen, um die es in diesem zweiten Band der Edition Herder Korrespondenz über die Wechselbeziehungen zwischen Rechtspopulismus und Religion geht. Dabei kommen ganz unterschiedliche Ansätze und Lösungsvorschläge zu Wort. Die europäischen Perspektiven werden ebenso berücksichtigt wie die besondere Situation in Sachsen oder in Baden-Württemberg. Zu Wort kommen Politiker, Theologen, Politikwissenschaftler sowie andere Experten und Kirchenmänner.

Wir danken allen Autoren für die hervorragende Zusammenarbeit und die Aktualität der Beiträge. Wir wünschen eine anregende Lektüre.

Stefan Orth und Volker Resing
Freiburg, im November 2016

Paul M. Zulehner

Zum Rechtspopulismus in Europa

Gründe und Gegenstrategien

Wachsende Teile der Bevölkerungen Europas bewegen sich politisch schon seit der Mitte der Neunzigerjahre nach rechts. Dass in jüngster Zeit eine große Zahl von Schutzsuchenden aus den Kriegsgebieten im Nahen Osten, Afghanistan oder Afrika nach Europa gekommen ist, kann also allein diese Entwicklung nicht erklären. Der Zuzug von Frieden suchenden Menschen ist eher eine Lesehilfe für diese schon laufende Entwicklung, verstärkt sie allerdings auch. Die wahren Ursachen liegen tiefer. Daher ist auch zu erwarten, dass nach einem erhofften baldigen Ende der vielen Kriege in der Nähe Europas die Rechtsbewegung auf dem Kontinent keinesfalls aufhören wird. Es wäre eine trügerische Hoffnung, darauf zu setzen. Eine differenzierende Analyse über die wahren Gründe ist ebenso angebracht wie eine fundierte Gegenoffensive, falls man die rechtspopulistische Entwicklung für schädlich hält.

Umbrüche

Darin ist sich die Wissenschaft einig: Die politische Rechtsbewegung hat mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen zu tun. Diese erfolgen mit atemberaubender Geschwindigkeit. Angetrieben werden sie durch naturwissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Errungenschaften. Die Erfolge in den Wissenschaften wachsen in immer kürzerer Zeit, verändern die Produktionsweisen (man denke an Wirtschaft 4.0), aber auch die Mittel der Kommunikation. Die Welt eint sich wirtschaftlich und ökologisch, zugleich hat sich der Terror globalisiert und prägende Krisen haben Weltdimension. Nicht einmal alle hochgebildeten Menschen kommen mit der Entwicklung und ihrem Tempo zurecht. Von den weniger gebildeten Schichten ganz zu schweigen.

Typisch für die Entwicklung ist, dass sie für die große Mehrheit »unübersichtlich« geworden ist – Jürgen Habermas redet von der »neuen Unübersichtlichkeit«. Zugleich haben in den letzten

Jahrzehnten in allen Ländern Europas – im Westen seit 1968, im Osten seit 1989 – die Freiheitsgrade zugenommen. Was als repressiv für die Freiheit empfunden wurde, erlitt eine markante Schwächung. Das widerfuhr Normen, Autoritäten und Institutionen. So kam es aber nicht nur zu einer Aufwertung des Individuums, sondern zugleich auch zur Privatisierung vieler Risiken. Von »riskanten Freiheiten« ist die Rede (Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim).

Diese neuen Anforderungen an die persönliche Lebensführung bringt eine gut gebildete, Ich-starke und daseinskompetente gesellschaftliche Elite nicht aus der Fassung. Zugleich macht sie aber große Mehrheiten in den Bevölkerungen fassungslos. Die Schere zwischen Anforderungen und entsprechenden Kompetenzen geht bei einer wachsenden Zahl von Zeitgenossinnen und Zeitgenossen zunehmend auseinander. Zumal die Zahl junger Menschen (primär unter den Männern) wächst, welche inmitten der von Generationen erkämpften europäischen Freiheitsgesellschaften die lästige Last der Freiheit wieder loswerden wollen. Das begünstigen einige markante gesellschaftliche Faktoren. Ich-Stärke und mit ihr Daseinskompetenz entwickeln sich für gewöhnlich in den ersten Lebensjahren in stabilen familialen Netzwerken in förderlich-fordernder Auseinandersetzung mit elterlichen Menschen, Müttern und Vätern. Bei dieser Aufgabe erleben sich aber nicht wenige berufstätige Eltern zunehmend überfordert. Nicht selten ist das Familiensystem ramponiert. Nicht förderlich zur Ausbildung widerstandsfähiger Ich-Stärke ist die oral gestimmte Konsumkultur, die von der Verführbarkeit der Bürgerinnen und Bürger profitiert.

Wachsenden Herausforderungen stehen also bei einer beträchtlichen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern schrumpfende Daseinskompetenzen gegenüber. Die sozialen Medien, von denen man auf den ersten Blick einen Zuwachs an kommunikativer Vernetzung erhoffen kann, führen eher zur ausufernden Entnetzung der realen Personen und schaffen im Rahmen virtueller Kollektive viele Alleingelassene und Vereinsamte. Die Ausbildung stabiler und handlungskompetenter Identitäten hat es in solchen Zusammenhängen nicht leicht. Sich Fügen und Einfügen ist »in«.

Identitätsanleihen

Auf diese Entwicklung gibt es eine logische »Überlebensreaktion«. Misslingt die eigene Ausbildung einer handlungsfähigen Identität, dann liegt es nahe, sich eine solche zu »leihen«. Vorbilder haben Konjunktur. In strahlendes weißes Gewand gekleidete Päpste waren und sind solche Identitätslieferanten für überraschend viele junge

Menschen. Neben Vorbildern haben auch »Führer« neuerlich Konjunktur. Attraktiv erweisen sich mit diesen Anführern jene Bewegungen, welche versprechen, die Unübersichtlichkeit zu vermindern. »Komplexitätsreduktion«, von manchen der Religion zugewiesen,[1] wird zunehmend von säkularen Führungspersonen, Frauen wie Männern, geleistet. Populismus vereinfacht, mindert die Unübersichtlichkeit, verspricht einfache Lösungen für komplexe Probleme. Das verleiht manchen populistischen Bewegungen eine religiöse Aura und damit Attraktivität und argumentative Unantastbarkeit.

Mit dem Wunsch nach einfachen Erklärungen und Lösungen geht eine Ablehnung all jener einher, welche unbeugsam auf die Komplexität der Wirklichkeit verweisen und so die gesuchte Einfachheit in der Analyse verweigern und bei der Suche nach »Lösungen« verunsichern. Mahnende Andersdenkende werden schnell zu Gegnern der eigenen psychischen Überlebensstrategien. Für solche gibt es keinen Respekt und keinerlei Toleranz, eher schon Hass und abwehrende Gewalt, wie es der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker widerfahren ist. Multikulturelle Vielfalt wird als unerträglich erlitten und verworfen. Für »Pluralitätstoleranz« (Hermann Stenger) ist man nicht geeignet.

Bekommt es eine solche Persönlichkeit dennoch mit »Anderen« zu tun (anderen Meinungen im Land, mit Menschen, die aus anderen Kulturen kommen und eine andere Weltanschauung haben), dann gefährden diese die gesuchte oder auch gewonnene einfache Weltsicht. Um sich nicht verunsichern zu lassen, werden diese »Anderen« bekämpft. Im Mittelalter wurden Scheiterhaufen errichtet. Heute brennen mediale Scheiterhaufen, zu gewaltaffinen Protestdemonstrationen wird angefeuert, noch gar nicht bezogene Flüchtlingsheime werden abgefackelt, Schutz suchende Personen angepöbelt und angegriffen; in sozialen Medien wird gnadenlos gehasst und gehetzt. Findet sich ein psychisch belasteter Mensch, von denen es in modernen Kulturen genug gibt, kommt es zu barbarischer »Gewalt gegen Personen und Sachen«. Solche Gewalt zeigt sich zunächst in der Sprache; Postings bringen sie hemmungslos ans Licht. Der Weg von der Sprache der Gewalt zu ausgeübter Gewalt ist kurz. Dass populistische Führer sich gern der derben und gewaltaffinen Sprache bedienen, ist fahrlässig und macht diese zu Mitschuldigen an den kriminellen Gewalttaten in ihrem Umfeld. Das Ziel ist immer das gleiche: Es gilt, verbal und brachial zu beseitigen, was die eigene überschaubare Weltsicht stört.

Solche Analysen über die psychische Verfassung einer wachsenden Zahl von Menschen besagen nicht, dass es in den modernen Entwicklungen keine realen großen Herausforderungen, ja selbst

Bedrohungen gibt. Die Chancen, welche diese Entwicklung auch mit sich bringt, werden von den Populisten allerdings häufig ausgeblendet und manche von ihnen zugleich (wie die modernen Kommunikationsmittel) selbstverständlich genutzt.

Dieser erste Zugang deckt bereits auf, dass Rechtspopulismus gewiss mit »äußeren Gegebenheiten« zu tun hat, noch mehr aber mit der inneren Konstitution der Personen. Das kann allein daran erkannt werden, dass es in ein- und derselben realen Weltentwicklung nicht nur Menschen gibt, die auf Vereinfachung angewiesen sind und deshalb Vielfalt fürchten, sondern auch andere, die durchaus Lust an der Vielfalt haben. Den Pluralitätsgegnern stehen Pluralitätsliebhaber entgegen, die in der Vielfalt einen kulturellen Reichtum sehen (so auch der Päpstliche Rat für Migration[2]). Die einen riskieren weltweite Öffnung, die anderen fordern sichernde Schließung. Die einen wehren ab, die anderen setzen sich ein. Die einen hetzen, die anderen helfen. Die einen fühlen vorwiegend Ärger, andere Sorge, die Dritten Zuversicht.

Es gibt zwei Texte aus dem Alten Testament, welche diese beiden kontrastierenden Optionen erzählerisch einfangen. In dem einen Text mauert sich die Stadt Jerusalem ein, im anderen erhält sie als offene Stadt eine virtuelle (also kraftvolle) »göttliche Firewall«: »Jetzt aber sagte ich zu ihnen: ›Ihr seht selbst, in welchem Elend wir leben: Jerusalem liegt in Trümmern und seine Tore sind abgebrannt. Gehen wir daran und bauen wir die Mauern Jerusalems wieder auf! So machen wir unserer Schande ein Ende.‹« (Neh 2,17) »Da trat der Engel, der mit mir redete, vor und ein anderer Engel kam ihm entgegen und sagte zu ihm: ›Lauf und sag dem jungen Mann dort: Jerusalem wird eine offene Stadt sein wegen der vielen Menschen und Tiere, die darin wohnen. Ich selbst – Spruch des Herrn – werde für die Stadt ringsum eine Mauer von Feuer sein und in ihrem Innern ihr Ruhm und ihre Ehre‹« (Sach 2,7-9).

Autoritarismus

Diese holzschnittartige Beschreibung der Hintergründe der Entwicklung vieler europäischer Gesellschaften kann sich auf langjährige wissenschaftliche Studien zum sogenannten »Autoritarismus« stützen. Es war Theodor W. Adorno, der eine Erklärung dafür suchte, warum in der dunklen Zeit zwischen den beiden Weltkriegen große Teile der Bevölkerungen in Europa autoritär-faschistische Systeme in freien Wahlen gewählt und jahrelang engagiert unterstützt haben. Er nahm an, dass es in vielen Menschen dieser Zeit eine Bereitschaft zur Unterwerfung unter

autoritäre Führer gegeben habe. Eben diese Unterwerfungsbereitschaft definierte er als »Autoritarismus«. Sie drückt sich knapp gefasst in der Aussage aus: »Recht hat, wer oben ist«. Oder auch im hingabevollen Leitspruch: »Führer befiehl, wir folgen dir!« Wie meine eigene Langzeitstudie »Religion im Leben der Österreicherinnen 1970–2010« belegt, war 1970 dieser Autoritarismus bei drei von vier Menschen in Österreich nach wie vor sehr ausgeprägt.[3] Dank der Studentenrevolution minderte sich der Autoritarismus innerhalb eines Vierteljahrhunderts temporeich. Seit der Mitte der Neunzigerjahre aber steigen die Werte zumal bei jüngeren Menschen neuerlich an. Dieser Autoritarismus ist, so die Studie an deutschen Männern 2008, an den politischen Rändern links wie rechts erheblich ausgeprägter als in der politischen Mitte.[4] Das gilt zumindest für die Sympathisanten und Sympathisantinnen – in der damaligen Studie also für die NPD sowie für »Die Linke«.

In meiner Online-Umfrage zur Flüchtlingspolitik im Jahre 2015 hatte ich gleichfalls die Ausstattung der Befragten mit Autoritarismus erhoben.[5] Dabei bestätigte sich, dass sich die autoritär gestimmten Menschen weitaus mehr einen starken Führer wünschen als die wenig-autoritär ausgestatteten Menschen. Zudem zeigen die Daten zugleich, dass autoritär gestimmte Menschen die »Alternative für Deutschland« (AfD) überdurchschnittlich unterstützen. Die Führenden der AfD und die gesamte Bewegung sammeln somit Menschen, denen die gegenwärtige Entwicklung »unübersichtlich« und damit bedrohlich geworden ist und der gegenüber sie sich ohnmächtig allein gelassen erleben. Deshalb sie sind dankbar, dass sich jemand ihrer Ängste und Verunsicherungen annimmt. Die gebildeten Führenden der AfD leisten damit den im Schnitt weniger gebildeten Personenkreisen einen – von diesen gesuchten – psychischen Dienst der Entlastung und Orientierung. Das erklärt Dankbarkeit, Zusammenhalt, Gefolgschaft, Treue zur Bewegung sowie Aggressivität gegen Andersdenkende in Wort und Tat. Den Führenden der AfD kommt dies zugute. Sie leihen einerseits den Verunsicherten eine Gruppenidentität, mit der diese wohl auch geraume Zeit das Auslangen finden. Ihrer Bewegung führt dies andererseits eine ansehnliche Anzahl von Modernitätsgegnern sowie Modernitätsverlierenden zu. Dass dies nicht dazu beiträgt, in den Mitgliedern der Bewegung eine autonome Identität aufzubauen, mag kritisiert werden. Für die Anhänglichkeit an die Bewegung und damit deren politische »Schlagkraft« (in des Wortes doppelter Bedeutung) ist diese »Unmündigkeit« durchaus sehr nützlich.

Ängste

In all diesen Analysen schwingt bereits jene Thematik mit, welche die derzeitige politologische Diskussion nachhaltig prägt: die Rolle der Ängste im persönlichen wie im politischen Leben. Dabei soll hier nicht ausführlich auf den komplexen Unterschied zwischen Angst und Furcht eingegangen werden. Nur so viel sei gesagt: Die meisten Menschen im Land unterscheiden alltagssprachlich beide Gefühle nicht trennscharf voneinander. Sie scheinen ein Gespür dafür zu haben, dass sie mehr zusammenhängen als unterscheidbar sind. Die Begriffsgrenzen sind fließend. Wenn man schon unterscheidende Akzente setzen will, dann ist der Sitz der Ängste eher der Bauch, jener der Furcht hingegen der Kopf. Ängste sind oftmals gesichtslos diffus, die Furcht hingegen hat vielfältige Gesichter. Angst lähmt, Furcht macht handeln. Solche Furcht spielte einst und spielt auch heute im Überlebenskampf der Menschen eine wichtige Rolle. Das bescheinigt kulturanthropologische Forschung einhellig.

Angst haben wir alle, so die Tiefenpsychologin Monika Renz, in jedem Menschen lauert eine Urangst.[6] Das ist ihre plausible Erklärung dafür: In der Wärme und Geborgenheit des Mutterschoßes genieße für gewöhnlich das neue menschliche Lebewesen paradiesische Verhältnisse. Bei der Geburt hingegen werde es aus dem Paradies vertrieben. Eine Urangst stelle sich (trotz aller kreatürlichen Neugierde des lebenshungrigen Wesens) ein. Leben wird als verletzlich empfunden. Die »Erbsündenlehre« des Ostens spricht von der Wunde des Todes.

Nun aber gelte es in einem lebenslangen Prozess, dem Tohuwabohu der Urangst festes Lebensland namens Urvertrauen abzugewinnen. Wer vertrauen lernt, kann glauben und lieben. Elterliche Menschen, die in einem »Raum geprägt von Stabilität und Liebe«[7] ihr Gesicht über dem Neugeborenen leuchten lassen (was Fromme ein Leben lang vom elterlichen Gott erhoffen), tragen dazu bei, dass Bindung und damit Vertrauen aufgebaut wird.[8] Behält aber die Angst über das Vertrauen die Oberhand, dann greifen solche Personen zu Selbstverteidigungsstrategien. Die herausragenden sind: Gewalt, Gier und Lüge – oder politisch: Terror, Finanzgier, Korruption.

Den meisten Menschen gelingt es, im Laufe ihres Lebens liebende Menschen zu werden. Das schaffen sie, wenn und weil sich die Balance zwischen Angst und Vertrauen bei ihnen auf die Seite des Vertrauens neigt. Zeiten des Friedens und des Wohlstands sind gute soziale Bedingungen für ein solches Überwiegen des Vertrauens. Ob das Vertrauen die Oberhand behält, hat viel mit dem herrschenden gesellschaftlichen Klima zu tun.

Dieses Klima ist aber im heutigen Europa nicht vertrauensfreundlich. Der französische Politologe Dominique Moïsi vermutet, dass China und Indien eine »Kultur der Hoffnung« besitzen.[9] In der Arabischen

Welt beobachtet er hingegen terrorproduzierende »Demütigung« und in Amerika gebe es seit *Nine Eleven* eine »Kultur der Angst«.[10] Europa wiederum habe sich regional unterschiedlich entwickelt und erst 2008 in einer »Angstkultur« wirklich »geeint«.[11] Bis dahin gingen die beiden Hälften Europas verschiedene Gefühlswege. Westeuropa war nach dem Zweiten Weltkrieg eine aufblühende Hoffnungskultur. Hoffnungszeichen dieser Zeit waren: Wirtschaftswunder, europäische Einigung, dadurch für Europa einmalige 70 Jahre Frieden. Die bis heute unbewältigte Finanzkrise und in deren Folgen die wirtschaftlichen Probleme vor allem im Süden Europas mit enormer Jugendarbeitslosigkeit haben in Westeuropa eine Angstkultur ausgelöst.

Anders Osteuropa. Dort kreierten die totalitären Systeme eine Kultur der Verdächtigung, der Überwachung, der allgegenwärtigen Ängste. Die samtene Revolution von 1989 befreite den Halbkontinent von dieser vierzigjährigen »babylonischen« Gefangenschaft in einer Angstkultur. Hoffnung keimte auf: die Hoffnung auf politische und persönliche Freiheit, auf die Befreiung der Bürgerinnen und Bürger von der allgegenwärtigen Überwachung, auf Sicherheit und wirtschaftlichen Aufschwung inmitten der Europäischen Union, in die sie damals freudig hineindrängten.

Es war die Hoffnung auf einen neuen Patriotismus, der freilich allzu schnell in einen im Internationalismus des Kommunismus unterdrückten dumpfen Nationalismus kippte und der heute in vielen jungen Reformdemokratien von Viktor Orbans Ungarn ausgehend populistisch bewirtschaftet wird. Dieser Orbanistische Nationalismus hat rasch um sich gegriffen und schuf eine seltsam anmutende Ambivalenz im Verhältnis zur Europäischen Union. Einerseits braucht man sie zum Schutz gegen den neuen realen oder befürchteten Imperialismus Russlands. Andererseits wird die Abhängigkeit von Moskau rasch durch eine gefühlte Fremdbestimmung durch Brüssel ersetzt. Im Versuch, die Herausforderung durch Frieden und Sicherheit suchende Kriegsflüchtlinge in Europa gemeinsam zu meistern, hat sich dies deutlich gezeigt. Die sogenannten Vysegrádländer wie Polen, Ungarn und andere wehren sich, gemeinsam beschlossene Quotenregelungen in die Praxis umzusetzen. Eine »illiberale Demokratie« gilt als Ziel politischer Reformen. Um die eigene Bevölkerung darauf einzustimmen, sind viele Mittel willkommen: Der Schutz des Christlichen Abendlandes vor dem Eindringen des Islam wird als »guter« Grund der Verweigerung einer solidarischen Meisterung der Flüchtlingsfrage ebenso beschworen wie die Reinheit der Kultur der wieder erstandenen eigenen Nation. Sosehr man den europäischen Schutzschild will, die ökonomischen Vorteile sucht, so wenig sind osteuropäische Länder bereit, angesichts ihrer ohnedies

großen ökonomischen Begrenzungen solidarisch Lasten mitzutragen. Manche sind dank ihrer prekären wirtschaftlichen Lage dazu auch gar nicht imstande.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, ein tiefer liegendes Problem nicht lösen würde, sondern dieses lediglich ans Licht hebt: Flüchtlinge, die beispielsweise in Polen Asyl und mit diesem die europäische Ansiedlungsfreiheit erhalten haben, ziehen binnen weniger Monate nach Deutschland oder nach England weiter. Die Sozialleistungen in Polen betragen in etwa ein Drittel der Leistungen in Deutschland. Wen wundert es, dass Flüchtlinge von Polen nach Deutschland weiterziehen, ja dass von Haus aus »Germany«, »Austria« oder »Sweden« von den wohl informierten Schutzsuchenden als bevorzugtes Fluchtziel angegeben wurden? Die Flüchtlinge decken also durch das Votum ihrer Füße das dramatische soziale Gefälle auf, das Europa als Solidargemeinschaft derzeit immer noch schwer belastet. Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass dank der Politik der Europäischen Union die Förderung der Regionen in den letzten Jahrzehnten große Erfolge zu verbuchen hat. Aber ebenso klar ist, dass noch viele Aufgaben gemeistert werden müssen, bis die sozialen Unterschiede einigermaßen eingeebnet sind.

Politik der Angst

Seit 2008 herrsche, so Dominique Moïsi, in ganz Europa eine – freilich unterschiedlich eingefärbte – Kultur der Angst. Das begünstigt, dass es nunmehr immer mehr Menschen misslingt, im Balanceakt Angst–Vertrauen sich auf der Seite des Vertrauens zu halten. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine wachsende Zahl von Menschen von realen Befürchtungen, handfesten Sorgen und diffusen Ängsten belastet sind, hat zugenommen. »Man muss die Ängste der Menschen ernst nehmen«, so lautet ein Standardsatz politischer Sonntagsreden. Dieser Satz kann ein Zweifaches bedeuten: Man nimmt zwar die Ängste der Leute wahr, aber statt sie zu mindern, werden sie durch eine »Politik der Angst« noch vermehrt. Die wahltaktische Absicht ist klar: Je mehr Ängste die Menschen haben, umso eher wählen sie eine populistische Angstpartei. Der Erfolg populistischer Bewegungen verdankt sich realen und irrealen Ängsten eines Teils der Bevölkerung.

Die Themen einer solchen Politik der Angst hat die Online-Studie 2015 deutlich aufgezeigt. Sie kreisen alle um »Abwehr«: Abgewehrt werden äußerlich die Schutz suchenden Flüchtlinge, innerlich aber die eigenen Ängste und Sorgen. Stichworte einer »Politik der Angst« sind: Man müsse Zäune errichten, Europa zur Festung ausbauen; die

Kriminalität nehme zu, es kämen doch nur Wirtschaftsflüchtlinge, Krankheiten würden eingeschleppt, die Islamisierung des Christlichen Abendlandes drohe; wenn es so weitergehe, komme unaufhaltsam eine Katastrophe auf uns zu.

Diese »Politik der Angst« hat ihre eigene Sprache. Sie meidet Gesichter, umgeht Worte wie Herausforderung, Bewältigung, Bereicherung. Es geht in den politischen Reden nicht um Menschen, die Sicherheit, Frieden und Schutz suchen. Von Lawinen, Strömen und Wellen ist ebenso die Rede wie vom Hochziehen von Schotten im Frachtraum des Schiffes Europa, welches durch das Eindringen der Flüchtlinge vom Untergehen bedroht ist. Geschürt wird der Verdacht des Missbrauchs von Sozialleistungen. Zur Eigenheit der Kommunikation unter Anhängern einer »Politik der Angst« gehören Verschwörungstheorien sowie erfundene Gräuelgeschichten (vgl. www.hoaxmap.de). Einzelfälle werden generalisiert. Nach Köln könne sich keine blonde deutsche Frau mehr auf der Straße vor männlichen, Testosteron-überfüllten Flüchtlingen sicher fühlen. Pfeffersprays und kleinkalibrige Waffen wurden über Nacht zu Bestsellern. Diese Politik hat in der Studie einen Schutzherrn, eine politische Galionsfigur: Viktor Orban, Regierungschef in Ungarn, der am Rande einer Tagung der Regierungschefs der »Balkanroute« im Österreichischen Fernsehen seine Teilnahme mit den Worten erklärte: »I am here only as observer.«

Politik des Vertrauens

»Man muss die Ängste der Menschen ernst nehmen«: Das kann auch bedeuten, die Ängste der Menschen wahrzunehmen und durch eine »Politik des Vertrauens« abzumildern. In der Online-Studie werden die entsprechenden Momente einer vertrauensbildenden Politik sichtbar. Stichworte sind: Integration (auf Zeit, auf Dauer), Sprache lernen, Wohnen in kleineren Einheiten, Zugang zum Arbeitsmarkt und entsprechende Ausbildung beziehungsweise Anerkennung von mitgebrachten Qualifikationen, intensive Kommunikation mit der ansässigen Bevölkerung in Begegnungen und Festen. Die Grundstimmung einer solchen Politik ist Einsatz, das bewegende Grundmotiv: Wir schaffen es. Das macht die Autorin dieses Wahlspruchs, Angela Merkel, in ihrem Stehvermögen zur Leitfigur einer »Politik des Vertrauens«.

Eine solche vertrauensbildende Politik setzt sich engagiert für einen baldigen Waffenstillstand ein. Ihre Außenminister besuchen die am Krieg beteiligten Länder wie Saudi-Arabien und den Iran statt Grenzzäune in Mazedonien. Waffenlieferungen werden erschwert,

auch wenn das der Waffenindustrie des Landes nicht dient. Es wird durch verlässliche Finanzierung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) sichergestellt, dass die Flüchtlinge in den riesigen Lagern rund um das Kriegsgebiet genug Nahrung haben und dass auch Bildung für Kinder und Jugendliche ermöglicht wird. Die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mit dem nördlichen Afrika werden aufgestockt, um den verarmten Regionen Hoffnung auf ein Überleben in der Heimat zu geben. Schon jetzt wird an einem Marshallplan für Syrien gearbeitet. Nur wenn der Wiederaufbau des Landes rasch vorangeht und für diesen jetzt bei uns Asylsuchende großzügig ausgebildet werden, kann der Traum jener Frau in Erfüllung gehen, die mir erzählte, dass sie so große Sehnsucht nach ihren Aprikosenbäumen in Aleppo habe.

Eine solche »Politik des Vertrauens« ist durch eine breit gefächerte Bildung zu unterstützen. Dazu gehört Persönlichkeitsbildung, weil daseinskompetente ich-starke Persönlichkeiten eher eine »Politik des Vertrauens« unterstützen als Verunsicherte und von sozialen Abstiegsängsten Bedrohte. Hohe Dringlichkeit besitzt dabei interreligiöse Bildung. Unsere Bevölkerung muss lernen, dass alle Religionen ambivalent sind. Keine Religion ist davor gefeit, sich in ihrem Handeln durch einen »Gott«, der ein Ebenbild ihrer Machtgelüste ist, zu rechtfertigen. Das haben die europäischen Christen im Dreißigjährigen Krieg ebenso gemacht wie heute der sogenannte Islamische Staat Gott in Misskredit bringt, statt ihm Kredit zu beschaffen. So wie das Christentum Krieg damals gegen das Christentum geführt hat, führt heute der Islam Krieg gegen den Islam (Navid Kermani). Es muss den Menschen durch religiöse Aufklärung klar werden, dass das Wesen der großen Religionen Erbarmen und Gerechtigkeit ist, nicht Gewalt und Rache. Kriterium einer wahren Religion ist, dass Leben auf- und nicht umkommt.

Dazu wird es unverzichtbar sein, dass es für die heiligen Schriften der großen Religionen eine fachlich hoch entwickelte Exegese gibt. Die Suren des Korans, die der Prophet Muhammed in der Verfolgungszeit in Mekka verfasst hat, sind weit gewaltärmer als jene, die er in Medina schrieb, als er die Macht hatte, weite Teile Nordafrikas, Kleinasiens und Südeuropas zu erobern. Nicht Gott hat sich verändert, wohl aber dessen Einfärbung durch den historischen Kontext des Propheten. Ebenso unerlässlich ist es, den religiösen und den politischen Bereich zu trennen. Die Politik darf nicht mehr religiös legitimiert, das Ringen um Wahrheit nicht mit Waffengewalt ausgetragen werden. Ohne eine »benigne Säkularisierung« (in Anlehnung an Michael Balint) und verbürgte Religionsfreiheit wird es keinen Frieden in Gerechtigkeit geben.

Das Christliche im Christlichen Abendland

Auf dem Programm vieler Populisten in Europa steht »die Rettung des Christlichen Abendlandes«. Man mag verstehen, dass vielen die derzeitige Entwicklung des Christentums in Europa Sorge macht. Schon bald nach dem Krieg fragte der französische Religionssoziologe Emile Pin, ob Europa ein Missionsland sei.[12] Historische Analysen zeigen, dass gerade die Verbindung des Christentums mit der politischen Macht, also »von Thron und Altar«, die nach der Kirchenspaltung 1517 zu einem der blutigsten Kriege in Europa geführt hat, die Reputation des Christentums in Europa nachhaltig beschädigt hat. Voltaire lehnte nicht die Religion für die Menschen ab, wohl aber die Kirchen, welche blutige Hände hatten. Später haben dann Paul-Henri Thiry d'Holbach und Jean-Baptiste le Rond d'Alembert eine Welt ohne Gott gefordert: Erst der Atheismus unterbinde die den Religionen innewohnende Gewalt und schaffe Raum für Frieden. Sein Anliegen erweist sich nach Auschwitz und den GULAGs als historischer Irrtum. Es ist also das Christentum selbst, das sich in Europa schwer und nachhaltig beschädigt hat. Dazu braucht es nicht andere Religionen, die mit Gastarbeitern ins Land gerufen wurden und welche Flüchtlinge mitbringen. Wenn also jemand das Christliche Abendland gefährdet hat, dann waren es in den letzten Jahrhunderten in Europa die Christen selbst. Dazu braucht es nicht Muslime. Diese decken freilich in ihrer Glaubensstärke die Schwäche des Christentums auf. Sind deshalb so viele Menschen aggressiv gegen Muslime, weil diese uns den Spiegel vorhalten, in dem wir unsere eigene Schwäche erkennen? Nicht der glaubensstarke Islam ist also das Problem Europas, sondern das glaubensschwache Christentum ist sich selbst das Problem.

Die Flüchtlingspolitik von Viktor Orban und Angela Merkel unterscheiden sich erheblich. Nun sind aber beide Mitglieder einer christlichen Kirche. Allein dieses Beispiel zeigt, dass es Christinnen und Christen in allen Gefühlslagern gibt: sowohl bei den abwehrend-verärgerten Wutbürgern wie auch bei den zuversichtlich-einsatzbereiten Mutbürgern. Dabei ist die Aufteilung von Wut und Mut hier ziemlich provisorisch; manche sind ob ihrer Zuversicht wütend, andere in ihrer Wut mutig.

Die real gelebte »Religion«, noch mehr: jede »Weltanschauung« erweist sich als höchst ambivalent gegenüber Angst und daran gekettet Ärger, Sorge oder Zuversicht. Dann können Christen und Atheisten wie in Dresden gemeinsam gegen Flüchtlinge demonstrieren, sie können sich aber auch dazu vereinen, für unbegleitete Flüchtlinge ein Haus zu bauen und deren Überlebenschancen gemeinsam zu sichern. Religion kann Angst

mehren, Abwehr verstärken, zu Hass und Gewalt anstiften. Ebenso kann Religion entängstigen, zuversichtlich stimmen, zu handfester Solidarität führen. Wie Religion »wirkt«, hat offensichtlich neuerlich mit der psychischen Verfassung der jeweiligen Person zu tun. Alle scheinen ihrer Weltanschauung das zu entnehmen, was sie in ihrer Position »legitimiert«.

Dann lesen durchaus sehr gläubige, aber verängstigte Christinnen und Christen nur überkritische Analysen zum Islam und dessen heiligem Buch, was sie in ihrer angstgetränkten Position bestärkt. Aber auch die Zuversichtlichen finden im Koran Suren, die sie bestärken, im Islam eine friedliebende und europa-kompatible Religion zu sehen. Eine Studie in Österreich belegt diese unterschiedlichen Haltungen unserer Bevölkerung gegenüber dem Islam: Neben Personen, die für einen breiten Religionsdialog eintreten, finden sich friedliche und aggressive Kulturchristen. Vor allem für die letzte Gruppe ist der Islam in sich gewaltförmig und nicht kompatibel mit Demokratie und europäischen Werten. Deshalb sollten auch, so diese Gruppe, die christlichen Kirchen stärker gegen den Islam auftreten. Solch ein »Religionsgebrauch« zeigt, wie enorm nicht nur der Islam, sondern alle Weltreligionen gefordert sind, ihre Ambivalenz zu erkennen und zu akzeptieren, auf diesem Weg ihre Anfälligkeit für Gewalt, Intoleranz und fehlendem Respekt vor dem Glauben anderer zu überwinden. Das erklärt, warum es besorgte Christen sowohl bei Pegida und der AfD (Pforzheimer Kreis; Christen in der Alternative für Deutschland) als auch in jenen Organisationen gibt, die sich für Flüchtlinge und deren Integration einsetzen.

Jede Religion braucht daher zu ihrer Reinigung eine fundierte und mutige Religionskritik. Alle Religionen benötigen für das Verstehen ihrer heiligen Bücher eine gediegene Exegese, die mit gläubigem Fingerspitzengefühl zu trennen vermag, was Gottes Wort und was menschliche Zutat ist. Der Religionskritiker Tilmann Moser vermerkte im Radiohörspiel »Kain und Abel«: »Und Gott sprach – nein, es war nur der Priester!« Wer das heilige Buch seiner Religion »fundamentalistisch« liest, kann mit seiner Hilfe leicht seinen Hang zur Gewalt rechtfertigen: Das gilt für Muslime wie für Christen.

Islamophobie

Die Angst vor einer Islamisierung des Christlichen Abendlandes ist konstitutiv für populistische Rechtsbewegungen. Dabei erweist sich diese als weithin irrational. Es werden im Islam nur die Schattenseiten gesehen; die positiven Erfahrungen in der Geschichte (etwa zwischen den Mystikern beider Religionen in Südspanien) werden geflissentlich

übergangen. Die Scharia wird als drohende Gefahr beschworen, wobei übersehen wird, dass die Scharia ein hochentwickeltes Rechtssystem ist, das gewiss vormoderne Momente enthält wie unser älteres Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch in Österreich (ABGB) ja auch: Die k.u.k. Monarchie hatte nach der Annexion von Bosnien-Herzegowina 1908 in Sarajevo eigens eine Akademie zur Ausbildung von Scharia-Richtern geschaffen. Dass Frauen im traditionellen Islam den Männern untergeordnet sind, dass die überkommenen Mittel des Strafens uns mittelalterlich anmuten, dass die Suren fundamentalistisch und ohne einen Hauch von aufklärerischer Exegese gelesen werden: Solches schaffen Fundamentalisten in Nordamerika auch. Zudem vertritt ein nicht unbeträchtlicher Anteil von Männern in unseren europäischen Ländern laut eigener Studien durchaus traditionelle Rollenbilder von Mann und Frau. Junge Muslimas hingegen erweisen sich hinsichtlich ihres Frauenbildes unseren jungen Mädchen ebenbürtig.[13] Sie haben auch einen ähnlich niedrigen Kinderwunsch wie die gleichaltrigen einheimischen Frauen. Die Angst, dass kinderreiche Flüchtlinge das kinderarme Europa gleichsam »niedergebären«, hat lediglich mit eingebildeten, nicht aber mit realen Muslimas zu tun. Diffuse Angst meidet die Realität. Sie macht blind und lähmt.

Es wäre freilich angebracht, würden wir Christen selbst ohne »Kampf gegen den Islam« das verloren gegangene Christliche im Abendland neuerlich stärken. Dabei steht nicht infrage, dass sich das Christentum selbst tiefgreifend entwickelt hat. Aus einer nahezu »sektoiden Gemeindetheologie« ist inzwischen eine wahrhaft katholische Religion geworden, postkonfessionell, universell, nicht mehr exklusiv heilspessimistisch, sondern inklusiv heilsoptimistisch.[14] Im Folgenden stelle ich einige Stichworte zum Stärken des Christlichen im Abendland zusammen und mache zu ihnen knappe Anmerkungen.[15]

Postkonfessionell katholisch

Das Christentum sorgt sich heute nicht mehr um seine eigenen Mitglieder. Es ist nicht nur eine Weltreligion, weil es auf der ganzen Welt verbreitet ist, sondern weil es Licht und Salz (Mt 5,13f.) für alle Menschen in der einen Welt ist. An den Christen kann abgelesen werden, was Gott mit allen vorhat: Das ist ihre »Mission«. So besehen ist das Christentum in einem postkonfessionellen Sinn dabei, wieder wirklich postkonfessionell-katholisch zu werden, also alle Menschen zu umfassen. Es lehrt unnachgiebig, dass alle Menschen Ebenbilder Gottes sind, der Atheist ebenso wie die Muslima oder der Jude. Die

Formel lautet: »Weil nur ein Gott ist, ist jede eine, jeder einer von uns.« Der an der türkischen Küste angeschwemmte dreijährige Junge Aylan Kurdi ist also einer von uns. Thema jeder Weltreligion ist daher die eine Menschheit in dem einen gemeinsamen »Welthaus« (oikos). Solchem transnationalen Universalismus steht jegliche Abschottungspolitik entgegen; Nationalismus verträgt sich nicht mit ihm. Die Christen sehen letztlich in der heutigen Einung der Menschheit, ihren vielen Kulturen und Weltdeutungen, eine schon im Pfingstfest angedeutete Vorahnung vom vollendeten Zustand der Welt in der von der Vergänglichkeit geheilten Schöpfung. Alle sind längst eins geworden im auferstandenen Christus, der das Haupt der Schöpfung sein wird und dank der Auferweckung entgrenzt von Raum und Zeit alle und alles (also den gesamten Kosmos) an sich ziehen kann, was ihn zum »kosmischen Christus« macht.

Nächstenliebe ohne Obergrenzen

Aus der tiefen Verwobenheit aller Menschen in der einen Menschheit Gottes folgt auf der ethischen Handlungsebene die Ausrichtung aller Menschen auf universelle Solidarität. Die Verantwortung füreinander kennt keine Grenzen. Auch keine Obergrenzen: wobei das Problem für viele verängstigte Bürgerinnen und Bürger ja nicht primär die großen Zahlen von Schutzsuchenden waren, sondern die anfangs nicht geschaffte Ordnung beim Zuzug.

Dass Nächstenliebe grundsätzlich keine Grenzen kennt, ist freilich unter den Christen nicht unumstritten. Manche mögen es ja auch nicht, wenn sie in der Eucharistiefeier hören, dass das Blut Christi »für alle« vergossen ist. Sie bevorzugen das »für viele«, und meinen entgegen der biblischen Grundausrichtung »nicht alle«. Leute, die in der Flüchtlingspolitik Obergrenzen brauchen, tendieren auch zu einem Heilspessimismus, der nur die Christgläubigen ein-, damit aber die Mehrheit letztlich ausschließt. Sie haben Augustinus und seine theologisch unhaltbare Behauptung, dass am Ende der Zeiten aus der großen Menge der »massa damnata« nur einige wenige gerettet sein werden, noch nicht überwunden.

Natürlich ist eine solche universelle Solidarität nicht blauäugig und nicht unrealistisch. Auf dem Weg des Handelns ist sie an die raumzeitlichen Möglichkeiten gebunden. Aber eine solche Bindung nimmt ihr nicht ihre Dynamik. Es ist immer mehr möglich, als wir in unserer Verzagtheit, aber auch ängstlichen Selbstbezogenheit für möglich halten. So sind im reichen Europa, zumindest in dessen reichen Regionen, die Möglichkeiten zum Teilen längst nicht ausgeschöpft. Niemand hat bislang auf seinem Lohnzettel wegen der Flüchtlinge

auch nur einen einzigen Cent weniger. Es könnte auch durchaus einen Solidaritätszuschlag für Flüchtlinge geben. Dazu müsste sich freilich politisch herumsprechen, dass sich Solidarität nicht mit der Wahrung übermäßigen Reichtums auf dem Rücken armer Teile der Menschheit verträgt.

Wirkliche Christen und viele Menschen guten Willens ringen darum, dass es immer mehr Menschen auf der Welt gut geht. So arbeitet etwa die UNO in ihren Milleniums-Programmen dafür, dass weniger Menschen in der Einen Welt hungern, dass sie zu trinken haben und in Würde überleben können. Sie zeigt damit, was alles möglich ist, wenn kleine Ziele gesetzt und konsequent schrittweise umgesetzt werden. Christlich und humanistisch ist nicht, dass alle Ziele erreicht werden, sondern dass solche gesetzt und mit vollem Einsatz angestrebt werden. Das macht eine »Politik des Vertrauens aus«, die sich dem Christlichen verdankt. Ihr Ziel ist aber nicht, die Illusion aufrechtzuerhalten, dass Europa auf Dauer eine Insel des Reichtums inmitten einer Wüste der Armut bleibt. Der »Globale Marsch«, der sich schon in den Neunzigerjahren angekündigt hat, ist in Gang gekommen: »Große Wanderbewegungen sind vorhersehbar, und das nicht nur aus Gründen der politischen, rassistischen oder religiösen Verfolgung, sondern um des wirtschaftlichen Überlebens willen. Solche Wanderbewegungen werden künftig in Europa nicht nur aus dem Osten in den Westen, sondern noch mehr aus dem Süden in den Norden stattfinden. Die demografische Entwicklung ist im Süden der Erde eine andere als im Norden. Bis Mitte des kommenden Jahrhunderts werden die Bewohner der heutigen Industrieländer nicht einmal mehr 20 Prozent der Weltbevölkerung stellen. Das schafft einen enormen Bevölkerungsdruck, der in Verbindung mit fehlender Chancengleichheit sowie von Tyrannei und Unterdrückung massive Auswanderungswillen in Richtung Norden auslösen wird, die sich nicht eindämmen lassen. Unsere Nachkommen werden vermutlich Massenwanderungen ungekannten Ausmaßes erleben. Dieser Prozess hat bereits begonnen, denken wir nur an die Boat-People aus dem Fernen Osten, an die Mexikaner, die illegal in die Vereinigten Staaten kommen, und an die Asiaten und Afrikaner, die nach Europa drängen. Man kann sich unschwer ausmalen, dass im Extremfall unzählige ausgehungerte und verzweifelte Immigranten mit Booten an den Nordküsten des Mittelmeeres landen werden«.[16]

Theologisch durchaus hochgebildete Christinnen und Christen, die populistischen Rechtsbewegungen etwas abgewinnen können, geben diesen bereitwillig Schützenhilfe. Sie beschwören gern die Unterscheidung von Max Weber zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik, übersehen dabei aber, dass der große Soziologe die Ausrichtung der politisch Verantwortlichen an der Gesinnung

fordert. Werden aber, wie es in manchen politischen Disputen geschieht, die Gesinnung den Kirchen und ihrer Caritas beziehungsweise Diakonie und die Verantwortung der Politik zugewiesen, kann daraus leicht eine gesinnungslose Politik folgen. Das führt in manchen Ländern dazu, dass im Christentum verwurzelte politische Parteien nicht mehr als christlich und sozialistische Parteien nicht mehr als sozialistisch wahrgenommen werden. Gerade engagierte Christen kündigen ihnen dann jahrzehntealte Gefolgschaft auf. Hoffnung macht, dass in solchen Parteien, die ihre »Werte« der Angst, nicht von einer Mehrheit gewählt zu werden, opfern, zumindest junge Parteimitglieder protestieren.

Von manchen Theologen wird betont, dass viele Aufforderungen der Bibel zur Nächstenliebe auf die eigenen armen Gemeindemitglieder zielen. Diese – und man denkt hinzu: nur diese – wären die »Geringsten« der Brüder Jesu. Das mag für die Entstehungszeit solcher Texte zutreffen. Etwa auf die Gerichtsrede in Mt 25,35, wo es heißt: »Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich [nicht] aufgenommen«. Die Absicht dieses Textes war, den unsozialen Frommen in der Matthäus-Gemeinde klarzumachen, dass man nicht an den Armen vorbei in das Himmelreich kommt. Eine solche gemeindliche Eingrenzung auf die Gemeindemitglieder trifft aber nicht mehr für die Rezeptionsgeschichte dieser Gerichtsrede zu. Der Ordensgründer Benedikt verpflichtet beispielsweise seine Kommunitäten mit der Gerichtsrede zur Aufnahme von Fremden als Gäste, die nach dem dritten Tag sogar mitzuarbeiten haben – also einen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen; er meint nicht vorbeireisende Mönche aus anderen Abteien. In anderen kirchenamtlichen Texten ist dies bis heute ebenso der Fall. Offenbar trifft hier zu, was Jesus ankündigte, dass der Geist Gottes die Seinen in die Tiefe der Wahrheit einführen wird. So, wie die Kirche heute zumal in vielen ihrer engagierten Mitglieder unter der Einwirkung des Heiligen Geistes die überkommenen biblischen Texte liest, stehen diese nicht mehr für eine provinzielle Stammeskultur, sondern für eine universelle Weltkultur der handfesten solidarischen Liebe. Just der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer, der sich selbst als Agnostiker deklarierte, musste den katholischen Frauen beim letzten Fastensuppenessen in der Hofburg erklären, dass nach seinem vorexegetischen Verständnis das Gebot der Nächstenliebe natürlich auch und gerade für die angekommenen Schutzsuchenden gilt. Denn spätestens durch ihre erzwungene Flucht und ihre Ankunft bei uns seien sie zu unseren Nächsten geworden.

Es ist im Übrigen erfreulich, dass sehr viele Menschen in unseren modernen Ländern durchaus zumindest grundsätzlich zum Teilen bereit sind. Anders ist der enorme Einsatz von Ehrenamtlichen aller

Altersgruppen nicht erklärbar. Allerdings ist die in Umfragen erhobene Bereitschaft zur Solidarität in unserer Kultur eine Solidarität im Modus des Wünschens und zudem auf die Mitglieder unserer »kleinen Lebenswelten« mikrosolidarisch fokussiert. Auf dem langen Weg zur solidarischen Tat erstickt der Wunsch laut Studien aus den Neunzigerjahren in einem Dschungel vielfältiger Ängste.[17] Angst entsolidarisiert. Je größer daher die Angst, desto geringer die Fähigkeit zu Solidarität.

Von Ängsten heilen

Damit stoßen wir auf den wohl gewichtigsten Beitrag der christlichen Kirchen in unseren Angstgesellschaften. Wenn es Ängste sind, die entsolidarisieren, die moderne Welt aber auf die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger dringlich angewiesen ist, dann steht und fällt die Zukunft mit der Verringerung von Ängsten. Das gelingt nicht durch gnadenloses Moralisieren, das in manchen Kirchen vor allem seit der Aufklärung praktiziert wurde und nach wie vor geübt wird. Von der Angst muss der Mensch aus zuvorkommender Gnade geheilt werden. Das verlangt nach einem Wandel von einem moralisierenden zu einem therapeutischen Christentum. Für ein solches haben sich Søren Kierkegaard, Eugen Drewermann, Eugen Biser und Papst Benedikt XVI. unermüdlich eingesetzt. Für Papst Franziskus macht heilendes Erbarmen die Mitte des pastoralen Auftrags der Kirchen aus. Die Kirche nimmt also die Menschen nicht in den Gerichtssaal mit, sondern ins Hospital. Sie ist wie ein Feldlazarett der Menschheit (Franziskus). Das macht sie in der Nachfolge des Heilands zum Heil-Land (Markus Beranek).

Wird von den christlichen Kirchen erwartet, dass sie von Ängsten heilen, muss zugleich beklagt werden, dass sie in der Vergangenheit selbst oftmals gnadenlos Angst in der schwerwiegenden Form von Heilsangst erzeugt haben. Zugleich lehrten sie freilich auch unverdrossen, dass ohne wirkliche Liebe die Heilung von den Wunden (damit die Vergebung von Sünden), welche die Sünderinnen und Sünder anderen und sich selbst beifügen, nicht möglich ist.

Die stärkste heilende Wirkung setzen Begegnungen frei. Solche werden jenen geschenkt, die wahrhaft lieben – sich also verausgaben, ohne etwas zurückzuverlangen. Selbst die sozialwissenschaftliche Forschung unterstützt diese Zusammenhänge. In Gemeinden, in denen Flüchtlinge aufgenommen werden, gibt es weit weniger Ängste vor und Abwehr von Schutz suchenden Flüchtlingen als in jenen Gemeinden, die niemanden aufgenommen haben.[18] Christliche Kirchen haben dank ihrer netzwerkförmigen Organisationsdichte eine

gute Chance, vielfältige heilende Begegnungen herbeizuführen, in Festen und Feiern, aber auch in konkreter Sorge um Sprache, Wohnen und Arbeit. Das hat inzwischen schon viele Kirchengemeinden erneuert, ihr Leben vertieft, ihre satte Bürgerlichkeit schwinden lassen. Solche Gemeinden ziehen auch wieder junge Menschen an.

Dass Begegnungen zum Abbau von Ängsten und zum Mut zur Solidarität von hoher Bedeutung sind, hat mit der gläubigen Vermutung zu tun, dass in jedem Menschen ein goldener Kern steckt, von Gott eingeschaffen. Der gläubige Sinn des Lebens besteht darin, diese Fähigkeit zur Liebe ein Leben lang auszubauen, also buchstäblich nach Meister Eckhart »zu werden, was wir sind«: liebende Menschen.

Bei nicht wenigen Menschen ist aber dieses liebesfähige Herz durch biografische und kulturelle Ängste vermauert. Eine Begegnung von Gesicht zu Gesicht kann bewirken, dass es in diesem Mauerwerk, das die im Grunde Liebesfähigen in der Enge (»angustia« auf Lateinisch) der Angst festhält, Risse gibt und damit Liebe freigesetzt wird. Wer kann sein liebesfähiges Herz nicht fühlen, wenn ein 13-jähriges Mädchen namens Narges aus Südafghanistan unter Tränen erzählt: »Hier in Stams« (ein Ort in Nordtirol) »kann ich zum ersten Mal in die Schule gehen«. Diese Narges – eine von uns – ist jetzt einem Land entronnen, in dem Mädchen nicht in die Schule gehen dürfen. Als ich ihr begegnete, war mir einfach zum Mitweinen. Vor Freude.

---

1. Vgl. Hermann Lübbe, Religion nach der Aufklärung, Graz 1986.

2. Erga migrantes caritas Christi, Rom 2004.

3. Vgl. Verbuntung. Kirchen in pluralistischen Gesellschaften, 2. Auflage, Ostfildern 2012

4. Rainer Volz und Paul M. Zulehner, Männer in Bewegung, Ostfildern 2009.

5. Paul M. Zulehner, Entängstigt euch! Die Flüchtlinge und das Christliche Abendland, 3. Auflage, Ostfildern 2016.

6. Vgl. Monika Renz, Erlösung aus Prägung, Paderborn 2008.

7. Brigitte und Peter L. Berger, In Verteidigung der bürgerlichen Familie, Frankfurt 1980.

8. Liselotte Ahnert, Wie viel Mutter braucht ein Kind? Heidelberg 2010.

9. Dominique Moïsi, Geopolitics of emotion, München 2016.

10. So das gleichnamige Buch von Frank Furedi, London 2002.

11. Heinz Bude, Gesellschaft der Angst, Hamburg 2014.

12. Sociologie du christianisme, Rom 1964.

13. Paul M. Zulehner, Muslimas und Muslime im Migrationsstress, Göttingen 2016.

14. Regina Polak und Wolfram Reiss (Hg.), Religion im Wandel. Transformation religiöser Gemeinschaften in Europa durch Migration, Wien 2015.

15. Mehr dazu in neueren Texten von Regina Polak, etwa: Migration. Herausforderung für Theologie und Kirche, in: Diakonia 42 (2011) 150-157.

16. Alexander King u.a., Die globale Revolution, Spiegel Spezial Nr. 2/1991: Bericht des Club of Rome 1991, 42f.

17. Paul M. Zulehner, Solidarität. Option für die Modernisierungsverlierer, Innsbruck 1992.

18. Österreich hilfsbereit, Pressekonferenz zur Studie vom 17. Juni 2016.

Andreas Püttmann

Was ist die AfD?

Und wie als Kirche mit ihr umgehen?

In seiner »Berliner Rede 1997« forderte Bundespräsident Roman Herzog: »Durch Deutschland muss ein Ruck gehen!« Inzwischen haben wir einen – doch ganz anders, als wir es uns noch bis vor etwa drei Jahren vorstellen konnten. Ein Rechtsruck schüttelt Deutschland und Europa durch. Sascha Lehnartz skizziert ihn in begrifflicher Reminiszenz an einen Essay von Botho Strauß 1993: »Zunächst enthemmte sich das Reden in obskuren Internetforen, dann zog es in die sozialen Netzwerke und Kommentarspalten der Medien. Ein anschwellender Bocksgesang, der alles abräumen möchte, was unser Gemeinwesen trägt: Parlamente, Medien, Institutionen und ihre Repräsentanten. Der dünne Firnis der Zivilisation wird munter abgeschabt. Der destruktive Charakter, sagt Walter Benjamin, will Platz schaffen. Wofür, weiß er nicht. Als gäbe es ernsthaft etwas Besseres. Das Prinzip Verantwortungslosigkeit hat inzwischen die Wahlkämpfe erreicht. Trumps Kampagne ist dafür ebenso beredtes Beispiel wie Teile der Debatte um den Brexit. In beiden dominiert die Verächtlichmachung des anderen. Es ist ein Hass-Sprechen, das Hass-Taten gebiert.«[19]

Man erfährt es keineswegs nur durch Medienberichte, sondern auch durch Erlebnisse im Bekanntenkreis, sofern man sich in den affizierten Milieus bewegt. Manche Bürger haben sich in erschreckend kurzer Zeit radikalisiert, rechtspopulistisches Vokabular adaptiert und trampeln Widerspruch und Kritik so verärgert nieder, dass man sich an Eugène Ionescos Drama »Die Nashörner«[20] erinnert fühlen kann. Der für die Weimarer Republik verderblichen »Konservativen Revolution« ähnlich, fräste sich antiliberales, antipluralistisches, antidemokratisches und völkisch-nationalistisches Denken, das jahrzehntelang auf sektiererische Zirkel und Zeitschriften der Neuen Rechten beschränkt war, während der Euro-, Schulden- und Flüchtlingskrise bis weit in die bürgerlich-konservative Mitte hinein.[21]

Erschien die »Alternative für Deutschland« (AfD) anfänglich noch als eine Partei der Besserverdienenden (nur jeder Zehnte ihrer Wähler 2014 hatte Sorgen wegen der eigenen wirtschaftlichen Situation, jeder Dritte gehörte zum reichsten Fünftel der Bevölkerung) sowie der

formal Höhergebildeten (allerdings mehr der »technischen Intelligenz«[22]), so fanden sich unter den AfD-Wählern bei den Landtagswahlen im März 2016 überdurchschnittlich viele Arbeiter und Arbeitslose; 35 Prozent machten sich nun Sorgen über die eigene wirtschaftliche Lage.[23] Dass die Partei in die sozialdemokratische und linke Kernklientel einzudringen vermochte, ist auch ablesbar am Absacken der SPD von über 30 auf nahezu 20 Prozent – übrigens, wie der Existenzkampf der Liberalen, ein Déjà-vu der späten Zwanziger- und frühen Dreißigerjahre: Die mit 18 Prozent in die Weimarer Demokratie gestartete »Deutsche Demokratische Partei« (DDP) erzielte im September 1930 nur noch 3,8 Prozent, bevor sie, zur »Deutschen Staatspartei« umbenannt, in der Bedeutungslosigkeit verschwand; die SPD sackte von 38 auf 20 Prozent ab. Eine denkwürdige historische Daten-Parallele, selbst wenn man »Die Grünen« als Alternative für Linksliberale aus beiden Parteien mit in Rechnung stellt.

Das »Eigene« gegen das Fremde

Die ängstliche, trotzige oder aggressive Abgrenzung des »Eigenen« vom Fremden, irgendwie Andersartigen ist der Kitt zwischen den sozialen Schichten der AfD-Klientel: »Letztendlich lässt sich alles auf einen Satz reduzieren: Die da oben sind für Immigration, und wir da unten müssen diese ertragen. Wir gegen die. Ein Klassenkampf, der längst klassenübergreifend funktioniert. Auf diesem Level verträgt sich das Großbürgertum glänzend mit dem Proletariat. Rassismus und Xenophobie schweißen die Milieus zusammen.«[24]

Das am prominentesten von Thilo Sarrazin mit seinem Bestseller »Deutschland schafft sich ab« 2010 gemachte Angebot, »sich wenigstens genetisch auf der sicheren, weil ›deutschen‹ Seite zu fühlen«,[25] lässt selbst Arme »einem Mann zujubeln, der Harz IV-Empfängern einst empfahl, sich wärmere Pullover anzuziehen, um Heizkosten zu sparen«.[26] Nationalismus und Rassismus – heute mehr kulturell als biologistisch begründet – sind gleichsam das Opium des »kleinen Mannes«, das ihn über die sozialdarwinistischen Tendenzen der AfD hinwegtäuscht. Diese blitzten etwa in Beatrix von Storchs Distanzierung vom rechtsextremen »Front National« auf, der für die stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende keineswegs zu rechts, sondern »eine wirtschafts- und gesellschaftspolitisch sehr linke Partei« ist, die »ihren Sozialismus in Frankreich ausüben«[27] wolle.

Der psychosoziale Mehrwert eines auf Herkunft oder Gesinnung gestützten Selbstwertgefühls ist klar: Dadurch, dass die Ressentimentbürger »jemanden haben, dem sie negative Eigenschaften zuschreiben können, sind sie nicht gezwungen, sich im Vergleich zu

ihresgleichen zu betrachten. Selbst der letzte Versager kann sich noch zur Elite zählen.«[28]

Insofern überrascht es nicht, wenn sich das Personal einer Ressentiment-gestützten Partei (spätestens der zweiten und dritten Reihe) als »ein Flohsack an Vorbestraften, mit Haftbefehl Verfolgten, Gescheiterten, Karrieristen, schräg Begabten, Rassisten«[29] darstellt, wie Georg Diez es im »Spiegel« zuspitzte. Wer es objektiver haben will, kann die Leistungsbilanz der AfD-Landtagsfraktionen in Augenschein nehmen: krasser Kenntnismangel, verbale Entgleisungen und Dauerquerelen erschweren die Arbeit der Partei.[30] Wer durch bloße Gesinnungstüchtigkeit und demagogische Begabung nach oben gespült wurde, der wird Anreize zu fleißiger und realistischer Sacharbeit weniger verspüren als jemand, der die »Ochsentour« durch eine Mitgliederpartei in vielfältiger politischer Verantwortung absolviert hat.

Falscher Vergleich zu den »Grünen«

Während die Ende der Siebzigerjahre aufkommenden »Grünen« sich in kleinen Schritten mühsam ins westdeutsche Parteiensystem vorarbeiteten – bei den drei Bundestagswahlen der Achtzigerjahre von 1,5 über 5,6 auf 8,3 Prozent – und erst nach 15 Jahren bei der Europawahl 1994 zweistellig wurden, schnellte die »Alternative für Deutschland« nach ihrer Gründung in nur wenigen Monaten auf 4,7 Prozent bei der Bundestagswahl 2013 und auf zweistellige Ergebnisse bei den Landtagswahlen 2014 empor. In Sachsen-Anhalt wurde sie im März 2016 auf Anhieb zweitstärkste Fraktion, womit es angesichts der vergleichsweise geringen Mitgliederzahl nie eine höhere Chance gab, als Parteimitglied mit einem Parlamentssitz ausgestattet zu werden.

Die Eroberung der politischen Bühne durch die bundesweit fast durchgehend über zehn Prozent liegende AfD erfolgte insofern »geradezu handstreichartig«, stellt Paul Nolte fest: »Was die Dramatik der Entwicklung angeht, muss man weiter zurückblicken als in die 80er-Jahre, nämlich in die Weimarer Republik der 20er- und frühen 30er-Jahre. Völlig unabhängig vom Programm, das eine Partei vertritt, irritiert es einen Historiker, wenn eine neue Formation aus dem Stand 24 Prozent der Stimmen erobert, wie die AfD in Sachsen-Anhalt im März. Darin drückt sich eine quasi-revolutionäre Unruhe aus.«[31]

Nicht nur hinsichtlich der Schnelligkeit ihres flächendeckenden Durchbruchs ist die AfD im Parteiensystem der Bundesrepublik ein Novum. Auch ideologisch ist eine in erheblichen Teilen völkisch-nationalistische bis offen rassistische, die parlamentarische Demokratie mit Diktaturvergleichen diffamierende politische

Gruppierung, in der Verschwörungstheorien, Widerstandspathos, Ressentiment und Gewaltverharmlosung wabern, von anderem Kaliber, als die Grünen es je waren, selbst wenn man deren linksradikale Einsprengsel und sexualpolitischen Entgleisungen der Frühzeit beachtet. Im Kern war und ist die Ökopartei links der Mitte trotz gelegentlicher sektoraler Bevormundungstendenzen gesellschaftspolitisch der liberalen Denktradition zuzurechnen, die das Individuum, seine Würde und Rechte in den Mittelpunkt der Staatszwecke stellt.

»Starke Tendenzen, die Systemfrage zu stellen«

Die AfD marginalisierte ihre liberal-konservativen Anteile mit der Abwahl ihres Gründungsvorsitzenden Bernd Lucke auf dem Essener Parteitag im Juli 2015 und dem folgenden Austritt von etwa 2000 Mitgliedern – jedem Fünften. Als Gründe für seinen eigenen Austritt nannte Lucke die Zunahme islam- und ausländerfeindlicher Positionen, eine »antiwestliche, dezidiert prorussische außen- und sicherheitspolitische Orientierung« sowie starke Tendenzen, »bezüglich unserer parlamentarischen Demokratie die ›Systemfrage‹ zu stellen«; er habe die Menge der Mitglieder unterschätzt, »die die AfD zu einer Protest- und Wutbürgerpartei umgestalten wollen«.[32]

Schon die rechtspopulistische Rede von den »Systemparteien« weist darauf hin, dass man sich nicht als Teil dieses Systems betrachtet, sondern als Systemopposition. Ebenso die Behauptung des AfD-Grundsatzprogramms, unsere Verfassungswirklichkeit sei gekennzeichnet durch einen »Bruch von Recht und Gesetz«, eine »Zerstörung des Rechtsstaates« und »illegitime« Usurpation der Macht durch ein »politisches Kartell« als »heimlicher Souverän«, der »die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat« – eine maßlose Tirade, die dem Bundesverfassungsgericht als einzig legitimierter Instanz zur Feststellung so gravierender Rechtsverstöße die Anerkennung faktisch verweigert. Dies passt zum Angriff der (durch nur 18 Prozent der wahlberechtigten Polen an die Macht gelangten) rechtskonservativen PiS auf das polnische Verfassungsgericht.

Das ebenfalls aus der AfD ausgetretene Bundesvorstandsmitglied Hans-Olaf Henkel beklagte einen »scharfen Rechtskurs« sowie »Pöbelei, Protest und das Verbreiten von Vorurteilen« bei der AfD-Mehrheit; man habe »ein Monster geboren«[33]. Trotzdem hatte die Partei schon im November 2015 ihren Mitgliederverlust wieder ausgeglichen. Sie wächst gegen den Trend und trotz mancherlei

Querelen und Skandale weiter, auf inzwischen mehr als 20 000 Mitglieder.

Für Luckes und Henkels Diagnose sprechen die im ersten Quartal 2016 erhobenen Befunde der neuesten »Leipziger Mitte-Studie« über »autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland«[34]. Über manche Indikatoraussagen der durch eher linke politische Stiftungen finanzierten Untersuchung lässt sich trefflich streiten.[35] Doch die meisten Aussagen haben in Inhalt und/oder Tonfall durchaus Indikatorcharakter für radikal rechte Haltungen, auch wenn sie nicht zwingend als rechtsextrem verstanden werden müssen: »Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland«, »Das oberste Ziel deutscher Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht« (für Chauvinismus); »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken«, »Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen« (für Ausländerfeindlichkeit); »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert«, »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur); »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß«, »Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen« (für Antisemitismus).

Nicht bloß eine »konservativere CDU«

Nach diesen (und weiteren) Kriterien zeigen bekennende AfD-Wähler etwa dreimal so oft wie die Gesamtbevölkerung Ausländerfeindlichkeit (53 zu 20 Prozent), Chauvinismus (48 zu 17 Prozent), Diktaturneigungen (18 zu 5 Prozent), Antisemitismus (17 zu 5 Prozent), Sozialdarwinismus (8 zu 3 Prozent) und Nationalsozialismus-Verharmlosung (8 zu 2 Prozent). Noch deutlicher sticht die Wählerschaft der AfD von der aller anderen parlamentarischen Parteien ab; von CDU/CSU-Wählern übrigens keineswegs weniger als von SPD-Wählern – ein erster Hinweis darauf, dass wir es mitnichten bloß mit einer konservativeren CDU oder der »CDU der Fünfzigerjahre« zu tun haben[36]. Inhaltlich fasst Jost Kaiser die wesentlichen Differenzen zusammen: »Die CDU gründete sich programmatisch gerade nicht auf den Trümmern des diskreditierten deutschen Konservativismus, sie stellte eine Volkspartei ›neuen Typs‹ dar: ultrapragmatisch, programmatisch verortet in der nun nicht unbedingt als konservativ einzuordnenden katholischen Soziallehre«

und mehr europäisch als national gesinnt; selbst »die Strauß-Dregger-Rechten stellten etwas völlig Neues dar: Ihr Konservativismus war, eine Neuheit in der deutschen Geschichte, amerikanophil«; insofern könnte es durchaus sein, »dass man zu Angela Merkel sagen muss: Mehr Konservativismus alter bundesrepublikanischer Provenienz, mehr CDU geht eigentlich nicht«.[37]

Daher überrascht es nicht, dass nur jedes zehnte AfD-Mitglied früher in der CDU war. Von allen durch die Leipziger Studie als rechtsextrem Identifizierten bekannten sich 35 Prozent zur AfD – mehr als zu allen anderen parlamentarischen Parteien zusammen – und 26 Prozent als Nichtwähler. Unter denjenigen, die den Zielen von »Pegida« besonders zugeneigt sind, ist die AfD die begehrteste Partei. Sie wurde vom nordrhein-westfälischen AfD-Landesvorsitzenden Marcus Pretzell auf dem Essener Parteitag sogar als »Pegida-Partei«[38] bezeichnet; Frauke Petry betonte »inhaltliche Schnittmengen«[39] mit Pegida, Alexander Gauland sah in den selbst ernannten Abendlandrettern »natürliche Verbündete«[40]. Mehrmals kam es zu Auftritten von AfD-Funktionären bei Pegida-Demonstrationen; der sachsen-anhaltinische Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider schlug dabei im Mai in Dresden sogar den Pegida-Anführer Lutz Bachmann, einen laut Medienberichten unter anderem wegen Körperverletzung, Diebstahl, Einbruch, Drogenhandel und Volksverhetzung Vorbestraften, für das Bundesverdienstkreuz vor.

Mindestens ebenso aussagekräftig sind trotz offizieller Abgrenzungsbeschlüsse Kontakte von AfD-Vertretern oder Mitarbeitern zu rechtsextremen Parteien und Organisationen – etwa der AfD-Jugendorganisation »Junge Alternative« zur »Identitären Bewegung«[41] – und das nur knappe Votum des Bundesparteitags für den Vorstandsantrag, den saarländischen Landesverband solcher Kontakte wegen aufzulösen. Ebenso aussagekräftig sind die Niederlagen des AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen in seiner Stuttgarter Landtagsfraktion in der Frage des Ausschlusses des durch antisemitische Schriften hervorgetretenen Abgeordneten Wolfgang Gedeon.

Die AfD-Spitze mag sich noch so mühen und winden – immer wieder zieht die Partei rechtsradikale Kräfte an, derer sie sich, soweit sie es überhaupt will, schwer zu entledigen vermag, auch weil die Parteirechte die Schiedsgerichte infiltrierte und in Björn Höcke, André Poggenburg und Alexander Gauland erfolgreiche Wahlkämpfer in ihren Reihen vorzuweisen hat. Zudem kann man sich fragen, ob die als »gemäßigt« bezeichneten Teile der Partei dies wirklich sind. Meuthen sprach beim Bundesparteitag vom »links-rot-grün versifften 68er Deutschland«[42]. Solche Verbalexzesse wären bei dem katholischen Volkswirtschaftsprofessor früher schwerlich vorstellbar

gewesen.

Radikalisierung in medialen Filterblasen

Im Vergleich zu 2014 ist die Radikalisierung des AfD-Anhangs besonders in den Kategorien Chauvinismus (plus 19 Prozent), Befürwortung einer Diktatur (plus 10 Prozent) und Sozialdarwinismus (plus 6 Prozent) ersichtlich, und zwar ohne dass die Zustimmung zu diesen Haltungen in der Gesamtbevölkerung signifikant gewachsen wäre. Es scheint sich also eine Art Polit-Großsekte am rechten Rand der Gesellschaft gebildet zu haben, die anders als die anderen »tickt« und den Namen »Alternative für Deutschland« tatsächlich verdient: im Sinne eines radikalen Gegenentwurfs zu dem, was bislang als »Grundkonsens« galt und heute von rechts her als »Mainstream« verächtlich gemacht wird. Man kann insofern eine regelrechte »Sezession« von der Bundesrepublik konstatieren, die ihren bizarrsten Ausdruck in der sektiererischen »Reichsbürger«-Bewegung fand.[43]

Medial sichtbar ist sie im – gegen den Trend – starken Auflagenzuwachs von Publikationen der Neuen Rechten: Dieter Steins Wochenzeitung »Junge Freiheit« (inoffizielle AfD-Parteizeitung), Götz Kubitscheks »Sezession« und Jürgen Elsässers »Compact-Magazin«. Als eine Sogwirkung von deren Aufwind könnte auch der auffällige Rechtsruck des »Cicero« zu erklären sein.[44] Allzu gern möchten manche Medienmacher ein Stück vom aufquellenden Kuchen neurechten Denkens für sich abschneiden. Zudem haben Journalisten ihre Nase im Wind des Wandels und sind gerade in Zeiten sinkender Auflagen und Einschaltquoten erpicht darauf, nicht abseits zu stehen, sondern Avantgarde oder zumindest »Volksversteher« zu sein.

Da dies noch mehr für Parteienvertreter gilt, würde die AfD nicht erst dann wirkmächtig, wenn sie als Koalitionspartner an politischer Gestaltungsmacht partizipierte. Sie wird es schon jetzt, indem sie, wie jüngst bei Mecklenburg-Vorpommerns wahlkämpfendem CDU-Innenminister[45], ethische Standards und Handlungsoptionen anderer Parteien verändert und das soziale und politische »Klima« vergiftet durch das Schüren von Unzufriedenheit, Ressentiments gegenüber Minderheiten und Verdächtigungen der politischen Eliten. Die Annahme, eine 10- bis 15-prozentige Daueropposition könne in demokratischen Systemen kaum etwas bewirken, ist auch deshalb falsch, weil Anhänger hoch motivierter, fanatisierter Minderheiten im Vergleich zur kognitiv moderaten, aber meist auch habituell »lauen« Mehrheit ein Vielfaches an Zeit, Geld und »Herzblut« zu investieren bereit sind. Diese strukturelle Überlegenheit der Radikalen wird nur durch ihre höhere Neigung zum erbitterten internen Zwist

konterkariert.

Ursachen der rechtskonservativen Sezession

Die Sezession eines Teils der Konservativen ist nicht nur eine Reaktion auf die Zumutungen und jüngsten Krisen der Globalisierung. Viel mehr und bisweilen ausdrücklich ist sie eine Reaktion auf die jahrzehntelange kulturelle Hegemonie einer in Medien, Bildungswesen, Geisteswissenschaften, Kulturszene und EKD majoritären Linken sowie auf den Tribut, den die »bürgerlichen« Parteien diesem »Zeitgeist« zollten. Insofern bricht sich nun bei AfD-Anhängern älterer und mittlerer Jahrgänge ein lange aufgestauter Leidensdruck Bahn, der als solcher von Linken und Linksliberalen kaum wahrgenommen wurde.

Am ehesten nachvollziehbar ist er für selbst Konservative, die nicht Maß und Mitte verloren haben. Sie stehen dennoch staunend vor langjährigen Weggefährten, die abdriften und verbal regelrecht ausflippen: Bislang brave katholische Bundesbeamte nennen ihre Regierung plötzlich »Merkelregime«; katholische Journalisten, die sich vor CDU-Granden durch ihr Parteibuch als Treueste der Treuen ausweisen, lassen vor ihrem Internet-Fanclub durchblicken: »Früher habe ich oft ›kleinere Übel‹ gewählt. Das mache ich heute nicht mehr.« Das Lebensgefühl dieses Typus ist: »Schnauze voll!«, »Der Wind hat gedreht«, »Jetzt sprengen wir die Ketten«. Derweil finden sich Liberal-Konservative, die früher nicht minder unter dem Linksdrall von Achtundsechziger-Lehrern, ökopazifistischen Pastoren und öffentlich-rechtlichen Sendern gelitten haben, plötzlich an der Seite von Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen wieder. Gemeinsam freut man sich, dass wenigstens die »Heute-Show« dem fanatischen Polit-Gesinnungsdilettantismus von AfD und Co. klare Kante zeigt, statt den angeblich nur »besorgten Bürgern« leisetreterisch oder quasi therapeutisch zu begegnen.

Insofern ist die »Weimarer Koalition« wieder da, die sich demagogischer linker und rechter Systemkritik und Realitätsverweigerung erwehren musste – wobei heute die Linkspartei mehr für die (ökonomische) Wirklichkeitsverweigerung, die AfD für Systemkritik steht. Das heißt auch: »Die Linke« ist für die Regierung unseres demokratischen Rechtsstaats (jedenfalls auf Bundesebene) »nur« unbrauchbar, die Rechte für seinen Bestand gefährlich. »Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel, dieser Feind steht rechts«, rief Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrumspartei) im Juni 1922 nach der Ermordung Außenminister Walter Rathenaus, auf die rechte Seite des Reichstagsplenums schauend. Von den Deutschnationalen erwarte

er »nicht nur eine Verurteilung des Mordes an sich«, sondern »einen Schnitt zu machen« und »die in ihren eignen Reihen zu einer gewissen Ordnung zu rufen, die an der Entwicklung einer Mordatmosphäre in Deutschland zweifellos persönlich Schuld tragen«. Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker hat den von einem Rechtsradikalen verübten Mordanschlag knapp überlebt. Ob er angesichts der Hassrhetorik in unserem Land der Letzte sein wird, ist – auch nach dem mörderischen Amoklauf eines ausländerfeindlichen AfD-Verehrers im Juli in München[46] – eine nicht minder bange Frage als die nach weiteren islamistischen Terroranschlägen.

Die rechtskonservative Sezession ist auch eine Folge der »Demokratisierung« politischer Information und Meinungsbildung durch die Innovation des Internet und darauf aufbauend der sozialen Netzwerke. Auf Facebook ist die AfD »eine Macht«. »Die Partei verfügt über eine regelrechte Armee von Unterstützern und über Reichweiten, von denen SPD und Union nur träumen können. Und das weiß sie gekonnt einzusetzen.«[47] Geistig egalisierende, moralisch desensibilisierende und die Öffentlichkeit fragmentierende Effekte der Online-Kommunikation sind offenkundig. Wo der Einzelne sich wie nie zuvor in »Filterblasen« des Netzes mit Gleichgesinnten zusammentun und, so Kardinal Reinhard Marx, »sich in Szenen gegenseitig bestätigen und hochjubeln« kann, ohne sich argumentativ mit Andersdenkenden messen und Publikationsstandards journalistischer »Gatekeeper« erfüllen zu müssen, herrscht statt Schwarmintelligenz leicht Schwarmborniertheit und Schwarmaggressivität. So könne »Verbloggung« eine »Verblödung« fördern, sagte Marx in der Abschlusspressekonferenz der Herbstvollversammlung 2015 der deutschen Bischöfe – und wurde prompt in den einschlägigen Nischen des Online-Katholizismus wütend gescholten.

Resistenz und Resonanz unter Christen

Die Anziehungskraft der AfD macht auch vor kirchlichen Milieus nicht halt: Laut einer Allensbacher Auszählung[48] der »Sonntagsfrage« im Juni 2016 gaben von 912 Wahlberechtigten mit erklärter Zweitstimmen-Wahlabsicht zwar »nur« sechs Prozent der Protestanten und zehn Prozent der Katholiken die AfD als bevorzugte Partei an, weit weniger als die Konfessionslosen mit 18 Prozent. Doch kann die relative Resistenz des Kirchenvolks angesichts des ethischen Anspruchs des Christentums nicht wirklich zufriedenstellen, zumal nach der – zumindest beim Thema Flüchtlinge – klaren Positionierung der Bischöfe gegen den Rechtspopulismus.

Dass kirchennahe Katholiken (mindestens »ab und zu« im Gottesdienst) seltener als kirchenferne die AfD favorisieren (8 zu 12 Prozent), kirchennahe Protestanten aber häufiger als kirchenferne (9 zu 4 Prozent), dürfte durch die Evangelikalen zu erklären sein, die als Minderheit von nur rund 5 Prozent aller Protestanten ein Drittel der evangelischen Gottesdienstbesucher stellen. Sie sind insgesamt – trotz einiger »Linksevangelikaler« – konservativer als die Landeskirchen und haben insbesondere in der Religions- und Familienpolitik Schnittmengen mit der AfD. Hinzu kommt ein oft emotionalerer, weniger differenzierter Diskurs, der auch dem Habitus politischer Populisten eigen ist. Bezeichnenderweise wollten weiße Evangelikale in den USA im Juli 2016 laut »Pew Research Center« zu 78 Prozent Donald Trump wählen. Schon lange gilt Amerikas religiöse Rechte als »das stärkste und mobilste Bataillon der konservativen Revolution«.[49]

Der unter den Kirchenfernen hingegen weit größere Zuspruch von Katholiken zur AfD ist durch ein katholisches Ordnungs- und Autoritätsdenken erklärbar, das sich bei religiöser Sinnentleerung als kognitive Struktur für Homogenitäts- und Sicherheitsvorstellungen der politischen Rechten besser eignet als der eher individualistisch ausgerichtete Protestantismus. Schon eine Auszählung der westdeutschen »Republikaner«-Anhänger 1992 (laut kumuliertem Datensatz des »Politbarometer«) ergab ein ähnliches Bild: Während kirchennahe Katholiken bis zur Kirchgangsfrequenz »ab und zu« etwas weniger als kirchennahe Protestanten den Rechtspopulisten zuneigten (»jeden Sonntag«: 1,8 zu 2,3 Prozent), lag deren Sympathisantenanteil bei kirchenfernen Katholiken (»einmal im Jahr«/»seltener« /»nie«) höher als bei den kirchenfernen Protestanten (6 zu 4,5 Prozent).

Die antiliberale Versuchung der Kirche

An historischen Vorläufern für ideologische Entgleisungen von Christen nach rechts mangelt es in beiden Konfessionen nicht. Dabei geht es gar nicht nur (wie gern unterstellt und empört zurückgewiesen wird) um »Nazi-Vergleiche«, sondern um die dezidiert antiliberalen, gegen die pluralistische Demokratie gerichteten Ideen der »Konservativen Revolution« oder die noch älteren eines autoritären kirchlichen Staatsdenkens nach der Devise »Keine Freiheit für den Irrtum!«[50]. Der ethische Gehalt der staatlichen Ordnung wird hierbei allein an seinem »Output«, an »katholischen Gesetzen« oder, in eher protestantischer Diktion, am Einklang mit der »Königsherrschaft Christi« gemessen. Für eine differenziertere Sozialverkündigung im Sinne der »richtigen Autonomie der Kultursachbereiche« (Gaudium et Spes, Nr. 36) und einer christlichen Anthropologie der Demokratie

bleibt auch 50 Jahre nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil und 30 Jahre nach der »Demokratie-Denkschrift« der EKD noch viel Bildungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Die angloamerikanische Politikwissenschaft unterscheidet drei Dimensionen von Politik: *politics, policy* und *polity*. Sie stehen, kurz gesagt, für den Prozess, die Inhalte und die Form des Politischen. Solange die *polity*-Dimension, die System- und Regelakzeptanz von der AfD nicht klar und durchgehend im Sinne unseres demokratisch-rechtsstaatlichen Grundkonsenses beantwortet ist, können ihre teilweise auch für Christen verlockenden *policy*-Angebote – etwa zum Schutz vorgeburtlichen Lebens oder zum Leitbild der traditionellen Familie – schwerlich als Wahlargumente für sie geltend gemacht werden. Und ohne eine Fundamentalkonversion der AfD zur Menschenwürde als Dreh- und Angelpunkt der Verfassungsordnung wird man in jeder vordergründig richtigen *policy* immer einen Pferdefuß finden: »Lebensschützer« bringen plötzlich den Schießbefehl an der Grenze ins Gespräch oder sehen in Abtreibungen vor allem ein Demografie-Problem; Law-and-order-Vertreter lassen ihre Klientel leichtfertig mit dem Widerstandsrecht hantieren.

Christen können »unmöglich schweigen« (Apg 4,20) zu einem wieder um sich greifenden Denken, das nicht die gottgegebene Würde jeder einzelnen Person ins Zentrum stellt, sondern das Pathos der »Volksgemeinschaft« oder das Kalkül des Wohlstandsegoismus. Indem sich die Kirche der rechten Re-Ideologisierung durch falsche Propheten »christlicher Kultur« entgegenstellt, leistet sie nicht nur Wiedergutmachung für historische Sünden der Kumpanei mit faschistoiden Systemen, sondern kann sie auch ihr Menschenbild und ihre Sozialethik klarer herausarbeiten, deren Kern nach der Überzeugung Konrad Adenauers und Papst Johannes Pauls II. die Freiheit ist.[51]

Die neuen politischen Fronten bieten die Chance, den traditionellen Soupçon bei Linken und Liberalen gegen eine im Zweifel immer rechts stehende Kirche weiter abzubauen und Religion nicht nur als schmückendes Beiwerk eines bürgerlichen Konservativismus erlebbar zu machen. Papst Franziskus hat für diese notwendige Klarstellung Meilensteine gesetzt, und es gereicht den deutschen Bischöfen zur Ehre, dass sie in den derzeitigen aufgeregten Debatten menschenrechtlich Kurs gehalten und eine Lanze für den humanitären Auftrag Europas gebrochen haben. Allerdings fehlt noch ein klares kirchliches Wort zur Verteidigung der liberalen Demokratie gegen das autoritäre Rollback, das in den orthodoxen und katholischen Kirchen Osteuropas viel Unterstützung findet, wie besonders das russische und das polnische Beispiel zeigen.

Dialog und Distanzierung gemäß der »Höffner-Formel«

Mit »Dialogverweigerung« darf eine klare Distanzierung gegenüber der AfD nicht verwechselt werden. Wer das Gespräch mit Vertretern der Kirche sucht, der soll und wird es bekommen. Katholische und evangelische Büros im Bund und in den Ländern sind geeignete Ansprechpartner. Viel hängt davon ab, ob und wie eine parlamentarisch gewordene AfD sich »zurechtrüttelt«: Kann sie sich von rechtsradikalen Hetzern, populistischen Demagogen und reaktionären Ideologen trennen und eine respektable nationalkonservative Partei werden, oder wird sich der Sog der Radikalisierung als stärker erweisen? Kardinal Joseph Höffner (1906–1987) betonte, nicht die Kirche bestimme ihre Nähe zu einer Partei, sondern: »Die politischen Parteien bestimmen selber durch Programm und Praxis ihre Nähe oder Distanz zur Kirche«[52].

Nur: Wie erkenne ich Nähe und Distanz? Das Papier der Parteiprogramme – auch des gegenüber ihrem sonstigen Diskurs vergleichsweise gemäßigten der AfD – ist geduldig, die Praxis für die meisten Bürger nicht leicht zu überschauen. Da läge es für Christen nahe, sich vom *sensus fidelium*, dem Glaubenssinn des Gottesvolks, beraten zu lassen. Säkular gesprochen: von der »Schwarmintelligenz« derer, die ihr Leben an Jesus Christus ausrichten. Dass die demoskopische Sonntagsfrage bei Katholiken mit der christlichen Sonntagsfrage: »Zur Kirche gehen oder nicht?« korrespondiert und hier die »Abstimmung mit den Füßen« gegen die AfD spricht, wirft die Frage auf, warum ausgerechnet unter Wortführern eines betont konservativen, »romtreuen« Katholizismus – »papsttreu« nennt man sich heute weniger – nicht selten verklausulierte oder offene Parteinahmen für die AfD zu beobachten ist. Steht die selbst gefühlte katholische Bekennerelite damit doch näher beim heidnischen Deutschland und den kirchlich Randständigen als bei den übrigen regelmäßig praktizierenden Glaubensbrüdern. Sind diese Katholiken, die AfD-kritische Bischöfe als »parteipolitische Gouvernanten«[53] verhöhnen oder des »Populismus«[54] verdächtigen, vielleicht verweltlichter, als sie selbst ahnen?

Rechtspopulismus-Affinität der »narzisstischen Kirche«

Dafür spricht, was Papst Franziskus in »Evangelii gaudium« (Nr. 93–97) zur »spirituellen Weltlichkeit« sagt, »die sich hinter dem Anschein

der Religiosität und sogar der Liebe zur Kirche verbirgt«: Dieser Katholikentypus, der »einem gewissen katholischen Stil der Vergangenheit unerschütterlich treu« ist, »die Energien im Kontrollieren verbraucht« und »das Leben der Kirche in ein Museumsstück oder in ein Eigentum einiger weniger« verwandeln will, suche »den eigenen Vorteil, nicht die Sache Jesu Christi«. Er sei »in der Immanenz seiner eigenen Vernunft oder seiner Gefühle eingeschlossen«. »Bestimmte Normen einhaltend«, fühle er sich »den anderen überlegen« und pflege »eine vermeintliche doktrinelle oder disziplinarische Sicherheit, die Anlass gibt zu einem narzisstischen und autoritären Elitebewusstsein«. »Da ist kein Eifer mehr für das Evangelium, sondern der unechte Genuss einer egozentrischen Selbstgefälligkeit«.

Die Brutstätten eines katholisch drapierten Rechtspopulismus[55] sind im Lichte dieser päpstlichen Gardinenpredigt offenbar einer »Pathologie der Religion« erlegen. Dass Vertreter dieses kleinen Katholikensegments alle anderen für Geisterfahrer halten, passt zu Franziskus' Diagnose der Egozentrik. Die den Rechtspopulismus inspirierenden Neuen Rechten tanzen ja auch um das Goldene Kalb des »Eigenen«: die eigene Nation, die eigene »Kultur«, den eigenen Wohlstand, die eigene Familienform. Schon begrifflich sollte der Kult des »Eigenen« aber einen Christen zurückschrecken lassen, muss ein Jünger Jesu doch immer auch vom Anderen her denken. Empathie in Form von Einfühlung, Mitleid und Hilfsbereitschaft ist die DNA des Christentums.

Das zweite große Erkennungsmerkmal der Christen neben der Nächstenliebe ist die Gelassenheit: »Geborgenheit im Letzten gibt Gelassenheit im Vorletzten« (Romano Guardini). Den Rechtspopulismus zeichnet auch hier das Gegenteil aus: Daueralarmismus, maßlose Übertreibungen, Schüren von Ängsten, Wut. Dazu passen die Verbalexzesse der religiösen Rechten, von der angeblichen »Zerstörung« der Familie durch die Weltverschwörung der »Homo-Lobby« und der »Genderisten« über die »Abschaffung« Deutschlands durch die Aufnahme der Flüchtlinge bis zur chronischen Selbstviktimisierung als »Verleumdete« oder gar »Verfolgte«.

Die notwendige Scheidung der Geister

Will man der AfD-Debatte als Christ etwas Gutes abgewinnen, dann gehört dazu sicher die Scheidung der Geister in der Kirche. Nur ein schlechter Baum bringt schlechte Früchte hervor. Einer Art Glauben, die ideell und habituell in die Nähe der Petrys, Storchs, Gaulands, Höckes und Putins dieser Welt führt, kann es nur an Wahrheit fehlen.

Er ist nicht mehr als »ein tönendes Erz oder eine klingende Schelle« (1 Kor 13,1). Er gibt ein Antizeugnis. Er bestätigt – *horribile dictu* – jene, die von der Religion als bloßer Projektion oder gar mit Richard Dawkins als »Gotteswahn« reden.

Wie kann ein Christ mit einer Partei sympathisieren, deren Thüringer Landeschef höhnte: »Der gläubige Christ weiß: Jesus sitzt wahrscheinlich nicht zufällig zur Rechten Gottes«[56] und der Angela Merkel »in der Zwangsjacke« aus dem Kanzleramt abgeführt sehen will? Beatrix von Storch, als Protestantin christliches Aushängeschild der Partei mit Verbindungen zur rechtskatholischen Szene, fantasierte bei Anne Will (24. Januar 2016) von einer Flucht Merkels nach Chile »aus Sicherheitsgründen«. Alexander Gauland erklärte in der »Zeit«-Beilage »Christ & Welt« (26. Mai 2016) ganz unumwunden, die AfD sei »keine christliche Partei«, er »bekämpfe das Programm der Kirchen«, wenn die Flüchtlingspolitik dazu gehöre. AfD-Funktionäre beschimpfen Bischöfe in seit 1945 nicht gekannter Schärfe als »gefährliches Irrlicht« und »verlogene«, »verrottete Funktionsträger«[57], als »Förderer« des Islam und Geschäftemacher vom »Asylindustrieverband«, als Manipulatoren und »Beamte des Staates«.

Dass es inzwischen etwa sechs Millionen Menschen in Deutschland gibt, die einer Partei mit solchen Führungsfiguren ihre Stimme geben würden, ist beunruhigend genug. Dass nicht wenige angeblich »rechtgläubige« Christen darunter sind, ist beschämend. Nach dem Einzug der AfD in weitere Landesparlamente und in den Bundestag wird man wohl auch kirchlich bekanntere Gesichter in deren Berater-, Mitarbeiter- und Pressestäben finden, zuerst die anderswo beruflich oder politisch Gescheiterten. Mancher schürt jetzt schon in Blättern der Neuen Rechten ungehemmt gegen »medienaffine und applausgeneigte Bischöfe«, die »gerne das sagen, was hoffentlich gut ankommt«[58].

Jahrelang haben Bischöfe und Vertreter des ZdK die Umtriebe dieser »Rechtsausleger«[59] im katholischen Milieu als irrelevante Randerscheinung abgetan und ignoriert. In der jetzigen nationalen und internationalen politischen Lage wäre dies grob fahrlässig. Die Brückenköpfe der Neuen Rechten in der Kirche verfälschen und verdunkeln das christliche Zeugnis, führen der AfD Sympathisanten und Wähler zu, tragen zur Diskriminierung von Minderheiten bei, vergiften das Klima in der Kirche, schaden einzelnen Personen durch Mobbing, Rufmord und Erschütterung ihres Glaubens und liefern antikirchlichen Laizisten Argumente im Kampf gegen das kooperative Verhältnis von Staat und Kirche. Dieses Schadensspektrum sollte als Handlungsherausforderung eigentlich ausreichen.

In erster Linie ist eine Informations- und Bildungsanstrengung vonnöten: in katholischen Akademien und Fakultäten, in der

Erwachsenenbildung und Jugendarbeit, in der katholischen Journalistenschule und im Cusanuswerk, in Pfarreien und Medien. Geistige Zusammenhänge und personelle Netzwerke sind transparent zu machen, einschließlich der Erinnerung an frühere Irrlichtereien des Rechtskatholizismus, insbesondere in der Weimarer Zeit. Eine hinreichend klare Abgrenzung katholischer Bischöfe, Verbände und Publizisten, auch durch Zurechtweisungen im Forum internum und externum, verlangt konkret, unkritische Auftritte bei einschlägigen Veranstaltungen der rechtskatholischen Szene zu vermeiden, keine Gelder dafür zur Verfügung zu stellen und stattdessen Gegengewichte zu unterstützen. Streiter gegen die Versektung und Politisierung am rechten Kirchenrand müssen ermutigt, Aussteiger der Szene willkommen geheißen werden. Moderat konservative, fromme Katholiken dürfen von Vereinen und Medien des liberalen Katholizismus nicht ausgegrenzt werden. Mit öffentlich-rechtlichen Sendern sollte die Talkshow-Einladungspolitik besprochen werden: Fast die gesamte rechtskatholische Heldenriege bekam dort schon ein Podium – vom unkundigen Publikum wahrgenommen als Repräsentanten der Kirche.

Geistig gilt es immer wieder, die Imago-Dei-Lehre, die »Menschenmajestät« (Jan Ross) und den Zusammenhang von Gottesdienst und Menschendienst zu betonen, sozialethisch eine »Theologie der Demokratie« zu entwickeln, die dem autoritären Modell entgegengehalten werden kann. Wo unser Gemeinwesen als »Meinungsdiktatur« verleumdet wird, müssen auch Kirchenvertreter klar widersprechen und differenziert über die Normalität von »Medientenor« und »Schweigespirale« in freien Gesellschaften aufklären. Ein freieres System, auch für die Kirche, wird es in Deutschland nicht geben. Verloren ist es vielleicht schneller, als wir ahnen.

---

19. Sascha Lehnartz, Anti-Aufklärung. Die Folgen gesellschaftlicher Verrohung sind dramatisch, in: Die Welt, 22. 6. 2016: https://www.welt.de/debatte/kommentare/article156458260/Die-Folgen-gesellschaftlicher-Verrohung-sind-dramatisch.html.

20. Siehe Andreas Püttmann, Die Nashörner kommen. Menetekel einer rechtskonservativen Radikalisierung in vier Szenen, in: Starke-Meinungen.de, 1.3.2016: http://starke-meinungen.de/blog/2016/03/01/die-nashoerner-kommen-menetekel-einer-rechtskonservativen-radikalisierung-in-vier-szenen/.

21. Aufschlussreiche Materialsammlung und Einordnung: Liane Bednarz und Christoph Giesa, Gefährliche Bürger. Die Neue Rechte greift nach der Mitte, München 2015.

22. Dieser fehle es oft, so Werner J. Patzelt, am »gesellschaftlich-politischen Zusammenhangwissen«; »Die Feindseligkeit, in der seit dem Entstehen von Pegida (…) die ›Rechten‹ und die Verfechter des ›linksliberalen Mainstreams‹

aufeinander einschlagen«, sei auch »als Neuauflage des Konflikts zwischen den praktisch-naturwissenschaftlich und den sozial- und geisteswissenschaftlich Geprägten« zu deuten (Die Welt, 14.6.2016), www.welt.de/politik/deutschland/article156226402/Wissensluecken-machen-Pegida-Anhaenger-so-radikal.html; Vgl. Diego Gambetta und Steffen Hertog: Why are there so many Engineers among Islamic Radicals?, in: European Journal of Sociology, Heft Nr. 2, 50 (2009), 201-230 (https://orientemiedo.files.wordpress.com/2010/01/diego-gambetta-steffen-hertog-why-are-there-so-many-engineers-among-islamic-radicals.pdf).

23. Robert Pausch, AfD. Partei der radikalisierten Mitte, in: Zeit online, 14. 3. 2016: www.zeit.de/politik/deutschland/2016-03/afd-analyse-erfolg-landtagswahlen-partei-waehler.

24. David Schalko, Aufstand der beleidigten Massen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 6. 2016: www.faz.net/aktuell/feuilleton/demonstration-der-identitaeren-bewegung-in-oesterreich-14298595.html.

25. Volker Weiß, Deutschlands Neue Rechte. Paderborn 2011, 115.

26. Bednarz und Giesa, 184.

27. Zit. nach: www.welt.de/politik/deutschland/article155161761/Beatrix-von-Storch-findet-Le-Pen-sehr-links.html.

28. Bednarz und Giesa, 34.

29. Zit. nach: www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/s-p-o-n-der-kritiker-staerke-und-ordnung-egal-wie-a-1083037.html.

30. Vgl. etwa: www.focus.de/politik/deutschland/politik-ohne-fleiss-und-plan-parlamentarische-faulheit-wieso-die-afd-im-plenarsaal-nur-wenig-bewegt_id_5318116.html; www.welt.de/politik/deutschland/article152546427/Parlamentarische-Leistung-der-AfD-Unterdurchschnittlich.html.

31. Warum die Erfolge der AfD an die Dreißiger Jahre erinnern. Paul Nolte im Gespräch, in: SZ, 22. 6. 2016: www.sueddeutsche.de/politik/paul-nolte-im-gespraech-warum-die-afd-erfolge-an-die-dreissiger-jahre-erinnern-1.3043006.

32. Zit. nach: www.spiegel.de/politik/deutschland/bernd-lucke-erklaerung-zu-austritt-aus-der-afd-a-1042734.html.

33. Zit. nach: www.n-tv.de/thema/hans-olaf-henkel.

34. Zit. nach: www.boell.de/sites/default/files/2016-06-mitte_studie_uni_leipzig.pdf.

35. Siehe etwa Sabine Pokorny, Die »Mitte«-Studie 2016. Methodische und inhaltliche Einschätzung, hg. als »Informationen &Recherchen« der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 27.6.2016, 3ff.

36. Siehe Katharina Nocun, Warum die AfD keine konservativere CDU ist, in: blogs.faz.net, 10. 2. 2016: http://blogs.faz.net/stuetzen/2016/02/10/warum-die-afd-keine-konservativere-cdu-ist-6010/.

37. Jost Kaiser, Rechts der CDU, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 5. 6. 2016.

38. Zit. nach: www.badische-zeitung.de/deutschland-1/die-afd-stellt-sich-neu-auf-wir-sind-die-pegida-partei--107238994.html.

39. Zit. nach: www.fr-online.de/pegida/afd-und-pegida-petry-kuschelt-mit-pegida,29337826,29510900.html.

40. Zit. nach: www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/afd-pegida-alexander-gauland-sigmar-gabriel.

41. Zit. nach: http://www.zeit.de/politik/2016-04/afd-parteitag-junge-alternative-jugendorganisation; https://www.taz.de/!5284408/.

42. Zit. nach: www.heute.de/afd-sagt-etablierten-parteien-in-stuttgart-kampf-an-43330164.html.

43. Kai Biermann und Astrid Geisler, Ein Volk, viele Reiche, noch mehr Führer. Die Reichsbürger – ein Sammelbecken harmloser Spinner?, in: Zeit online, 20. 4. 2016: www.zeit.de/politik/deutschland/2016-04/reichsbuerger-verfassungsschutz-radikalisierung-einzeltaeter/komplettansicht.

44. Anne Fromm, Ein neuer Ton. Rechtsruck beim Magazin »Cicero«, in: taz, 2. 7. 2016: https://www.taz.de/!5315142/; Liane Bednarz, Was im »Cicero« gesagt werden darf: »Kriegs- und Auschwitz-Komplex«, in: Starke-Meinungen.de, 1. 7. 2016: starke-meinungen.de/blog/2016/07/01/was-im-cicero-gesagt-werden-darf-kriegs-und-auschwitzkomplex/.

45. Lorenz Caffier ließ sich in offenkundiger PR-Absicht zu einer höchstpersönlichen Abschiebe-Aktion nächtens von einem Kamerateam begleiten, bekam aber durch die konsternierten Asylsuchenden in Unterwäsche eine moralische Lektion erteilt: www.ndr.de/fernsehen/sendungen/45_min/video-podcast/Naechtlicher-Minister-Asylbewerber-Dialog,minuten2138.html.

46. AfD, Türkenhass, Egoshooter. Ali David S.: So tickte der Amokläufer vom OEZ, in: Abendzeitung, 26. 7. 2016: www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.afd-tuerkenhass-egoshooter-ali-david-s-so-tickte-der-amoklaeufer-vom-oez.8e5e5035-f0d6-426a-bcb5-346a4c06b6bd.html; zu den AfD-Reaktionen vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article157246081/So-instrumentalisiert-die-AfD-die-Muenchner-Bluttat.html, www.huffingtonpost.de/2016/07/26/afd-gewalt_n_11200228.html.

47. Sebastian Horsch und Til Huber, Die AfD und ihre Facebook-Armee. Einfache, plakative, provokante Botschaften, in: Merkur.de, 12. 6. 2016: www.merkur.de/politik/afd-und-ihre-facebook-armee-6479596.html.

48. Die Zählung erfolgte freundlicherweise nach Anfrage für den Verfasser.

49. Claus Leggewie, America first? Der Fall einer konservativen Revolution, Frankfurt 1997, 211.

50. Dazu Josef Isensee, Keine Freiheit für den Irrtum. Die Kritik der katholischen Kirche des 19. Jahrhunderts an den Menschenrechten als staatsphilosophisches Paradigma, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte 73 (1987) 296-336.

51. Vgl. Andreas Püttmann, Freiheitlichkeit ist der rote Faden des Christentums. Offener Brief an Mathias Döpfner, in: kath.net, 28. 11. 2010: www.kath.net/news/29141/print/yes.

52. Joseph Kardinal Höffner, Der Staat. Diener der Ordnung (Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz 13), Bonn 1986, 27.

53. Wolfgang Ockenfels, Kirchliche Dialogverweigerung, in: kath.net, 6. 6. 2016: kath.net/news/55421.

54. Hildegard Stausberg, Jetzt werden sogar die Katholiken populistisch, in: Die

Welt, 5. 6. 2016: www.welt.de/debatte/kolumnen/die-strenge-stausberg/article155984167/Jetzt-werden-sogar-die-Katholiken-populistisch.html.

55. Vgl. ausführlicher: Andreas Püttmann und Liane Bednarz, Unheilige Allianzen. Radikalisierungstendenzen am rechten Rand der Kirchen (Monitor Religion und Politik, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung), Berlin 2015.

56. Björn Höcke am 11. 3. 2016 in Magdeburg: www.youtube.com/watch?v=FHQ4Qt-g9y0.

57. 55 Zit. nach: www.mdr.de/thueringen/mitte-west-thueringen/demo-afd-erfurt100.html.

58. Martin Lohmann, Derselbe Gott?, in: Junge Freiheit, 29. 7. 2016.

59. Andreas Püttmann, Die Rechtsausleger. Grenzziehung, in: Christ & Welt / Die Zeit, Nr. 6/2015: www.christundwelt.de/detail/artikel/die-rechtsausleger/.

Sonja Angelika Strube

Christliche Unterstützer der AfD

Milieus, Schnittmengen, Allianzen

Wer nach sich christlich verstehenden Unterstützerkreisen der AfD fragt, muss, so scheint es, nicht lange suchen. Zu finden sind sie zum einen direkt in der AfD, offen ersichtlich im Bündnis »Christen in der AfD« (einige davon sind zugleich auch in der »Patriotischen Plattform«). Zum anderen schreiben christliche AfD-Sympathisanten und -Sympathisantinnen gerne werbend in privaten, sich christlich verstehenden Internetmedien oder Blogs wie etwa »kath.net« oder »charismatismus.wordpress.com«, und auch die der Deutschen Evangelischen Allianz nahestehende Nachrichtenagentur »idea e.V.« warb mit einem Porträt von Beatrix von Storch auf der Umschlagaußenseite der anlässlich des Katholikentags in Regensburg 2014 erschienenen Ausgabe von »idea spektrum«.[60] Medial für die AfD engagieren sich extrem konservative Christ/innen, vornehmlich aus evangelikalen oder den katholischen Traditionalismus schätzenden religiösen Milieus; diejenigen, die im Internet durch Artikel, Blogs und Kommentare sichtbar werden, gehören zumeist zur gebildeten Mittelschicht. Ein recht offensichtlicher thematischer Berührungspunkt mit Rechtspopulist/innen ist die Ablehnung des Islam durch bestimmte christlich-fundamentalistische Kreise. Sehr viel diffiziler ist es dagegen, AfD-Nähen und politische Strategien dort zu erkennen, wo man es scheinbar mit Familien- oder Lebensschutzinitiativen zu tun hat, mit einem Netzwerk christlicher Initiativen oder Bürgerbewegungen, die zudem mit der Bitte um Unterstützung auf kirchliche Leitungspersonen zugehen.

Katholische Wahlwerbung für die AfD

Als Werbetrommel für die AfD im katholischen Raum fungiert die private Internetseite »kath.net« aus Linz. Seit dem 29. Mai 2013 bis zum 22. Juli 2016 erscheinen dort, zunächst kampagnenartig, etwa vor Wahlen, inzwischen mit Regelmäßigkeit, rund 190 Artikel über die beziehungsweise unter Erwähnung der AfD, 97 davon seit

Jahresbeginn 2016. Ausschlaggebender als die Menge ist die Auswahl der Meldungen, die zumeist mit explizit positiv-sympathisierendem Unterton berichten. Im Spiegel der kath.net-Berichterstattung erscheint die AfD aufgrund ihrer »islamkritischen« Haltung und ihrer familienpolitischen Positionen als christliche Alternative zu allen anderen Parteien, als eine ungerechtfertigtermaßen und böswillig als »rechts« verleumdete Partei und als Opfer sie ausgrenzender Kirchen und gesellschaftlicher Gruppen. Besondere Sympathie als christliche Hoffnungsträgerin genießt die protestantische EU-Parlamentarierin Beatrix von Storch.[61]

Explizit AfD-kritische Artikel finden sich nicht. Die zahlreichen völkischen, flüchtlings- und fremdenfeindlichen Äußerungen aus den Reihen der AfD finden entweder keine Erwähnung oder werden gerechtfertigt. Von der »Katholischen Nachrichten-Agentur« übernommene Meldungen mit AfD-kritischem Potenzial werden, so zeigt die Analyse der Kommentarspalten, von kath.net-Leser/innen aufgrund ihrer politischen Vorprägung eher kirchen-, staats- oder justizkritisch interpretiert.[62]

Im August 2013, vor der Bundestags- und der sächsischen Landtagswahl, unterstützte »kath.net« die AfD mit einer Artikelkampagne, die sich von Storchs Vorwürfe der »Wahleinmischung« und des »Amtsmissbrauchs« gegen den damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, zu eigen machte – Vorwürfe, die später noch mehrfach gegen andere katholische wie evangelische Bischöfe und Bischöfinnen und Theologen und Theologinnen erhoben wurden.[63] Dass dasselbe Internetmedium und sein regelmäßiger Autor Weihbischof Andreas Laun Wahlempfehlungen für die AfD ebenso wie für die FPÖ aussprechen, sei hier nur am Rande erwähnt; die Vorwürfe gegen Zollitsch gehören offenbar zur Strategie, bei anderen das zu kritisieren, was man selbst tut, um sich selbst als Opfer darzustellen, das sich nur wehrt.

Auch nach der Spaltung der AfD und dem Austritt Bernd Luckes im Sommer 2015 blieb »kath.net« der Partei nicht nur treu, sondern intensivierte die Berichterstattung, zumal die »Christen in der AfD« den Rechtsruck gutheißen.[64] Eine weitere umfangreiche Unterstützungskampagne durch »kath.net« erfuhr die AfD im Frühjahr 2016 angesichts ihrer Nichteinladung zum Katholikentag in Leipzig. Doch auch unabhängig davon intensivierte »kath.net« seine Positivberichterstattung 2016 deutlich, unter anderem durch aktuelle Berichterstattung zum Parteitag Anfang Mai 2016.

Das virtuelle politische Kampagnennetzwerk der

von Storchs

Bereits vor und auch durchgängig neben ihrem explizit parteipolitischen Engagement in der AfD war und ist Beatrix von Storch außerparteilich politisch aktiv über zahlreiche als eingetragene Vereine gegründete Initiativen, die vor allem in Form von Internetpräsenzen agieren. Einige davon wirken in die Kirchen hinein und finden dort zum Teil bischöfliche Unterstützung, denn sie erscheinen wie parteipolitisch unabhängige, christlich inspirierte Interessenverbände, denen Familien- und Lebensschutz am Herzen liegen, so zum Beispiel Familien-Schutz.de, Entscheidung-fuers-leben.de sowie die von Hedwig von Beverfoerde, Katholikin und CDU-Mitglied, verantwortete »Demo für alle«, die bis Frühsommer 2015 über die Initiative Familien-Schutz.de organisiert wurde. Auch die deutsche Sektion der europäischen Bürgerinitiative »One fo us« (1-von-uns.de) wird von Hedwig von Beverfoerde als Nationaler Sprecherin in Kooperation mit Beatrix und Sven von Storch (Vorstand/Geschäftsführender Vorstand) geleitet.[65]

Deutlicher zeigt sich die politische Zielrichtung bei anderen Storch'schen Initiativen. Eine der ersten Vereinsgründungen der von Storchs war die »Allianz für den Rechtsstaat e.V.«, die sich, anders als ihr Name und das Motto »Menschenrechte, Demokratie, Gewaltenteilung« nahelegen, monothematisch für die Rückgabe des in der DDR enteigneten Großgrundbesitzes einsetzt und in diesem Zusammenhang die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland in Zweifel zieht. Die ebenfalls vom Ehepaar von Storch geleitete »Zivile Koalition e.V.« widmet sich dem Kampf gegen den Europäischen Rettungsschirm ESM, für neoliberale und marktradikale Positionen und agiert EU-skeptisch; ihre sieben Gründungsmitglieder sind laut Recherchen Henrik Ankenbrands (Frankfurter Allgemeine Zeitung) allesamt Familienangehörige der Storchs.[66] Laut Eigendarstellung ist die Zivile Koalition im März 2013 unmittelbar mit der Gründung der AfD verbunden: »Eine Veranstaltung im hessischen Oberursel bei Frankfurt, zu der die Zivile Koalition mobilisiert, wird zur Initialzündung und Auftaktveranstaltung für die Gründung der neuen Partei ›Alternative für Deutschland‹«[67] verkündet die Internetseite mit sichtlichem Stolz. Trotz dieser unbestreitbaren Nähe zur AfD beansprucht der Verein für sich, »ein Zusammenschluss von Bürgern« und »eine wirtschaftlich unabhängige, überparteiliche (...) Organisation« zu sein, »die den vielen engagierten Einzelnen aus der Zivilgesellschaft eine gemeinsame Stimme gibt«[68].

Weitere Internetplattformen werden von Sven von Storch, der sich als »Leiter und Berater für Pressure Groups in Deutschland«[69] bezeichnet, über sein (virtuelles) »Institut für Strategische Studien

Berlin e.V. ISSB« betrieben und haben ausdrücklich das Ziel, Einfluss beziehungsweise Druck auf Politiker, Politikerinnen und politische Institutionen auszuüben. Die Namen und Aufmachungen von »Abgeordneten-Check.de«, »eucheck.org« und »civilpetition.de« sind den Aktionsplattformen »abgeordnetenwatch.de« und »openpetition.de«, die sich an der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (Transparency International Deutschland e.V.) beteiligen, sicherlich nicht zufällig zum Verwechseln ähnlich. Im Unterschied zu offenen Petitionsplattformen, die allen Bürgern und Bürgerinnen das Starten einer Petition ermöglichen, lassen sich auf den von Sven von Storch betriebenen Seiten allerdings nur dessen eigene Kampagnen unterzeichnen. So suggerieren sie ein basisdemokratisches zivilgesellschaftliches Engagement und Bürgerbewegungen, wo tatsächlich ein einzelner Lobbyist quasi hauptberuflich politisch agiert.[70] Die Kampagnen von »Civilpetition.de« und »Abgeordneten-Check.de« unterstützt auch die Storch'sche Internetseite »Buergerrecht-direkte-demokratie.de«. Die Internetzeitung »Freie Welt«, ebenfalls von Sven von Storch verantwortet, ergänzt die politische Arbeit journalistisch und verschafft den Storch'schen Initiativen Öffentlichkeit.

Das Erzeugen einer Parallelgesellschaft mittels »Kunstrasenbewegung«

In doppelter Weise erzeugen die Internetaktivitäten der von Storchs den Eindruck von Masse. Begrifflichkeiten wie »Allianz«, (Bürger-)»Konvent« oder »Koalition« lassen sprachlich bereits für sich genommen einen demokratischen Zusammenschluss von Bürgern und Bürgerinnen oder Bürgerinitiativen vermuten. Die Vielzahl der Internetplattformen potenziert diesen Eindruck von Masse noch, und es scheint zudem, als würden viele unterschiedliche bürgerschaftlich engagierte Menschen dieselben Missstände wahrnehmen und anprangern – zumindest solange man sich nicht die Mühe macht, auf Namen in Impressen und Beiräten zu achten, die (sofern noch einsehbar) die immer gleichen Akteure offenbaren.[71] Doch im Unterschied zu einer echten Graswurzelbewegung mit vielen überzeugten Einzelnen, die sich zusammenschließen, haben wir es hier mit einer virtuell vorgetäuschten »Kunstrasenbewegung« zu tun.

Unter der Behauptung, Stimme der schweigenden Mehrheit zu sein, wird auf diese Weise gezielt Stimmung erzeugt. Wer überwiegend oder ausschließlich diese Internetseiten und die mit ihnen verbündeten Medien liest, wird für davon abweichende Informationen immer weniger zugänglich und gerät mental in eine Parallelwelt. Dies kann sich, wie Pegida- und AfD-Demonstrationen zeigen, auch außerhalb

des Internets zu einer regelrechten »Parallelgesellschaft« verfestigen, die sich einer konstruktiven Kommunikation mit der Mehrheitsgesellschaft verweigert. Bestimmte christliche Medien wie zum Beispiel »kath.net« sind an der ideologischen Verfestigung einer solchen rechtspopulistisch gesinnten »Parallelgesellschaft« tatkräftig beteiligt.

Schnittstellen in den kirchlichen Raum als rechtsintellektuelle Strategie

Mit Hilfe ihrer virtuellen Aktivitäten sollen, wie Beatrix von Storch am 25. Februar 2015 im kath.net-Interview erklärt, Menschen jenseits parteipolitischer Zusammenhänge erreicht werden.[72] Tatsächlich gelingt es rechtspopulistischen Akteuren über familienbezogene Themen, Menschen der bürgerlichen Mitte emotional anzusprechen und sogar dort in den allgemein-christlichen wie institutionell-kirchlichen Raum hineinzuwirken, wo Islamisierungsängste nicht verfangen und Fremdenfeindlichkeit ausdrücklich zurückgewiesen wird.

Aktivitäten dieser Art entsprechen der in der intellektuellen Neuen Rechten propagierten Strategie, vor jeder rechten Parteigründung zuerst den »vorpolitischen Raum« einzunehmen mit dem Ziel, in möglichst weiten Teilen der Bevölkerung Diskurshoheit zu erlangen. Oder wie es 2007 das rechtsintellektuelle Studentenmagazin »Blaue Narzisse« im Interview mit dem neurechten Netzwerker André F. Lichtschlag, Herausgeber des marktradikal-sozialdarwinistischen Magazins »eigentümlich frei«, formulierte: »Unser Potenzial muss erst einmal im vorpolitischen Raum reifen und weiter wachsen«[73] – nämlich über unterschiedliche, miteinander vernetzte Personen und Medien. Dies geschah seit Ende der Neunzigerjahre im Internet, auch auf sich christlich verstehenden Websites, lange bevor sich 2013 die AfD gründete und bevor im Herbst 2014 Pegida auf der Straße sichtbar wurde.

Neben den Bemühungen um Diskurshoheit in bürgerlichen und kirchlichen Milieus und dem damit einhergehenden bürgerlich-christlichen Erscheinungsbild steht die Vernetzungsarbeit innerhalb extrem rechter Milieus. Mit Lichtschlag vernetzt und in wirtschaftspolitischen Fragen d'accord ist Beatrix von Storch, unter anderem als Autorin seines Magazins.[74] Zu den engen politischen Beratern der AfD gehört neben anderen der rechtsintellektuelle Ideologe Götz Kubitschek, Leiter der neurechten Denkfabrik »Institut für Staatspolitik« und Herausgeber des Theoriemagazins »Sezession«, der nationale und internationale Vernetzungsarbeit ins extrem rechte Spektrum leistet und unter anderem mit der »Identitären Bewegung«

oder mit Jürgen Elsässer eng zusammenarbeitet.[75]

Mit »Familienschutz« Kirchenvertreter für die AfD gewinnen?

Das Verhältnis der »Demo für alle« zur AfD

Die fast ausschließlich in Stuttgart stattfindende »Demo für alle«, initiiert im Frühjahr 2014 im Kontext der Petition gegen den baden-württembergischen »Bildungsplan 2015« nach dem Vorbild der gleichnamigen französischen »La Manif pour Tours«, präsentiert sich als parteiübergreifende Veranstaltung mit Rednern und Rednerinnen auch aus CDL, CDU/CSU und Kirchen – unter regelmäßiger Beteiligung von AfD-Politikern und Politikerinnen. Christlich-kirchlicherseits sprachen dort neben dem Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz Hartmut Steeb, dem Vorsitzenden des Forums Deutscher Katholiken Prof. Dr. Hubert Gindert und dem emeritierten katholischen Sozialethiker Prof. Dr. Manfred Spieker auch die amtierende Geschäftsführerin des päpstlichen Hilfswerks »Kirche in Not« (KIN), Karin Maria Fenbert, sowie der Salzburger Weihbischof Andreas Laun, der unter anderem als kath.net-Autor aktiv ist und schon häufiger durch scharfe Wortwahl gegen Andersdenkende und durch seine Wahlempfehlung für die FPÖ von sich reden machte.[76]

Organisatorin der Demos ist Hedwig von Beverfoerde, die 2014 als langjährige Sprecherin der Initiative Familien-Schutz diese Arbeit als eines von mehreren Kooperationsprojekten mit Beatrix und Sven von Storch begann (neben »1-von-uns« als weiterem gemeinsamen Projekt war und ist Beverfoerde Mitglied in mehreren Beiräten der von den Storchs getragenen Vereine).[77] Inhaltliche Ziele sind die privilegierte Exklusivstellung der traditionellen Familie gegenüber allen anderen familialen Lebensformen sowie der Kampf gegen Gender Mainstreaming, das entgegen seiner eigentlichen Bedeutung als »Infragestellung der natürlichen Geschlechter und Familienbilder« bezeichnet und als »Indoktrination« abgelehnt wird.[78]

Inhaltliche Garantin dessen, wogegen die »Demo für alle« eintritt und was sie mit den Kunstworten »Genderismus« und »Gender-Ideologie« umreißt, ist Gabriele Kuby.[79] Kuby sowie die inhaltlich in deren Fußspuren wandelnde Birgit Kelle sind Rednerinnen und zentrale Ideengeberinnen der Demos. Beide arbeiten auch als Autorinnen für einschlägige Medien.[80]

Zwar weist von Beverfoerde die saloppe Medien-Formulierung, die Demo sei eine »AfD-Veranstaltung«, zurück,[81] doch waren die Demos

bislang durchgängig mit ein, teilweise zwei Redner/innen der AfD beziehungsweise ihrer radikaleren Jugendorganisation »Junge Alternative« (JA) bestückt. So sprachen der AfD-Europaabgeordnete und Landessprecher der AfD in Baden-Württemberg Bernd Kölmel, die Bundessprecherin der »Christen in der AfD« Anette Schultner, AfD-Mitglied Lukas Kuhs, die JA-Mitglieder Anna Schupeck (jetzt ALFA), Andreas Schumacher sowie Markus Frohnmaier, heute Pressesprecher von Frauke Petry, der zuletzt durch markige Sprüche und den Verdacht auf eine frühere Mitgliedschaft in der »German Defence League« auffiel.[82] Wurden anfänglich die Demos noch mit Hinweis auch auf ihre AfD-Redner und Rednerinnen beworben,[83] so sind diese seit 2015 nur über die Rubrik »Videos« des Demo-Weblogs beziehungsweise über Mitschnitte der Demos auf »Youtube« zu ermitteln. Am 28. Februar 2016 schien erstmalig kein AfD-Mitglied auf der Tribüne zu stehen, jedoch ist die als »Mutter von zehn Kindern« angekündigte Rednerin Ingrid Kuhs nicht nur Ehefrau beziehungsweise Mutter der AfD-Politiker Joachim und Lukas Kuhs, sondern bewirbt auch selbst die AfD inklusive deren extrem rechter »Patriotischer Plattform« auf ihrer eigenen Facebook-Seite.[84]

Durch die Auswahl von Rednern wie Frohnmaier stellt die Demo einen Kontakt nicht nur zu bürgerlich-gemäßigten Mitgliedern in der AfD her, sondern auch ins extrem rechte Lager. Dass die beiden Lager gar nicht immer säuberlich voneinander zu trennen sind, zeigt sich, wenn etwa ein bibeltreuer älterer Herr und zehnfacher Vater wie der AfD-Politiker Joachim Kuhs sowohl bei den »Christen in der AfD« leitend engagiert ist als auch in der extremen »Patriotischen Plattform«, die wiederum eine positive Haltung zur »Identitären Bewegung« hat.[85] Vor dem Hintergrund solcher Doppelmitgliedschaften dürfte es sich bei der mehrfachen Beteiligung der von verschiedenen Verfassungsschutzämtern als rechtsextremistisch eingestuften Identitären an »Demos für alle« kaum um unbemerkte unerwünschte Unterwanderungen handeln.[86] Wenn sich Kirchenvertreter und -vertreterinnen zu Kooperationen mit der »Demo für alle« einladen lassen, führt dies bisweilen zu der bizarren Situation, dass eine Demo durch das (verlesene) Grußwort eines ortsansässigen Weihbischofs miteröffnet und zugleich durch eine größere Gruppe Anhänger der »Identitären Bewegung« begleitet wird.

Wahl- und Imageunterstützung der AfD durch eine überparteiliche Demo

Auf der Grundlage ihrer Rednerlisten stellen sich die »Demos für alle« ausdrücklich nicht einfach als »AfD-Veranstaltung« dar. Vielmehr versuchen sie über die Familienthematik eine Zusammenführung

unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere kirchlicher Persönlichkeiten mit Politikern und Politikerinnen der AfD. Strategisches Ziel dürfte sein, die Akzeptanz der AfD in christlich-kirchlichen Kreisen zu erhöhen und eine mentale Normalitätsverschiebung in Richtung rigiden und autoritären Denkens in Teilen der Gesellschaft zu bewirken.

Gerade durch die parteiübergreifende Zusammenarbeit mit Vertreter/innen aus CDU und Kirchen wird das bürgerliche Image der baden-württembergischen AfD wesentlich stärker gefördert, als dies durch eine reine »AfD-Veranstaltung« je möglich wäre. Dadurch erfüllt nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Andersartigkeit die Stuttgarter »Demo für alle« in Bezug auf die Wahlerfolge der AfD in Baden-Württemberg eine ähnliche werbend Funktion, wie dies in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt die völkischen Auftritte Björn Höckes tun. So sehr im Osten Deutschlands offenbar ein völkisch-fremdenfeindliches Auftreten Wählerstimmen für die AfD gewinnt, so sehr tut dies im Südwesten ein moderat-bürgerliches und kirchennahes.

Perspektiven für den kirchlichen Umgang

Recht subtil und schwer zu durchschauen ist das Vorgehen rechter Netzwerke, wenn über die Themen Familie und Lebensschutz Kontakte zu offiziellen Vertreter und Vertreterinnen der Kirchen aufgebaut werden. Wie am Beispiel der »Demo für alle« gesehen, kann dies über Personen geschehen, die sich als dezidiert christlich verstehen und gegebenfalls sogar einer anderen Partei als der AfD angehören (wie etwa Beverfoerde oder Kelle). Dass es Menschen gibt, die sich aufgrund ihres spezifischen christlichen Selbstverständnisses in rechtspopulistischen Parteien, unter Umständen sogar in deren »Patriotischen Plattformen« engagieren, lässt sich nicht verhindern, fordert jedoch kirchlicherseits zur Auseinandersetzung mit solcherlei Christentumsverständnissen heraus. Von grundlegender Bedeutung ist die Frage, wie offizielle Kirchenvertreter und -vertreterinnen damit umgehen, von rechtspopulistisch vernetzten Initiativen umworben und zur Beteiligung aufgefordert zu werden.

Familien- und Lebensschutzveranstaltungen mit Nähen zu AfD und anderen rechtspopulistischen Gruppen (auch durch personelle Überschneidungen) erweisen sich aus mehreren Gründen als problematisch: Sie sind in vielen (nicht notwendigerweise allen) der gehaltenen Reden und in zahlreichen Kommentaräußerungen von Teilnehmern und Teilnehmerinnen unmittelbar von ideologischen Verzerrungen der Wirklichkeit sowie von gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit, vor allem gegenüber homo-, trans- und intersexuellen Menschen, geprägt, was kirchlicher Verkündigung nicht angemessen ist. Zum Zweiten stellt, wie aufgezeigt, eine Unterstützung AfD-naher Kampagnen immer auch eine Unterstützung der AfD insgesamt dar, sodass Kirchenvertreter und -vertreterinnen deren islam- und fremdenfeindliche, völkisch-nationalistische, gegebenenfalls autoritär-undemokratische Positionen »mitkaufen«, wenn sie familienbezogene Aktionen unterstützen. Schließlich begeben sich kirchliche Vertreter und Vertreterinnen auf AfD-nahen Veranstaltungen in einen Veranstaltungsrahmen, der trotz augenscheinlicher Bürgerlichkeit fließende Übergänge bis ins rechtsextreme Lager umfasst. Aufgrund der nicht nur bei der AfD zu beobachtenden Ausnutzung der Familien- und Lebensschutzthematik durch Rechtspopulisten und sogar Rechtsextreme[87] muss christlich-kirchlicher Lebens- und Familienschutz sich anbietende Kooperationspartner und -partnerinnen zunehmend kritisch prüfen, unter Umständen sogar direkt und öffentlich begründet zurückweisen. Und er muss neue Wege finden, die Werte des Evangeliums positiv werbend in gesellschaftliche und politische Diskussionen einzubringen und sich auf diese Weise grundlegend von der menschenfeindlichen Rhetorik rechter Kreise abzusetzen.

Noch subtiler und in seinen Vernetzungen schwieriger zu beurteilen ist der Einfluss rechtspopulistischer Personen und etwa auch Parteien auf die europäische Bürgerinitiative »One of us«, deren deutsche Sektion von Hedwig von Beverfoerde als nationaler Koordinatorin und dem Ehepaar von Storch als Vorstand geleitet wird.[88] Wiewohl die am 11. Mai 2012 auf Italienisch registrierte Initiative keinesfalls eine »AfD-Initiative« ist, ist die deutsche Initiative »1-von-uns« eingebunden in das Storch'sche Kampagnennetzwerk; auch profiliert sich Beatrix von Storch als AfD-Europaabgeordnete maßgeblich über die Unterstützung der Initiative. Zugleich vertritt die Initiative Lebensschutzpositionen, die aus christlicher Perspektive zustimmungsfähig sind. Angesichts eines solchen Konglomerats an politischen Interessen und Vernetzungen mag die Entscheidung für oder gegen eine kirchliche Unterstützung der Initiative nicht leichtfallen. Doch gerade wer nicht nur als christliche Privatperson, sondern als Kirchenvertreter, Kirchenvertreterin oder Person des öffentlichen kirchlichen Lebens eine solche Unterstützungsentscheidung zu treffen hat, darf vorhandene Vernetzungen zu explizit rechtspopulistischen Politikern und Politikerinnen nicht ignorieren und muss sich der gewollten wie ungewollten Wirkungen seiner Entscheidung bewusst sein.

60. Porträt: Wer ist eigentlich Beatrix von Storch? Europawahl, in: idea spektrum, Nr. 22, 28.5.2014.

61. 28.5.2014: Wer ist eigentlich Beatrix von Stroch?; http://www.kath.net/news/46162; 25.2.2015: Weniger Staat heißt mehr Familie; http://www.kath.net/news/49595.

62. Die von kath.net bearbeitete KNA-Meldung »AfD-Vorsitzende Petry wirft Bischöfen Verlogenheit vor«, 18. 2. 2016 (http://www.kath.net/news/54075) führte zum Beispiel zu zahlreichen Kommentaren, die Petry zustimmten und die deutschen Bischöfe beschimpften.

63. Der kath.net-Artikel vom 9.8.2013 zitiert und übernimmt den Vorwurf von Storchs »Sie missbrauchen Ihr Amt, um vor uns zu warnen!« ohne Anführungszeichen und veröffentlicht den Offenen Brief der Politikerin an Erzbischof Robert Zollitsch: http://www.kath.net/news/42374.

64. Vgl. 25.5.2015: Christen in der AfD rücken von Parteisprecher Lucke ab; http://www.kath.net/news/50682.

65. http://www.familien-schutz.de/; http://entscheidung-fuers-leben.de/; http://1-von-uns.de/; https://web.archive.org/web/20150421070533/https://demofueralle.wordpress.com/eine-seite/impressum.

66. Henrik Ankenbrand, Christliche Alternative für Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.3.2014: http://www.faz.net/aktuell/afd-kritisiert-rechte-von-schwulen-und-muslime-12837646.html?printPagedArticle=true.

67. http://www.zivilekoalition.de/chronik/artikel/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=9&cHash=aafe34785cc075151495400f07ca961e (unter »März 2013«).

68. http://www.zivilekoalition.de/wir.

69. http://www.freiewelt.net/nc/autor/?tx_ttnews%5Bswords%5D=Sven%20von%20Storch.

70. Vgl. Institut für strategische Studien Berlin ISSB e.V., www.issberlin.info; http://www.abgeordneten-check.de/; http://www.eucheck.org/; http://www.civilpetition.de/; http://www.buergerrecht-direkte-demokratie.de/wir-uber-uns/.

71. Im Jahr 2015 wurden mehrere Internetseiten neu gestaltet, sodass die Beiräte zum Teil nur noch über die Wayback-Suchmaschine https://archive.org/web/ einsehbar sind.

72. http://www.kath.net/news/49595.

73. http://web.archive.org/web/20140314064818/http://www.blauenarzisse.de/index.php/aktuelles/item/292-unser-potenzial-muss-erst-einmal-im-vorpolitischen-raum-reifen-und-weiter-wachsen; http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/3882-gespraeche.

74. Vgl. dazu Sonja Angelika Strube, »Familienschutz« als Deckmantel für Ideologien der Ungleichwertigkeit, Artikel auf feinschwarz.net – Theologisches Feuilleton, 1.2.2016, auf: http://www.feinschwarz.net/familienschutz-als-deckmantel/ (1.8.2016).

75. Vgl. Björn Höcke zur Asylpolitik – IfS-Kongreß »Ansturm auf Europa« https://www.youtube.com/watch?v=qLsetj1Lcbk; Asyl Eine politische Bestandsaufnahme – Höcke beim IfS HD, 720p, https://www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqlQ

(siehe Minute 29). Tilmann Kleinjung: Höhenflug der italienischen Rechten. Deutschlandfunk, 23. 3. 2015, http://www.deutschlandfunk.de/aufstieg-der-lega-nord-hoehenflug-der-italienischen-rechten.724.de.html?dram:article_id=314973 (1.8.2016).

76. Vgl. dazu folgende Artikel der Salzburger Nachrichten: http://www.salzburg.com/nachrichten/dossier/bundespraesidentschaftswahl-2016/sn/artikel/van-der-bellen-gottesfeind-weihbischof-laun-empfiehlt-hofer-197154/; http://www.salzburg.com/nachrichten/salzburg/chronik/sn/artikel/salzburger-weihbischof-laun-vergleicht-schwule-mit-nazis-136551/; http://www.salzburg.com/nachrichten/dossier/bundespraesidentschaftswahl-2016/sn/artikel/laun-wahlempfehlung-fuer-hofer-theologen-wehren-sich-197264/.

77. Vgl. http://www.freiewelt.net/impressum/ (Herausgeber Sven von Storch, im Beirat: Hedwig von Beverfoerde; Stand: 29.7.2016). Zusammenarbeiten dokumentierten auch die Seiten eucheck.org (Vorsitzender: Sven von Storch, im Beirat: Hedwig von Bevernfoerde) und abgeordneten-check.de (Beirat wie eu-check) bis 2015/2016: https://web.archive.org/web/20150906140748/http://www.eucheck.org/impressum-datenschutz/, https://web.archive.org/web/20140704023817/http://www.abgeordneten-check.de/impressum-datenschutz/. Seit der Neugestaltung der Internetseiten 2015 beziehungsweise 2016 sind sie dort nicht mehr einsehbar.

78. https://demofueralle.wordpress.com/eine-seite/wer-wir-sind/ (27.7.2016).

79. Mehr dazu: Gerhard Marschütz, Zur Kritik an der vermeintlichen Gender-Ideologie: Wachstumspotenzial für die eigene Lehre, in: Herder-Korrespondenz, 68.9 (2014) auf: https://www.herder-korrespondenz.de/heftarchiv/68-jahrgang-2014/heft-9-2014/zur-kritik-an-der-vermeintlichen-gender-ideologie-wachstumspotenzial-fuer-die-eigene-lehre. Mehr zum Thema: https://www.herder-korrespondenz.de/dossiers/politik/theologische-beitraege-zur-gender-debatte.

80. Vgl. Kerstin Söderbloem, Homophobie und Gruppenbezogener Menschenhass, in Sonja Angelika Strube (Hg.), Rechtextremismus als Herausforderung für die Theologie, Freiburg 2015, 223-241, hier: 223-225; Strube, Rechtspopulistische Strömungen und ihr Antigenderismus, erscheint im Herbst 2016 in: Margit Eckholt (Hg.), Buchprojekt Gender [Arbeitstitel], sowie: Strube, »Familienschutz« als Deckmantel für Ideologien der Ungleichwertigkeit.

81. https://demofueralle.files.wordpress.com/2014/04/pm-richtigstellung-oeffentlicher-falschbehauptungen-ueber-demo-fc3bcr-alle.pdf; http://www.kath.net/news/54030.

82. Auftrittsdaten: Bernd Kölmel (28.6.2014; 21.3.2015), Anna Schupeck (jetzt ALFA) und Markus Frohnmaier (19.10.2014), Anette Schultner (22.11.2014; 10.11.2015), Lukas Kuhs (21.6.2015), Andreas Schumacher (10.11.2015). Quellen: https://www.youtube.com/watch?v=mYgEeWy_zk; https://www.youtube.com/watch?v=dj4Yzu25CGw; https://www.youtube.com/watch?v=M-nWunyzNIo; https://www.youtube.com/watch?v=HOMbS7oZVqE&index=6&list=PLYE3FxlSdO9VF6XPDxcxdXnykW87FQBwn. Zu Frohnmaier vgl.: Henry Bernhard, Wenn wir kommen,wird aufgeräumt, in: Deutschlandfunk, 29.10.2015: http://www.deutschlandfunk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraeumt.1773.de.html?dram:article_id=335345; Sebastian Kaiser, Neue Vorwürfe gegen AfD-Jungpolitiker Frohnmaier, in: Badische Zeitung, 26.7.2016: http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/neue-vorwuerfe-gegen-afd-jungpolitiker-frohnmaier--125381174.html; Sebastian Kaiser, Wer ist

Cornell Craiovesti? in: Badische Zeitung, 27.7.2016: http://www.badische-zeitung.de/neue-vorwuerfe-gegen-afd-jungpolitiker-frohnmaier--print; http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/blob/44560540/1/data.pdf.

83. Etwa Frohnmaier und Schupeck: https://demofueralle.wordpress.com/service/demo-19-oktober-14/ (27.7.2016).

84. https://www.facebook.com/ingrid.kuhs (27.7.2016).

85. Zu Joachim Kuhs: http://afd-badra.de/joachim-kuhs/; http://www.chrafd.de/; http://patriotische-plattform.de/wp-content/uploads/2014/09/Flyer_PP_2014_0902.pdf. Zur Haltung der Patriotischen Plattform zur Identitären Bewegung: http://patriotische-plattform.de/blog/2016/06/14/wir-sind-identitaer/ (29.7.2016).

86. Zur Einordnung der Identitären Bewegung vgl. zum Beispiel Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2015 Vorabfassung. Hannover 2014, 39-43; http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=12262&article_id=54339&_psmand=30; 29.7.2016. Zur Demo für alle vom 21.6.2015, vgl.: http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.stuttgart-proteste-begleiten-demo-fuer-alle.1a1f2e39-f3c5-4448-be53-5871b3b50dbc.html sowie die Fotos auf http://www.beobachternews.de/2015/06/24/neuer-protest-gegen-demo-fuer-alle/. Weitere Demo-Beteilgungnen der Indetitären: https://www.facebook.com/IdentitaereSchwaben/photos/a.1430270763894008.1073741828.1430266453894439/1627079607546455/?type=3&theater, https://www.facebook.com/IdentitaereSchwaben/photos/a.1430270763894008.1073741828.1430266453894439/1630748683846214/?type=3&theater.

87. Vgl. dazu: Sonja Angelika Strube, Rechtspopulistische Strömungen und ihr Antigenderismus; dies., Rechtsextremismus und Christentum. Rechtsextreme Tendenzen im christlichen Glaubensspektrum als relevantes Thema für feministische Theologie und Praxis, auf: Website-Initiative aus der Europäischen Gesellschaft für theologische Forschung von Frauen – Deutschland (ESWTR/D), http://womencomment.eu/fundamentalismus-pluralitat-religionen-2.

88. Vgl. http://1-von-uns.de/; http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/successful/details/2012/000005; http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/displaylobbyist.do?id=478454716012-16&locale=de&indexation=true; http://www.oneofus.eu/.

Christian Hermes

Kirchlich-politische Wachsamkeit

Die AfD als Prüfstein

Enttäuschende Umarmungsversuche: doch keine »natürlichen Verbündeten«

»Natürliche Verbündete« müssten die »Alternative für Deutschland« und die Kirchen doch sein, warb der baden-württembergische Spitzenkandidat und Bundessprecher Jörg Meuthen bei einer Wahlkampfveranstaltung. Die Kritik von Kirchenvertretern wies er deshalb ebenso als »fundamentales Missverständnis« zurück, wie er der Presse »bewusste Fehlinterpretation« der Aussagen von hochrangigen Parteivertreterinnen zum Schusswaffengebrauch an der Grenze vorwarf.[89] Die AfD, so Meuthen weiter, sei auch nicht ausländerfeindlich, und mit der Kirche, sekundierte der örtliche Funktionär, gebe es »keine Differenz«. Dass diese Wahlveranstaltung im schwäbischen Weil der Stadt in der verpachteten Gaststätte des katholischen Gemeindehauses stattfand, war ebenso pikant wie das veröffentlichte Pressefoto, das den Wahlkämpfer am Rednerpult unter dem Kruzifix zeigte. Kirchen und AfD – »natürliche Verbündete«? Eine Partei, die nah beim Kreuz Christi steht?

Als bürgerlich-konservative Anti-Euro-Partei gestartet, tendierte die AfD nach der Trennung von Gründer Bernd Lucke und vielen gemäßigten Anhängern dahin, am rechten, nationalkonservativen Rand um Zustimmung und Unterstützung zu werben. Grundsätzliche, pauschale Systemkritik an der repräsentativen und parlamentarischen Demokratie, an den Medien, an Europa, am »Gender-Wahnsinn«, am Islam und der angeblichen Islamisierung des Abendlandes, an der Aufnahme von Flüchtlingen, die als Verrat am deutschen Volk und Aufgabe deutscher Identität gebrandmarkt wurde, wurde zum Leitthema der Parteivertreter. Erfolgreich inszenierte sich die Partei als Sammlungsbewegung »besorgter Bürger«, die auch bei rechtsextremen und ausländerfeindlichen Bewegungen wie der Dresdner Pegida und ihren verschiedenen Ablegern bekannte Gesichter der Partei treffen konnten.

Denn auch die Protestbewegung Pegida galt führenden AfD-

Vertretern – je nach politischer Opportunität und Wetterlage mal mehr, mal weniger – als »natürliche Verbündete«.[90] Der Terror des »Islamischen Staates«, der nicht endende Krieg in Syrien, der Zustrom von Flüchtenden aus den Krisenregionen Afrikas und des Nahen und Mittleren Ostens und die Überforderung des europäischen Grenz- und Asylsystems wie der politischen Solidarität zwischen den EU-Ländern machten und machen zu Recht vielen Menschen Sorgen und die daraus entstehenden Herausforderungen sind gewaltig. Zugleich bietet eine postmoderne Gesellschaft in einer globalen und unübersichtlich gewordenen Welt keine allgemeinverbindlichen, den Zeitläufen enthobenen integrativen Erzählungen, um diese Komplexität gemeinschaftlich zu bewältigen. Die Zukunft ist eben heute auch nicht mehr das, was sie früher mal war. Die AfD nun hat sich als diejenige Partei etabliert, die diese komplexen Problemlagen auf einfache, dualistische Schwarzweißbilder reduziert: Dort ist das Böse und hier das Gute; dort ist der dämonische äußere Feind, der unser Eigenes, unsere Identität und Integrität (»Heimat«, »Leitkultur«, »Volk«, »Nation«, »christliches Abendland«, »Familie« usw.) bedroht – und hier ist AfD.

Hier können und sollen nicht die komplexen politischen Sachprobleme oder die demagogische und populistische Technik betrachtet werden, mit der die AfD, ähnlich wie rechte Parteien vor ihr oder in anderen Ländern um Unterstützung werben, indem sie Angst und Hass schüren, Menschen pauschalisierend mit Hetze und Häme überziehen, provozieren und hernach relativieren oder sich als Stimme der »kleinen Leute« und des »einfachen Volkes« inszenieren und das Ressentiment als großes Geschütz der kleinen Geister auffahren. Diese politische Technik ist ebenso durchschaubar, wie es inzwischen offenkundig ist, dass die »Alternative für Deutschland« politisch-inhaltlich nur negativistisch ausgerichtet ist, indes für keine politische Herausforderung der Gegenwart irgendeinen sinnvollen und konstruktiven Lösungsvorschlag einzubringen hat.

Wie andere rechte Protestparteien und -bewegungen vor ihr ist sie politisch nicht Teil der Lösung, sondern des Problems selbst. Dies auch deshalb, weil die Partei inzwischen als Sammelbecken von anderswo Gescheiterten, Frustrierten, weltanschaulichen Sonderlingen und vielfach auch sozial problematischen Persönlichkeiten mit Hang zu Querulantentum, Verschwörungstheorien und Egozentrik auffällig geworden ist[91] und damit inhaltlich und personell trotz des überdurchschnittlichen Akademikeranteils genau jenes Zerrbild einer Partei abgibt, mit dem sie die so bezeichneten »Altparteien« gerne diffamiert.

Der Versuch, die Kirchen zu umarmen und zu instrumentalisieren, war wohl tatsächlich ernst gemeint. Sollte das Eintreten für »family

values«, für Heimat und Volk, für Identität und Tradition, für konservative Werte und eine »heile« Vergangenheit, insbesondere aber der Kampf gegen »den Islam« und für die Identität des »christlichen Abendlandes« nicht hohe Zustimmungswerte gerade bei Christen erreichen? In anderen Ländern hat dies mehr oder weniger gut funktioniert. Beispielsweise zeigt die aktuelle Regierung des zutiefst katholisch geprägten Heimatlandes des hl. Johannes Pauls II., dass ein glühendes Bekenntnis zum Katholizismus politisch ebenso gut mit einer national-populistischen Politik und der Weigerung, sich an der Lösung der Flüchtlingskrise zu beteiligen, zusammengehen kann, wie der Genuss europäischer Transferleistungen mit der Verachtung für die Europäische Union. Dem Werben der AfD um die Christen sind denn auch in Deutschland manche offenkundig zunächst auf den Leim gegangen, die sich von anderen Parteien nicht (mehr) vertreten oder ernst genommen fühlen. Menschen, die sich in den Unsicherheiten einer komplexen und heterogenen, säkularen und zugleich plural religioiden Postmoderne verunsichert oder unbeheimatet fühlen und in einer geschlossenen religiösen Identität weltanschauliche Sicherheit im Rückgriff auf eine bessere Vergangenheit gefunden haben, können die AfD als zunächst stimmiges politisches Identifikationsangebot empfinden. So bildete sich innerhalb der AfD auch eine Gruppe »Christen in der AfD«, in Baden-Württemberg auch als »Pforzheimer Kreis« bekannt, deren Grundsatzerklärung zwar mit Papst Benedikt XVI. und einer protestantischen Fassung des Apostolischen Glaubensbekenntnisses schließt, leider aber eine Positionierung zu den antichristlichen Positionen vermissen lässt, mit denen die Partei in die Schlagzeilen gekommen ist und die zum Konflikt mit den christlichen Kirchen geführt haben.[92]

Zunehmend machte sich die AfD durch menschenverachtende, völkisch-nationalistische und apokalyptische schrille Positionen und Forderungen, durch pauschale Diffamierung ganzer Menschengruppen und eine unseriös wirkende politische Vorgehensweise bemerkbar.[93] Dies gilt für die Bundespartei wie für ihre lokalen und regionalen Akteure. Christina Baum, inzwischen Stellvertretende Landesvorsitzende und Abgeordnete der AfD im Landtag von Baden-Württemberg hatte schon im Januar 2015 in ihrer Bewerbungsrede vor einer »immer stärkeren Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils« und einem »schleichenden Genozid« an den Deutschen gewarnt.[94] Baum, mit Björn Höcke, André Poggenburg und Alexander Gauland Erstunterzeichnerin der »Erfurter Erklärung« vom März 2015, hatte nicht nur auf Höckes Erfurter Kundgebungen als Vertreterin schriller Positionen auf sich aufmerksam gemacht, sondern lud den Thüringer Fraktionsvorsitzenden auch umgekehrt als Redner in ihren Wahlkreis Main-Tauber ein. Markus Frohnmaier, Vorsitzender

der Jugendorganisation der AfD »Junge Alternative«, kündigte in bester populistischer Propagandamanier im Rahmen einer Pegida-Kundgebung an: »Wenn wir kommen, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht.«[95]

Stuttgarter Standortbestimmung

Nachdem AfD-Vertreter im Stuttgarter Gemeinderat schon verschiedentlich durch verbale Entgleisungen aufgefallen waren – unter anderem hatte Stadtrat Heinrich Fiechtner den Koran mit Hitlers »Mein Kampf« verglichen und den Oberbürgermeister Fritz Kuhn als »miesen faschistoid-populistischen Scharfmacher« beleidigt –, kaprizierte sich der Stadtratskollege Bernd Klingler in einem Video-Blog zum Tag der Deutschen Einheit 2015 auf die »Invasion von Eindringlingen«, die das Ziel hätten, »die Sozialsysteme auszusaugen«. Dies geschah nach einem Sommer mit erneut unzähligen ertrunkenen Flüchtlingen, fünf Wochen nach dem Fund von 71 erstickten Flüchtlingen in einem Schlepper-LKW an einer österreichischen Autobahn und vier Wochen, nachdem die Bundesregierung angesichts der Unwilligkeit der ungarischen Regierung die dort gestrandeten Flüchtlinge aufgenommen hatte, um ihr Asylverfahren in der Bundesrepublik durchzuführen. Diese Botschaft wurde abgesetzt, nachdem vier Wochen zuvor beispielsweise der Caritasverband für Stuttgart mit dem Land Baden-Württemberg über Nacht für 300 dieser Flüchtlinge eine Noterstaufnahme eingerichtet hatte und viele engagierte Haupt- und Ehrenamtlichen Unglaubliches geleistet haben. Gerade die Stuttgarter Stadtgesellschaft hatte eine vorbildliche Hilfsbereitschaft und »Willkommenskultur« gezeigt und zeigt diese bis heute. Neben zahlreichen Hauptamtlichen sind über 3000 Freiwillige in Einrichtungen und Flüchtlingskreisen in der Betreuung von rund 8500 Geflüchteten engagiert. Und nun schwadroniert ein inzwischen wegen Veruntreuung von Parteigeldern seiner früheren Fraktion ins Schleudern geratener und zur AfD übergelaufener Lokalpolitiker, der sich weder über die Flüchtlingssituation informiert noch etwas zu ihrer Lösung beigetragen hat, hinter einer biederen Häkeldecke von einer »Invasion von Eindringlingen«, die als anonyme Armee angeblich unsere Sozialsysteme aussaugen wollten. Nach intensiver Abwägung und Beratung habe ich entschieden, der in diesem Blog sich ausdrückenden politischen, moralischen, rhetorischen und menschlichen Verrohung und Hetze seitens der AfD entgegenzutreten.

Meine Positionierung als Stadtdekan in sozialen Medien, wo ich Klingler durchaus polemisch als »hinter dem Häkeldeckchen zündelnden Rassisten« kritisierte, rief ein erhebliches Echo hervor.[96]

Neben viel Zustimmung erntete diese wie weitere Positionierungen scharfe Kritik und einen »Shitstorm«, wie ich ihn ähnlich seitens der politisch ähnlich gelagerten extremen Weltanschauungsplattform »PI-News« schon vor einigen Jahren erlebt hatte. Fiechtner, der unter dem Schutz von Jörg Meuthen inzwischen einem Parteiausschlussverfahren entgangen war, warf mir »Amtsmissbrauch« vor. Die Partei versuchte, zu ihrem Ärger vergeblich, beim Diözesanbischof von Rottenburg-Stuttgart Gebhard Fürst Gehör zu finden und sich zu beschweren, und drohte mit Anzeige. Sich selbst als protestantischen Pietisten ausgebend, ohne allerdings Mitglied der evangelischen Landeskirche zu sein, belehrte Fiechtner: Die Kirche hätte »keinesfalls die Aufgabe, politisch Stellung zu beziehen«.

Nach weiteren hetzerischen Aussagen im Zusammenhang mit dem Landtagswahlkampf stellte ich in einer Rede vor dem Stadtdekanatsrat des Katholischen Stadtdekanats Stuttgart im Februar 2016 klar: »Eine Partei, deren Spitzenpersonal dafür eintritt, dass deutsche Polizisten an der Grenze auf Flüchtlinge schießen sollen, eine Partei, die unter dem Deckmantel der Bürgerlichkeit Ausländerfeindlichkeit und Hass schürt und für kein einziges Problem eine Lösung hat: eine solche Partei ist keine Alternative für unser Land. Die AfD ist mit unseren ethischen und politischen Grundüberzeugungen als katholische Kirche unvereinbar.« Zugleich wies ich darauf hin, dass die »Flüchtlingsarbeit in Stuttgart (…) spürbar und erkennbar christlich geprägt« ist, dass dieses Engagement aber kein naives Gutmenschentum sei, »wie die Schlechtmenschen in diesem Land spotten«, sondern gelebtes und aufrichtiges Christentum. Zu diesem gelebten und aufrichtigen Christentum aber gehöre auch, sich in die politische Diskussion einzumischen. »Wo immer Vorurteile und Hass gestreut werden, ist es unsere Pflicht, mutig das Wort zu ergreifen.«[97] Diese Wortmeldung zog erneut eine größere Aufmerksamkeit in den Medien und Netzwerken nach sich.[98] Inzwischen entwickelte sich das Verhältnis vieler Bischöfe zur AfD auf Bundes- und Länderebene nicht ganz, wie von der Bewegung erhofft. Namhafte deutsche Bischöfe wie der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Reinhard Kardinal Marx und sein Kölner Amtsbruder Rainer Maria Kardinal Woelki, der Erfurter Bischof Ulrich Neymeyer und der Rottenburg-Stuttgarter Bischof Gebhard Fürst distanzierten sich deutlich. Den selbsternannten Verteidigern des christlichen Abendlandes hielt der Kardinal und enge Berater von Papst Franziskus im Herbst 2015 entgegen: »Unsere christliche Identität wäre in Gefahr, wenn wir den Flüchtlingen nicht helfen. Wenn wir Menschen in Not sozusagen an unseren Grenzen sterben lassen, dann pfeife ich auf die christliche Identität. Das kann ja nicht sein. Christliche Identität bedeutet als Erstes, dem Nächsten begegnen, der schwach ist. Sonst habe ich irgendetwas falsch verstanden im

Evangelium.«[99] Marx äußerte im Februar 2016: »Überlegungen, an den Grenzen auf wehrlose Flüchtlinge zu schießen, sind inakzeptabel und menschenfeindlich. Parteien, die so etwas äußern, sind keine Alternative für Deutschland.« Marx wies auch darauf hin, dass die Hetze gegen Fremde »bis in bürgerliche Kreise hinein« reiche: »Der Firnis der Zivilisation ist offenbar doch nicht so dick wie immer gedacht.«[100]

AfD-Frontfrau Frauke Petry kritisierte die deutschen Bischöfe scharf und warf ihnen »Verlogenheit« vor.[101] Alexander Gauland, mit Petry und Meuthen in der Führung der AfD, stellte darauf immerhin klar, die AfD sei »keine christliche Partei« und »verteidige nicht das Christentum, sondern das traditionelle Lebensgefühl in Deutschland«, nicht ohne scharfe Kritik daran zu üben, dass die katholischen Bischöfe in Köln und Erfurt während der Demonstrationen von Pegida und AfD die Beleuchtung ihre Dome ausgeschaltet hätten. Die Kirchen würden versuchen, den »Staat zu manipulieren«.[102] Der Konflikt zwischen AfD und Kirche eskalierte auch in Thüringen, als der Erfurter Bischof Ulrich Neymeyer die Dombeleuchtung ausschalten ließ, um dem Thüringer Frontmann Björn Höcke nicht noch die Kulisse der katholischen Kathedrale zu liefern. »Nun«, so die Presse, »attackieren jene, die bisher für ihre Hassaufrufe gern auch den Schutz der Gotteshäuser suchten, führende Kleriker persönlich. Neymeyer wird als ›verrottet‹ beschimpft, man droht, widerständige ›Pfaffen mit Mistgabeln und Fackeln aus den Kirchen zu jagen‹. Und Höcke meint Martin Luther zitieren zu müssen: ›Man muss dem Teufel das Kreuz ins Angesicht schlagen, so weiß er, mit wem er umgeht.‹«[103] Anfang März 2016 kündigte der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken Thomas Sternberg an, dass die AfD zum Katholikentag Ende Mai nicht eingeladen werde.[104] Und der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki betonte in einem Bischofswort: »Solche Alternativen für Deutschland brauchen wir nicht!«[105]

Um den Bundesparteitag: Wie steht die AfD zum Grundgesetz?

Im April 2016 und im Hinblick auf den in Stuttgart stattfindenden Bundesparteitag der AfD kam es zu erneuten Entgleisungen. So äußerte die Stellvertretende Parteivorsitzende und Europaabgeordnete Beatrix von Storch, die schon zuvor durch ihr Plädoyer für das Erschießen von Asyl suchenden Flüchtlingen an der deutschen Grenze Aufmerksamkeit erregt hatte, der Islam sei an sich gar keine Religion und nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Ähnlich äußerte sich

Alexander Gauland, der dem Islam unterstellte, immer »mit der Übernahme des Staates verbunden« zu sein. Dabei bezog sich Gauland auf einen Text des iranischen Revolutionsführers Chomeini aus dem Jahr 1970, als ob dieser für die in Deutschland lebenden oder hierher geflüchteten Muslime irgendeine Relevanz hätte. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende Jörg Meuthen versuchte in der in der Partei üblichen Manier einen Tag später diese pauschale Diffamierung einer der ältesten Weltreligionen und ihrer Angehörigen weich zu spülen, blieb aber dabei: »Der Islam gehört nicht zu uns.«[106] Ich habe nach den Äußerungen von Storchs den Landesvorsitzenden Meuthen in einem offenen Brief aufgefordert, sich von islamfeindlichen Äußerungen seiner Parteikollegen unmissverständlich zu distanzieren:

»Erneut beweist die AfD damit, dass sie in politisch verantwortungsloser und hetzerischer Weise Ängste aufputscht und instrumentalisiert. Das ist niederträchtig und selbst verfassungsgefährdend. Sie, Herr Professor Meuthen, haben in der Vergangenheit immer den braven Biedermann der AfD gegeben. Sie haben die abwegigsten und gefährlichsten Verrücktheiten von Parteikollegen gedeckt, verteidigt und bagatellisiert, ob von Herrn Höcke, Frau Petry, Herrn Gauland, Frau Baum, Herrn Fiechtner, Herrn Frohnmaier u.a. Bevor Sie zum ›Dr. Jekyll‹ der AfD werden, fordere ich Sie auf, diese jüngsten Entgleisungen Ihrer hochrangigen Parteivertreter klar und unmissverständlich zu verurteilen.

Die Äußerungen von Gauland und von Storch haben volksverhetzenden Charakter, insofern pauschal eine ganze Religion und ihre Angehörigen verhetzt, diffamiert und entwürdigt werden in einer Weise, die den öffentlichen Frieden gefährdet. Es ist völlig abwegig, sich für solche Positionen auf das Christentum zu berufen. Ganz im Gegenteil ist das, was Sie und Ihre Partei betreiben, Verrat am christlichen Abendland. Insofern ist die AfD paradoxerweise der Zwilling der Islamisten und deren stärkste Unterstützerorganisation in Deutschland, indem sie genau dieselbe Position vertritt: den Islam auf eine kriegerisch-aggressive Ideologie zu reduzieren.

Die oben artikulierten Positionen stellen ja entgegen der unausgegorenen Argumentation Gaulands grundsätzlich die Religionsfreiheit für Muslime infrage. Das ist der tiefe Ernst dieser Äußerungen. Indem behauptet wird, der Islam sei gar keine Religion, geht es eben nicht um Minarette und Muezzin-Rufe, über die man ja politisch unterschiedlicher Ansicht sein kann, sondern darum, dass in der Konsequenz kein Muslim, weder individuell noch kollektiv, das Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit entsprechend Art. 4 unseres Grundgesetzes für sich beanspruchen kann. Die Religion des Islam soll damit aus dem Schutzbereich des Art. 4 Grundgesetz entfernt werden.

Die AfD braucht sich nicht als Verteidiger des Christentums

aufspielen. Wir sind nicht Ihre ›natürlichen Verbündeten‹, wie Sie sich im Wahlkampf unlängst anbiederten. Sehr deutlich werden in Ihrer Partei hingegen Positionen artikuliert, dass die Kirchen sich apolitisch zu verhalten hätten. Geistig ist die AfD damit im 19. Jahrhundert, bei Kanzelparagrafen, Kirchenkampf und Staatskirchentum hängen geblieben. Sie hat keine Antwort und keine Lösung, sondern betreibt nur gefährliche Hetze und Stimmungsmache, baut Feindbilder auf und spaltet die Gesellschaft. Dafür und für alle Folgen, zumal wenn sie den öffentlichen Frieden zu gefährden geeignet sind, werden Sie sich verantworten müssen.«[107]

Selbstverständlich erfolgte die Distanzierung Meuthens von den Positionen von Storchs und Gaulands nicht, im Gegenteil nannte Meuthen es »pervers«, dass ich die AfD als »Zwilling der Islamisten und deren stärkste Unterstützerorganisation« bezeichnet hätte, insofern sie »genau dieselbe Position vertrete«: den Islam auf eine kriegerisch-aggressive Ideoloie zu reduzieren. Die Reaktionen auf Facebook waren zahlreich und vielfach nicht zimperlich; interessant war insbesondere, dass viele Kommentatoren meine These mit Vehemenz bestätigten. Stellvertretend für Tonlage und Inhalt soll ein Statement zitiert werden: »Wieviel unwissende Idioten muss man noch lesen, hören, sehen die behaupten der Islam wäre friedlich und menschenfreundlich? ISIS führt den Islam in seiner reinsten Form vor! […] Mit Verlaub Herr Dekan, sind sie schon gesteuert wie unser seniler Präsidentenpfaffe??«[108] Bei diesem Parteitag wurde dann als Parteiprogramm formuliert: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland«, und die Verleihung eines öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus islamischer Organisationen ausgeschlossen. Gemäßigtere Stimmen, die gegenüber dieser grundgesetzwidrigen pauschalen und undifferenzierten Ausgrenzung einer Religion eine Verurteilung eines »politischen« oder radikalen Islam gefordert hatten, wurden ausgebuht und ausgelacht.[109]

Nach dem Parteitag habe ich die Beschlüsse kritisiert, insbesondere die Anmaßung der AfD, zu bestimmen, was »zu Deutschland gehört«. Ungeachtet dessen, dass die Semantik von »zu Deutschland gehören« von einer solchen Vieldeutigkeit ist, dass der Gebrauch dieses Ausdrucks zur Formulierung von Identitätsmarken deutscher Leitkultur jederzeit unsinnig ist, war mir wichtig festzuhalten, dass es keine autoritäre Instanz gibt, die bestimmt, »was zu Deutschland gehört«, schon gar keine Partei. Verlauf und Beschlusslage des Parteitags haben auch in der Frage des Umgangs mit der Religion des Islam gezeigt, dass offenbar eine Mehrheit der Delegierten der AfD die freiheitliche und demokratische Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik einschließlich des Grundrechtes der Religionsfreiheit nicht verstehen oder nicht mehr anerkennen mag und offenbar

autoritären Staatsmodellen eher zugeneigt ist. Eine geradezu komische Pointe setzte der Parteitag durch die Abhaltung eines ökumenischen Gottesdienstes: Im Anschluss stellte sich heraus, dass keineswegs ein Geistlicher der katholischen oder evangelischen Kirche oder überhaupt einer anerkannten Kirche diesen gehalten hatte, sondern ein gewisser »Bischof« Frederick Haas von einer »Anglikanisch-Katholischen Diözese von Christus dem Erlöser« auf Malta. Sowohl die Deutsche Bischofskonferenz als auch der für Süddeutschland zuständige anglikanische Geistliche distanzierten sich umgehend von diesem Pseudo-Bischof einer Pseudo-Diözese.[110]

Im Landtag setzte die AfD ihre wohlbekannten Duftmarken. So bezeichnete Christina Baum die Wahl der Grünen-Politikerin (und säkularen Alevitin) Muhterem Aras zur Landtagspräsidentin als ein »Zeichen der voranschreitenden Islamisierung«, was den Grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zu der Feststellung veranlasste, »dass sich Teile der AfD nicht im Rahmen der Verfassung bewegen«.[111] Am 6. Juni erneuerte die Abgeordnete Baum die vom bayerischen Landesvorstand Petr Bystron zuletzt geäußerten und vom Sprecher der Deutschen Bischofskonferenz Matthias Kopp als »mit keinem einzigen Faktum belegtes Gequatsche« kritisierte Diffamierung der Kirchen als »Profiteure der Flüchtlingskrise« [112] und stellte diesbezüglich eine »Kleine Anfrage« im Landtag, bei deren Beantwortung der baden-württembergische CDU-Innenminister Thomas Strobl namens der Landesregierung betonte: »Die Landesregierung ist dankbar für das große finanzielle und personelle Engagement der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme und schätzt den wertvollen Beitrag, den die Kirchen in der baden-württembergischen Gesellschaft für einen humanen und respektvollen Umgang mit den Ankommenden leisten.«[113]

Die Partei, die mit 23 Abgeordneten und 15,1 Prozent der Wählerstimmen in den baden-württembergischen Landtag eingezogen war, geriet im Mai und Juni nach Auseinandersetzungen über den »Fall Gedeon« in eine schwere Krise. Nachdem antisemitische Publikationen des Abgeordneten der AfD im Wahlkreis Singen bekannt wurden, konnte sich dennoch keine Mehrheit in der Fraktion – trotz der Rücktrittsdrohung ihres Vorsitzenden Jörg Meuthen – zu einem Ausschluss durchringen. Am 5. Juli 2016 schließlich trat Meuthen selbst mit einer Gruppe von zwölf Abgeordneten aus der AfD-Fraktion aus, während zugleich auf Betreiben der konkurrierend eingreifenden Bundesvorsitzenden Petry Wolfgang Gedeon die Fraktion verließ. Während Meuthen seiner Fraktion den Titel »Alternative für Baden-Württemberg« gab, teilte der Bundesvorstand mit, dass er diese Gruppe als AfD-Fraktion betrachte, wohingegen die gegen den

Ausschluss Gedeons eingestellte Rest-AfD-Fraktion sich als die wahre AfD-Fraktion betrachtet und auch von der Landtagsverwaltung als solche betrachtet wird. Auch wenn es inzwischen wieder nur eine Fraktion gibt: Die AfD hat vor allem Streit und Feindschaft in die Gesellschaft getragen, die Würde von Menschen verletzt und Hass gesät. Wo Abwertung und Streit aber Parteiprogramm sind, ist es wenig verwunderlich, dass die AfD immer wieder mit sich selbst im Streit liegt. Die ganze verlogene Fassade des Gutbürgerlichen ist inzwischen wie ein Kartenhaus zusammengefallen.

Wie lange darf und soll die Kirche schweigen? Und wann muss sie sich politisch zu Wort melden?

Wie lange darf die Kirche schweigen, wenn eine politische Bewegung Angst und Hass gegen Menschen schürt, die als Flüchtlinge um Asyl nachsuchen, weil sie von fundamentalistischen und militanten Islamisten verfolgt werden? Wie lange darf die Kirche schweigen, wenn angeblich im Namen des »christlichen Abendlandes« eine Weltreligion und ihre Angehörigen pauschal diffamiert werden und durch verbale Zündelei reale Straftaten – in Deutschland wurden im Jahr 2015 fünfmal mehr Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte verübt als im Jahr 2014[114] – eine politische Legitimation erhalten können? Das war für mich die entscheidende Frage angesichts des zunehmend problematischen Treibens der AfD. Können und sollen wir uns überhaupt in diesen politischen Fragen zu Wort melden?

Kein Zweifel kann daran bestehen, dass die Kirche selbstverständlich mit aller Vehemenz die Unterdrückung und Verfolgung von Christen kritisieren und ihnen so gut als möglich Hilfe zuteilwerden lassen muss. Es ist aber eine abwegige Argumentation, Kritik an den Positionen der AfD dadurch zu kontern, die Kirche solle sich doch zuerst um die verfolgten Christen in den islamisch dominierten Ländern kümmern. Als ob sie dies nicht täte. Ebenso abwegig ist der Versuch, aus der Diskriminierung des Christentums in diesen Ländern ein moralisches Recht zur Diskriminierung von Muslimen hierzulande abzuleiten. Entgegen einer solchen Stammtisch-Logik des »Wie du mir, so ich dir« bildet vielmehr eine demokratische und rechtsstaatliche Kultur der Religionsfreiheit die Legitimationsgrundlage dafür, diese Freiheit auch in anderen Ländern zu fordern. Ebenso ist die Unterstellung zurückzuweisen, die Kritik an einer pauschalen Diffamierung von Menschen und ihrer Religion rechtfertige oder verharmlose fundamentalistische oder radikal-islamistische Umtriebe hierzulande. Selbstverständlich ist von Flüchtlingen, die in unserem

Land Aufnahme finden, abseits aller multikulturalistischen Träumereien genau dieselbe Verfassungs- und Rechtstreue zu verlangen wie von allen anderen hier lebenden Menschen. Auch hier gilt: Wollen wir die Religionsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes und der christlichen Theologie und Soziallehre vermitteln, wird dies nur dann gelingen, wenn wir sie selbst einhalten. Viele kritische Wortmeldungen, die mich auf meine Interventionen hin erreichten, lassen vermuten, dass weder die freiheitliche (Religions-)Verfassungsordnung des Grundgesetzes noch die Lehre über die Religionsfreiheit oder das Verhältnis zum Islam, wie sie das Zweite Vatikanische Konzil in den Erklärungen »Dignitatis humanae über die Religionsfreiheit« und »Nostra aetate über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen« dargelegt hat, tatsächlich akzeptiert werden.

An dieser Stelle knüpft auch die Begründung dafür an, eine kirchliche Wortmeldung nicht nur für möglich, sondern sogar erforderlich zu halten. Bestritten wird von Vertretern und Sympathisanten der AfD regelmäßig das Recht der Kirche, sich kritisch über sie, ja überhaupt politisch zu äußern. Zunächst fragt man sich, mit welchem Recht und aus welcher Position die Partei darüber urteilen zu können glaubt, wer sich politisch äußern darf. Schon hier zeigt sich, welch schiefes und jedenfalls nicht mit dem Grundgesetz vereinbares Politik- und Staatsverständnis die AfD vertritt. Sind Parteien etwa die Herren der Politik? Entscheiden Parteien, wer sich wann und wie politisch zu Wort melden darf? Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes formuliert: »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.« Das Grundgesetz verleiht ihnen eine verfassungsrechtlich hervorgehobene und institutionalisierte Rolle, keineswegs jedoch eine exklusive. Die Sache der Politik ist jedoch die Sache der Polis und damit aller Bürgerinnen und Bürger, der von ihnen frei gebildeten Vereinigungen und Verbände und im Rahmen des Religionsverfassungsrechtes auch der Kirchen, Religionen und Weltanschauungen. Die kooperative Trennung von Staat und Kirche in der freiheits- und pluralitätsfreundlichen, die Bürger vor einem übermächtigen Staat schützenden Verfassungsordnung der Bundesrepublik verordnet dem Staat religiös-weltanschauliche Neutralität und Nichtidentifikation, während sie zugleich den religiösen Vereinigungen weitgehende Selbstbestimmung zubilligt, nach Artikel 4 des Grundgesetzes und dem kirchlichem Selbstbestimmungsrecht nach Artikel 140 in Verbindung mit Artikel 137 der Weimarer Reichsverfassung selbst darüber zu entscheiden, in welcher Weise und welchem Umfang sie sich für politische Belange interessieren und engagieren. Weder kann der Staat den Kirchen vorschreiben noch kann er ihnen verbieten, dass und wie sie sich

entsprechend ihrer Glaubensüberzeugung im Rahmen der Verfassung für politische Angelegenheiten engagieren.

Gerade aus den geschichtlichen Erfahrungen sowohl der nationalsozialistischen wie der sozialistischen deutschen Diktatur heraus bekennen sich die beiden großen Kirchen zu ihrem »Öffentlichkeitsauftrag« und ihrer gesellschaftlichen und politischen Verantwortung für das Wohl des Gemeinwesens, bei gleichzeitigem Respekt vor der Autonomie der Menschen und ihrer Religionsfreiheit wie der Eigengesetzlichkeit und Sachlogik der weltlichen Wirklichkeiten. So hat das Zweite Vatikanische Konzil in seiner Pastoralkonstitution »Gaudium et Spes – Freude und Hoffnung – über die Kirche in der Welt von heute« ebenso den Grundsatz der Autonomie von Staat und Kirche auf ihren jeweiligen Gebieten festgeschrieben, wie auch den Grundsatz, dass beide, da sie ja den gleichen Menschen dienen, eine »sana cooperatio«, ein gutes Zusammenwirken suchen und pflegen sollen.[115] Zugleich betont das Konzil: »Immer und überall aber nimmt sie (d.h. die Kirche) das Recht in Anspruch, in wahrer Freiheit den Glauben zu verkünden, ihre Soziallehre kundzumachen, ihren Auftrag unter den Menschen unbehindert zu erfüllen und auch politische Angelegenheiten einer sittlichen Beurteilung zu unterstellen, wenn die Grundrechte der menschlichen Person oder das Heil der Seelen es verlangen. Sie wendet dabei alle, aber auch nur jene Mittel an, welche dem Evangelium und dem Wohl aller je nach den verschiedenen Zeiten und Verhältnissen entsprechen.«[116] Angesichts von Positionen, wie sie von Repräsentanten der AfD in populistischer und verhetzender Weise vertreten wurden, steht außer Frage, dass mit den legitimen Mitteln öffentlicher Medien, die von dieser Partei auch selbst gerne benutzt werden, den Gläubigen Orientierung gegeben werden kann und womöglich sogar muss, weil gilt: *qui tacet assentire videtur* – wer schweigt, scheint solchen Bewegungen und Positionen ja zuzustimmen. Die Kirche hat sich nicht in Sachfragen säkularer Tagespolitik einzumischen; Christen und Kirche müssen sich aber politisch einmischen überall da, wo ethische Fragen berührt sind und wo es um die Würde des Menschen geht. Aus dem Glauben haben sie etwas zu melden, wo es um jene moralischen Grundwerte geht, die die Politik als Orientierung braucht, um verantwortlich entscheiden zu können.

Es war wenig erstaunlich, dass eine deutliche Stellungnahme gegen bestimmte Protagonisten und Positionen der AfD der Dynamik der sozialen Medien entsprechend schwere Beschimpfungen und Beleidigungen nach sich zog. Viel mehr hat jedoch erstaunt, dass viele Christinnen und Christen, einfache Menschen und gesellschaftliche Verantwortungsträger, Jüngere und Ältere, sich für diese Klarheit

bedankten, nicht ohne anzumerken, dass sie genau solche klaren Stellungnahmen von den Kirchen erwarteten und zu oft vermissten. Solches Lob erscheint peinlich, weil es doch wohl keine Heldentat sein kann, klar und öffentlich zu sagen, dass Rassismus, Hetze gegen Andersgläubige und Antisemitismus mit dem Christentum nicht vereinbar sind. Wie steht es um die politische Wachsamkeit der Kirche, wenn Bischöfe und Geistliche »mutig« genannt werden, wenn sie einer Bewegung entgegentreten, die unter Berufung auf das »christliche Abendland« Hass und Angst verbreitet oder sich auf einen christlichen Gott beruft, um völkisch-nationalistische Weltanschauungen zu vertreten? Die AfD ist ein kantiger Prüfstein kirchlich-politischer Wachsamkeit, an dem sich eine in der bundesrepublikanischen Konsensgesellschaft politisch selten ernsthaft herausgeforderte Kirche stößt und stoßen muss. Diese Auseinandersetzung erfordert Energie, Aufmerksamkeit und eine gewisse geistliche und menschliche Stabilität, die damit leben kann, von manchen Menschen auch einmal nicht gemocht zu werden. Und sie erfordert politische Aufmerksamkeit für politische und gesellschaftliche Entwicklungen und Verantwortung für die politische Ordnung und das gelingende Zusammenleben aller Bürger. Vielen Christen und Geistlichen bis in hohe Kirchenämter scheint dies mühsam zu sein. Manche mögen gleichgültig, überfordert oder ängstlich sein, manche wissen ihr Schweigen sogar spirituell als »Entweltlichung« schönzureden. Nun haben gerade Papst Benedikt XVI., wie der hl. Papst Johannes Paul II. vor ihm und Papst Franziskus nach ihm, eminent politische Wachsamkeit gezeigt und mehr als deutliche politisch-moralische Akzente gesetzt – nicht zuletzt auch zur christlichen Verpflichtung, Menschen auf der Flucht beizustehen und mit muslimischen Gläubigen ein friedliches Zusammenleben zu suchen.[117]

Angesichts der bevorstehenden (religions-)politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen wird die Kirche und werden ihre Mitglieder und Geistlichen politischer im Sinn des Zweiten Vatikanischen Konzils sein müssen, wenn sie ihrem Öffentlichkeitsauftrag und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden wollen. Ich habe jedenfalls für mich entschieden, dass ich mir von niemandem vorhalten lassen möchte, zu lange geschwiegen zu haben, sodass der Eindruck hatte entstehen können, es sei doch ganz in Ordnung, als Christ solche Positionen zu vertreten. Zumindest das meine ich den großen Bekennerpersönlichkeiten der Stuttgarter Katholischen Kirche, dem seligen Pater Rupert Mayer und dem von den Nationalsozialisten hingerichteten württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz doch schuldig zu sein, die sich der menschenverachtenden Ideologie entgegenstellten, lange bevor diese

auf »demokratischem« Weg die Macht ergreifen konnten.

---

89. Th. K. Slotwinski, Ein Abend ohne Proteste und Kritik, in: Leonberger Kreiszeitung, 15.02.2016.

90. G. Lachmann, AfD sieht sich als natürlichen Pegida-Verbündeten, in: Die Welt, 11.12.2014.

91. Vgl. nach den Auseinandersetzungen um den Ausschluss des Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon wegen dessen antisemitischer Äußerungen und der nachfolgenden Spaltung der Fraktion der AfD im Landtag von Baden-Württemberg: R. Ruf, Querulanten im Landtag, Stuttgarter Zeitung, 6.7.2016.

92. Vgl. www.chrafd.de [2.8.2016] sowie E. Lohse u. M. Wehner, »Auf der Suche nach dem Abendland. AfD und Christentum, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.5.2016.

93. Vgl. A. Hensel, L. Geiges, R. Pausch und J. Förster, Die AfD vor den Landtagswahlen 2016. Programme, Profile und Potenziale, hg. von der Otto-Brenner-Stiftung (OBS-Arbeitspapiere 20), Frankfurt 2016.

94. R. Soldt, Endschlacht um Mittelerde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.1.2015.

95. H. Bernhard, AfD-Kundgebung in Erfurt: Wenn wir kommen, wird aufgeräumt!: www.deutschlandfunk.de/afd-kundgebung-in-erfurt-wenn-wir-kommen-wird-aufgeraeumt.1773.de.html?dram:article_id=335345 [02.8.2016].

96. Vgl. www.facebook.com/kathStadtdekanatStuttgart/posts/848905738538853 am 5.10.2015 [2.8.2016], www.facebook.com/kathStadtdekanatStuttgart/posts/849986878430739 am 8.10.2015; dazu: J. Schunder, Klingler droht mit Anzeige gegen Stadtdekan, in: Stuttgarter Zeitung 9.10.2015.

97. Nachricht und Volltext der Rede am 1.2.2016: www.kath-kirche-stuttgart.de/aktuelles/aktuelles-detailanzeige/article/mit-christlichen-grundueberzeugungen-unvereinbar/ [2.8.2016]

98. Vgl. u.a. www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/stuttgart/stuttgarter-dekan-haelt-afd-fuer-nicht-waehlbar-fass-uebergelaufen/-/id=1592/did=16900170/nid=1592/18n3467/index.html am 3.2.2016 [2.8.2016]; www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/stuttgart/stuttgarter-dekan-gegen-afd-wir-duerfen-nicht-schweigen/-/id=1592/did=16898544/nid=1592/z16plq/ am 5.2.2016 [2.8.2016].

99. Interview am 12.9.2015 in Würzburg: www.br.de/mediathek/video/sendungen/nachrichten/bischoefe-wuerzburg-100.html [2.8.2016].

100. www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-merkel-grenzen-101.html am 6.2.2016 [2.8.2016].

101. Vgl. dazu: R. Pichler, Interview F. Petry: Ich halte die Position der Kirche für verlogen, Stuttgarter Zeitung, 17.2.2016, dazu: R. Einig u. A.S. Hofmeister, Petrys Kritik läuft ins Leere, in: Die Tagespost, 19.2.2016.

102. A. Gauland, Wir sind keine christliche Partei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.5.2016: www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/alexander-gauland-betrachtet-afd-nicht-als-christlich-14250064.html [2.8.2016].

103. H. Lachmann, Kirchen machen gegen AfD mobil. Der neue Kirchenhass in Thüringen, in: Stuttgarter Zeitung, 21.2.2016: www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kirchen-machen-gegen-afd-mobil-der-neue-kirchenhass-in-thueringen.208f947b-10a7-4366-951b-dd63ebddc952.html [2.8.2016].

104. Augsburger Allgemeine Zeitung 3.3.2016: http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Chef-katholischer-Laien-verweigert-sich-der-AfD-id37153167.html [2.8.2016].

105. www.domradio.de/video/wort-des-bischofs-53, 24.4.2016 [2.8.2016].

106. AfD-Programmdebatte. Von Storch: Islam nicht mit Grundgesetz vereinbar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.4.2016: www.faz.net/aktuell/politik/inland/von-storch-islam-nicht-mit-grundgesetz-vereinbar-14182472.html [2.8.2016]; K. Krohn u. W. Reimers, Interview Der Islam gehört nicht zu uns, in: Stuttgarter Zeitung, 21.4.2016.

107. www.facebook.com/StadtdekanChristianHermes/posts/1282851538410753 am 20.4.2016 [2.8.2016], vgl. dazu R. Soldt, Katholischer Pfarrer: Die AfD ist der Zwilling der Islamisten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.4.2016, B. Honnigfort, Monsignore Christian Hermes. Der Priester, der sich mit der AfD anlegt, in: Kölner Stadtanzeiger, 27.4.2016.

108. www.facebook.com/StadtdekanChristianHermes/posts/1283721421657098?comment_id=1286542974708276, 25.4.2016 [2.8.2016].

109. Vgl. Th. Seiterich, »Den Hass der AfD ernst nehmen«: www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/den-hass-der-afd-ernst-nehmen [2.8.2016] und meine Interviews: AfD ist wie Dr. Jekyll und Mr. Hyde, 29.4.2016: www.domradio.de/themen/kirche-und-politik/2016-04-29/stuttgarter-stadtdekan-vor-dem-afd-parteitag [2.8.2016] sowie Das ist ein völlig alberner Diskurs, 2.5.2016: www.domradio.de/themen/kirche-und-politik/2016-05-02/stuttgarter-stadtdekan-kritisiert-afd-parteiprogramm [2.8.2016].

110. www.kath.net/news/55035, 3.5.2016 [2.8.2016]. Fr. Kenneth Dimmick, Mail an den Verfasser am 10.5.2016.

111. www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/kretschmann-kritisiert-afd-abgeordnete-baum-angriff-auf-unsere-verfassungsordnung/-/id=1622/did=17429678/nid=1622/1c4xi5n/ 13.5.2016 [2.8.2016].

112. Vgl. die Kritik des bayerischen Landesvorsitzenden Petr Bystron, beide Kirchen hätten aus kommerziellen Gründen ein großes Interesse an weiterer Flüchtlingszuwanderung. Die »vordergründig propagierte Flüchtlingsfreundlichkeit« finanziere zugleich »eine gigantische Wohlfahrtsindustrie unter dem organisatorischen Dach der Kirchen«, in: www.merkur.de/politik/afd-kirche-scheffelt-milliarden-fluechtlingskrise-zr-6433363.html 27.5.2016 [2.8.2016].

113. Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 16/95 (14.6.2016).

114. www.lpb-bw.de/fremdenfeindlichkeit.html [2.8.2016].

115. Art. 36 sowie Kap. II.4, insbes. Art. 76.

116. Vgl. can. 747 § 2 CIC sowie Katechismus der Katholischen Kirche Nr. 2246; 2032.

117. Vgl. die jährlichen Botschaften zum »Welttag der Migranten und Flüchtlinge«: w2.vatican.va/content/francesco/de/messages/migration.index.html [2.8.2016].

Karlheinz Ruhstorfer

Die Alternative zur Alternative

Warum Pegida, AfD und Co. das Abendland nicht lieben

»Das Volk« sind sie noch lange nicht. Die weltgeschichtlichen Entwicklungen vor allem in den Ländern der arabischen Welt haben den rechtspopulistischen Kräften in Deutschland am 13. März 2016 einen schwindelerregenden Erfolg bei Landtagswahlen beschert. Doch bedeuten fast 25 Prozent AfD in Sachsen-Anhalt und gut zweistellige Werte in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz noch keine Machtübernahme. Die große Mehrheit der Deutschen sprach sich für eine weltoffene und liberale Gesellschaft aus. Das gilt es bei aller Verunsicherung festzuhalten. In Europa, ja weltweit zeichnen sich schon seit längerer Zeit Polarisierungen ab, die nun mit dem Auftreten von AfD und Pegida auch in Deutschland offensichtlich werden.

Es ist zunächst eine offensichtliche Tatsache, dass im Osten Deutschlands die reaktionär-alternativen Bewegungen mehr Zulauf haben als im Westen. Das zeigen nicht nur die aktuellen Wahlergebnisse, die Statistiken bezüglich fremdenfeindlicher Übergriffe und rechtsradikaler Aktivitäten, sondern auch die besondere Verwurzelung von Pegida im Dresdner Raum. Im Übrigen ist auch das starke Abschneiden der Partei »Die Linke« in den neuen Bundesländern ein Zeichen für die kritische Distanz zur aktuellen gesellschaftlichen Wirklichkeit Deutschlands. Auch hier wird eine prinzipielle Alternative zu den bestehenden Verhältnissen gesucht.

Woher die Fremdheit so vieler im eigenen Land? Sind die vermeintlichen Retter der Nation und des Abendlands tatsächlich mehr mit den Idealen unseres Landes und unseres Kulturkreises verbunden als andere? Und warum ereignet sich die aktuelle Identitätskrise besonders ausgeprägt in den neuen Bundesländern beziehungsweise in Sachsen oder gar in Dresden?

Als ich vor drei Jahren von Freiburg im Breisgau nach Dresden in Sachsen zog, dachte ich, dass die Ost-West-Kiste eigentlich bereits Geschichte sei. Als im baden-württembergischen Exil zum bekennenden Bundesrepublikaner mutierter Bayer konnte ich auch regionalen Besonderheiten, wie der sächsischen, keine übermäßig wichtige Bedeutung beimessen. Erste Beobachtungen und Erfahrungen

zeigten aber, dass es doch signifikante Unterschiede gibt: Es fehlt bereits im Straßenbild der bunte Akzent der Neubürger mit Migrationshintergrund. Schon ethnisch war es eindeutig »deutscher« hier. Die Taxifahrer stammten aus Sachsen und nicht aus dem Iran, Marokko oder Nigeria. Aber auch kleine Unterschiede in den Umgangsformen fielen mir auf, so ist die Anrede »Herr Professor« oder »Herr Doktor« hier üblicher als im Südwesten. Die Gesellschaft schien mir hierarchischer und der Dienstweg verbindlicher zu sein. Die Studierenden werden meist als »Studenten« und die Kolleginnen und Kollegen als »Kollegen« angesprochen – weil oder obwohl Frauen in der DDR formal früher emanzipiert waren als in der BRD. Mehrfach wurde mir versichert, dass die Straßen eindeutig sicherer als im Westen der Republik seien.

Der ausgeprägte Stolz auf die Stadt und die Heimat erinnerte mich entfernt an meine alte Heimat Bayern, auch hier spürte man ein Schwanken zwischen demonstrativer Selbstzufriedenheit und latenter Unzufriedenheit.[118] Ein Kollege sprach beiläufig davon, es herrsche in Dresden eine Atmosphäre latent aggressiver Depression. Ähnliche Einschätzungen teilten übrigens nicht nur zugewanderte »Wessies«, sondern auch gebürtige Dresdner und zugewanderte Brandenburger, Mecklenburger und Berliner. Ein gutes Jahr nach unserem Umzug marschierten besorgte Bürger mit besorgniserregenden Parolen durch die Straßen der Stadt: »Widerstand!«, »Lügenpresse!«, »Wir sind das Volk!«, »Merkel muss weg!« Und: »Volksverräter!« Fast jeden Montag wird seither das Hochamt des Widerstands der »Mutigen« zelebriert, zumeist vor der weltbekannten Kulisse der Stadt.

Pegida – Provinzposse oder gefährliches Vorspiel?

Dresden hat wie jede andere Stadt zwei Gesichter. Doch geht hier ein abgründiger Riss durch die Mitte der Gesellschaft. Ein kritischer Geist, offene Herzen und ein immenses Engagement für geflohene Menschen stehen den Sorgen um die eigene Identität, der Ablehnung von Fremden und der Diskursverweigerung gegenüber. Pegida verlieh der einen Seite, die ihrerseits vielschichtig ist, ein Forum. Bürger mit legitimen Befürchtungen marschierten gemeinsam mit hasserfüllten Schreihälsen und gewaltbereiten Krypto- und Neonazis hinter einem kriminellen Rattenfänger her. Gewiss sind die Pegidisten in Dresden nicht in der Mehrzahl. Doch wie sehr auch immer die Zivilgesellschaft sich bemühte, ein Zeichen gegen die Vereinnahmung der Stadt und ihrer öffentlichen Räume durch eine rechte, ressentimentgeladene Bewegung zu setzen, stets konnte Pegida mehr Anhänger mobilisieren als die Vertreter eines offenen Gemeinwesens. Handelt es sich hier um

eine sächsische Provinzposse oder um das Vorspiel einer neuen reaktionären Gefahr?

Man hätte Pegida als ein rein regionales Phänomen abtun können, wenn nicht zeitgleich in Deutschland eine neue rechtspopulistische Partei im Aufstieg begriffen wäre. Und auch die steigenden Prozentzahlen der »Alternative für Deutschland« wären für sich noch nicht beängstigend, gäbe es da nicht vergleichbare Phänomene in ganz Europa: der »Front National« in Frankreich, »PiS« in Polen, Geert Wilders in den Niederlanden, Viktor Orban in Ungarn. Und auch in den USA findet sich mit dem neuen Präsidenten Donald Trump ein Prediger nationaler Stärke und ausschließender Abgrenzung zum Anderen.

Die Wendung »patriotische Europäer«, wie sich die Dresdner Islamgegner nennen, hat ihr Gewicht nicht auf Europäer, sondern auf patriotisch. Doch inwiefern haben diese unzufriedenen Patrioten tatsächlich das »deutsche Vaterland«, das nach unserer Nationalhymne blühen möge, in seiner dynamischen Größe, in seiner wertegebundenen Verfassung und seiner multi-ethnischen Wirklichkeit im Blick? Wird nicht ein regionalistisch enggeführtes Zerrbild von Deutschland mit der selbstbewussten Weite und kreativen Stärke der heutigen Republik verwechselt? Und inwiefern kennen und lieben die Verteidiger des Abendlands dessen wunderbare und dynamische Kultur tatsächlich? Die Vereinnahmung des Begriffs »Abendland« durch geschichtsvergessene Betroffenheit ärgert mich als christlichen Theologen und als Philosoph, dessen tägliches Geschäft seit Jahrzehnten die abendländische Kultur ist, in besonderer Weise.

Wie stehen Pegida und AfD nun zueinander? Trotz aller politischen Konkurrenz und trotz aller Unterschiede von außerparlamentarischem Widerstand und parlamentarischer Opposition gibt es eine bemerkenswerte sachliche Nähe. Die größte Gefahr wird derzeit in der Einwanderungs- und Asylpolitik der Regierung Merkel gesehen. Tiefer betrachtet sind es die geistesgeschichtlichen, weltpolitischen und gesellschaftlichen Umwälzungen, die beide Bewegungen umtreiben. Zwar wollte sich das besorgte und bewegte »Volk« (Pegida) von der ehemaligen »Professorenpartei« (AfD) nicht vereinnahmen lassen. Wie auch die AfD teilweise zögerte, sich für die schillernde Bewegung der Straße zu begeistern. Dennoch erklärten AfD-Politiker die AfD zur »Pegida-Partei«. Und wie die neue Studie des Dresdner Politikwissenschaftlers Hans Vorländer beschreibt, finden sich auch zahlreiche personelle Überschneidungen zwischen Pegida und AfD.[119]

Auch mit Blick auf die NPD gibt es nach Auskunft des Sächsischen Verfassungsschutzes »sich überschneidende Milieus«, was in den schwarz-weiß-roten Reichsfahnen, die bei Pegida-Märschen zu beobachten sind, manifest wird.[120] Manche Parole von Pegida erinnert

trotz offizieller gegenteiliger Beteuerung eindeutig an rechtsradikales Gedankengut, um hier nur an das Narrativ von der Erhebung des »einfachen Volkes« zu erinnern, das den »Volksfeinden« – gleich ob inländischer »Volksverräter« oder ausländischer »Volksverderber« – das »Ende bereiten« wird. Zwar verlaufen die Pegidamärsche in Dresden weitgehend friedlich, doch muss die dramatisch ansteigende Zahl von Gewalt gegen Asylbewerberheime in diesem Kontext bedacht werden. Sprachliche Gewalt kann schnell in physische Gewalt umschlagen, um hier nur die Namen Heidenau, Freital, Clausnitz zu nennen. Dennoch ist zu betonen, dass Pegida in Dresden zwar mit eindeutig nationalistischen Parolen und mit deutlich fremdenfeindlichen Ressentiments operiert, jedoch andererseits nicht dem neo-nationalsozialistischen Milieu zugeordnet werden kann.[121]

Die besondere Erklärung oder der hinreichende Grund für Pegida als spezifisch ostdeutsches Phänomen findet sich nicht so sehr im Nationalismus oder Ethnozentrismus, nicht so sehr in der religiös motivierten Islamophobie oder in der latenten Xenophobie, nicht nur in gefühlter oder realer sozialer Benachteiligung, nicht so sehr in reinem Autoritarismus, vielmehr ist Pegida der Ausdruck für eine elementare Fremdheit im politischen System der Bundesrepublik, ja in der westlichen Welt überhaupt. Hier liegen einerseits Verbindungen zu den osteuropäischen Rechtspopulismen, aber auch Unterschiede dazu, fühlen sich die Pegidisten doch fremd im eigenen Land, weil sich »Teile der ostdeutschen Bevölkerung affektiv nicht im politischen System des Grundgesetzes heimisch fühlen«.[122]

Spätestens 1933 begann – auch – in Dresden die Geschichte des antiwestlichen Autoritarismus, die im nationalsozialistischen Reich ihre abgründigste Gestalt und im antiimperialistischen Kommunismus ihre ideologische Fortschreibung fand. Die sowjetische Entnazifizierung blieb eine Episode in der Republik des Antifaschismus. Es war antifaschistisches Selbstverständnis der DDR, dass die faschistische Tradition lediglich im Westen Deutschlands nach wie vor ihr Unwesen treibe. Nazis sind die anderen. Der latente nationalsozialistische Untergrund wurde übersehen oder abgeblendet, weil nicht sein kann, was aus ideologischen Gründen nicht sein darf. Es ist also kein Zufall, dass etwa der NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) im thüringisch-sächsischen Raum entstand.

Was unbemerkt von den offiziellen Ideologen im Untergrund bereits keimte, wurde nach der Wende virulent. Die ethnisch-homogene Gesellschaft der DDR fand sich nach der Wende plötzlich in der multiethnischen, kulturell und religiös pluralen Welt. Das Narrativ vom bösen Westen konnte sich mit dem Narrativ des verderblichen Fremden überlagern. »Keine westdeutschen Verhältnisse«: Mit diesem Wahlslogan der NPD sind selbstverständlich nicht Wohlstand und

Freiheit, sondern die »zerstörerische Überfremdung« gemeint. So wundert es nicht, dass die NPD lange Jahre im sächsischen Landtag vertreten war. Und dass sich in Dresden Neonazis aus ganz Europa über lange Zeit am Jahrestag des vernichtenden Bombardements durch die Westalliierten des Zweiten Weltkriegs getroffen haben, ist ebenfalls kein Zufall[123], auch wenn es bis heute die defensive Position gibt, dass auch dieses neonazistische Phänomen ein reiner Westimport gewesen sei. Beobachtungen bei der Fußballeuropameisterschaft in Frankreich, bei denen rechtsradikale Hooligans aus Dresden auffällig wurden, weisen in eine andere Richtung.[124] Die sächsische Landespolitik unterschätzte die Gefahr durch rechtsradikale Strömungen in der sächsischen Gesellschaft über lange Zeit. Der heute noch zu hörende Verweis damals verantwortlicher Politiker, dass es schließlich auch linksradikale Entgleisungen in Dresden gebe, exkulpiert meines Erachtens nichts, sondern macht das Problem offenkundig, dass man die gesellschaftliche Gefahr vor allem im linken Spektrum verortet hat. Dieses besondere politische Klima ist wohl ein weiterer Faktor, warum es auch zu einer neu-rechten Bewegung kommen konnte.

Dresden lag fast vierzig Jahre hinter dem Eisernen Vorhang, und was einiges Gewicht haben dürfte: Im Elbtal konnte das Westfernsehen nicht empfangen werden. So blieben die Dresdner nicht nur von »imperialistischer Propaganda«, sondern auch von den Veränderungen in der globalisierten Welt verschont. Darüber hinaus trifft es mit Blick auf die Zerstörung von Dresden wohl zu, dass »die Stadtbürgerschaft über Jahrzehnte ein Narrativ aufrechterhalten (hat), welches Dresden als stetes Opfer unverschuldeter Umstände beschrieb«.[125] Schließlich gibt es in der Elbstadt einen »deutungskulturellen Konservativismus«, der die eigene Tradition und Identität gegen Gefahren von Außen gegen vermeintliche Gefahren verteidigen will.[126]

Bemerkenswert an Dresden ist auch eine starke bürgerliche Prägung. Zwar manifestierte sich nach der Zerstörung der alten barocken Herrlichkeit die kommunistische Macht, etwa in brutaler Plattenbauarchitektur und breiten paradetauglichen Straßenzügen, doch erhielt sich mit der wunderbaren Bausubstanz aus der Gründerzeit auch eine erstaunliche bürgerliche Kultur, wovon nebenbei bemerkt auch Uwe Tellkamps Roman »Der Turm« zeugt. Doch war das Dresdner Bürgertum in kommunistischen Zeiten zum Nischendasein verurteilt. Es konnte nicht von sich aus zivilgesellschaftlich wirksam werden. Diese marginalisierte Daseinsform löste sich 1989 schlagartig auf, und ein langsamer Selbstfindungsprozess setzte ein.

Generell gestaltete sich dieser Transformationsprozess nicht konfliktfrei, und nicht alle aufgelaufenen gesellschaftlichen Krisen

wurden in angemessener Weise in öffentlichen Debatten angesprochen – was freilich angesichts der Einmaligkeit und der Größe der Aufgaben auch nicht verwundern kann. Vielmehr ist es erstaunlich, dass der Umbruch relativ friedlich verlief. Allerdings erfüllten sich nicht für alle Einwohner der Stadt die Verheißungen des Westens. Es gab viele Wendeverlierer und eine massive soziale Verunsicherung. Besonders ist auf die flächendeckende Deindustrialisierung hinzuweisen. Nicht wenige ostdeutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger empfinden die Ambivalenz der Wende noch heute sehr deutlich.[127]

Die gesellschaftlichen Umbrüche machten es notwendig, Fachkompetenz aus dem Westen in das Land zu holen. Neben Vertretern der Wirtschaft kamen vor allem Verwaltungsfachleute, zumeist Juristen, Medienprofis, Wissenschaftler, aber auch hohe Militärs und Bischöfe. Die kulturelle, mediale, wirtschaftliche und politische Macht im neuen Staat lag weitgehend in den Händen westdeutscher Eliten, deren Auftreten nicht selten als »herrisch und arrogant« empfunden wurde und die teilweise von mangelndem Gefühl für die enormen Anpassungsleistungen der Ostdeutschen geprägt waren.[128] Dadurch aber wurde das alte Muster der Entfremdung von Obrigkeit und Untertanen im Osten der Republik reproduziert. Diese Tatsachen wurden jüngst in einer Studie der Universität Leipzig, die im Auftrag des MDR durchgeführt und von der »Zeit« vorab ausgewertet wurde, eindeutig bestätigt.[129] Relativ unabhängig davon ist die Frage, ob und wie sehr sich diese importierten Eliten in die Gesellschaft vor Ort integrieren wollten und konnten. Vielleicht ist die Forderung nach »Integration« in diesem Kontext unangebracht. Schwierigkeiten bei der Annäherung von Ost und West können jedenfalls von beiden Seiten ausgehen.

Für manche Beobachter ist die faktische Entfremdung zwischen Obrigkeit und Teilen der Bevölkerung Sachsens neben den anderen Faktoren auch in der großen Stabilität der Regierungsbildungen begründet. Seit der Wende wird der Ministerpräsident von der CDU gestellt, die seit der Wende die führende politische Kraft ist. Dabei kultivierte die sächsische CDU in besonderer Weise den Stolz auf die eigene Heimat, nicht zuletzt als Vorreiter der sozioökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland. Ob man von einem »ethnokulturellen Zentrismus« oder einem »sächsischen Chauvinismus« sprechen muss, wäre zu diskutieren.[130] Dass die große Konstanz der Landespolitik die weit verbreitete Sehnsucht nach einer politischen Veränderung in den herrschenden Verhältnissen befördern und schließlich außerparlamentarische Kanäle der politischen Artikulation auf den Weg bringen kann, liegt jedenfalls auf der Hand.

In der hier skizzierten Gemengelage befinden sich wohl regionale

Wurzeln für das Entstehen einer massiven Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen. »Die da oben« machen wie immer, was sie wollen, ohne Rücksicht auf »das Volk«. Zugleich haben wir in Sachsen nach Einschätzung von politologischer Seite eine besondere »Bereitschaft, dieses Misstrauen auch als offene Kritik auf die Straße zu tragen«.[131] Deshalb kann Pegida etwa mit der Parole »Wir sind das Volk« scheinbar an die Bürgerbewegung der Wendezeit anknüpfen – scheinbar! Denn während sich die damalige Volksbewegung gegen eine starke Diktatur und ihr Unterdrückungssystem wandte, richtet sich der heutige Protest gleichermaßen gegen schwache Menschen, die vor Unterdrückung in unsere Demokratie geflohen sind, um Schutz zu suchen, und letztlich gegen die repräsentative Demokratie in ihrer pluralistischen Gestalt.

AfD und Co.: Ein Gespenst geht um in Europa

Während Pegida Ausdruck einer Mentalität ist, die noch nicht in der Mitte der deutschen Gesellschaft angekommen ist, steht die neue AfD für eine Strömung, die aus dieser Mitte herausgefallen ist. Man kennt die innere Dynamik unserer Gesellschaft, lehnt deren neuere Entwicklungen aus ideologischen Gründen jedoch ab. Die Ordnung der Dinge, wie wir sie kennen, sei durch die aktuellen Entwicklungen in Gefahr. Es drohe der Untergang des Gewohnten – in vielerlei Hinsicht: finanziell, kulturell, sozial, national, ethnisch, ethisch.

Vor allem bedroht scheint die bürgerliche Mitte als solche. Diese Analyse ist auch nicht ganz falsch. Denn seit einigen Jahrzehnten schrumpfen die Mittelschichten in den Industrieländern. Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer. Gewiss genügt es nicht, die aktuelle globale und nationale wirtschaftliche Situation auf diesen Slogan zu bringen. Es gibt auch erfreuliche Fortschritte in der globalen Armutsbekämpfung, sodass auch neuer Wohlstand wächst. Doch im politischen Diskurs der westlichen Nationen spielt derzeit vor allem die Erosion der Mittelschicht eine entscheidende Rolle.[132] Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch wird die Mitte von den Extremen her unter Druck gesetzt, wie wir bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern am 13. März 2016 gesehen haben. Verglichen mit dem Dreiparteiensystem der alten Bundesrepublik, in der es nur die Union, die SPD und die FPD gab, ist das Spektrum unübersichtlicher geworden. Zunächst hatten sich die »Grünen« als Antiparteienpartei etabliert. Doch der Wille zur Macht und auch zur Realität ließ aus den Resten der »Achtundsechziger« eine neue, progressiv bürgerliche Partei werden. Sie sind – wie in Baden-Württemberg ganz aktuell

deutlich geworden ist – in der Mitte angekommen. Die zu einem guten Teil aus den Altbeständen der DDR hervorgegangene Partei »Die Linke« befindet sich noch in diesem Unterscheidungsprozess, und es ist noch nicht klar, ob sie ebenfalls zur Mitte der Republik strebt. Mit der AfD erscheint – nach NPD, DVU, REP – wieder einmal eine neue Partei am rechten Rand. Hier ist erstens ungewiss, ob sich diese Partei dauerhaft etablieren kann, und zweitens, ob sie die zentralen Ideale unserer Republik tatsächlich geschlossen zu vertreten vermag.

Im Übrigen hat sich die gesellschaftliche und politische Mitte samt ihren Idealen stark verändert. Die neue Mitte ist weniger denn je eine fixe, mit sich identische Größe, sondern ein offener Raum, der durch gesellschaftliche Debatten stets neu bestimmt werden muss. Das gelebte Grundgesetz gibt dafür lediglich die äußersten Eckdaten ab. Maßgeblichen Zeitströmungen, die den aktuellen Diskurs prägen, sind: Globalisierung, Europäisierung, kulturelle, religiöse, soziale, sexuelle Pluralisierung, eine neue Wertschätzung von Dissidenz und Differenz, Emanzipation der Geschlechter aus überkommenen Rollen, Digitalisierung und seit einiger Zeit auch die neue Frage nach der Identität angesichts all der Veränderungen und Verschiebungen, auch der nationalen Identität. Diese Phänomene sind ihrerseits Gegenstand des gesellschaftlichen und politischen Streits. In allem liegen Gefahren und Chancen. Und es gibt Gewinner und Verlierer der Entwicklungen. Auch haben sich anerkannte Werte verändert. Einige Realitäten wurden moralisiert, andere entmoralisiert. So wird Homosexualität heute gesellschaftlich akzeptiert, Gewalt in der Ehe inkriminiert. Respekt von Minderheiten wird moralisiert, überkommene Rollenvorstellungen von Mann und Frau werden dekonstruiert. Während sich die großen Parteien und Kirchen in Deutschland den emanzipativen Veränderungen angepasst beziehungsweise diese teilweise sogar vorwärtsgetrieben haben, gibt es nun Kräfte, die am Überkommenen festhalten wollen und angesichts der Transformationen den Untergang wittern.

Völlig verfehlt wäre es, hier simple Fronten aufzumachen. Auf der einen Seite die Verfechter von Destruktion und Dekonstruktionen auf der anderen Seite die Verfechter einer Identität. Wer eine derartige Alternative aufmacht, hat schlichtweg keine Ahnung von den eigentlichen intellektuellen Debatten der letzten Jahrzehnte. Es gibt allerdings große Ungleichzeitigkeiten zwischen dem eigentlichen intellektuellen Diskurs und den gesellschaftlichen Entwicklungen. So hat sich das philosophische Paradigma der Postmoderne, dessen Kennzeichen die Dekonstruktion beziehungsweise die Betonung von Differenz und Alterität ist, seit geraumer Zeit erschöpft und eine neue Frage nach Identität, Wahrheit und Wirklichkeit ist auf die Tagesordnung getreten, während andererseits zahlreiche

Errungenschaften dieser Geschichtsphase sich erst in unseren Tagen in Gesetzgebung, Moral und Mentalität etablieren. Fest steht, dass wir den Begriff der Identität nicht den »Identitären« überlassen dürfen, ja dass die aktuelle Krise Ausdruck dieses Streits um unsere prekäre Identität (Gregor Maria Hoff) ist.

Jedoch steht auch fest, dass sich im ehemaligen Ostblock, der von der modernen Ideologie des Kommunismus beherrscht wurde, eine postmoderne Kultur der Offenheit nicht entfalten konnte. Dies erklärt, warum gerade ältere Bürger der ehemaligen DDR sich mit der gewachsenen Wirklichkeit des Westens schwertun und deren Werte im altem Jargon diffamieren. So kann es nicht verwundern, dass auch die AfD ihre größte Mitgliedschaft unter älteren Männern in Ostdeutschland rekrutiert. Man fühlt sich gleichermaßen von einer dämonisierten Genderdebatte in seiner Männlichkeit, von der Rolle des Englischen als lingua franca in seiner kulturellen und von der Zuwanderung in seiner ethnischen Identität bedroht. Doch sind diese Einschätzungen letztlich kein ostdeutsches Phänomen, wie die neonationalen Bewegungen nicht auf den ehemaligen Ostblock beschränkt sind, sondern in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden ebenso blühen. Nennen wir diese rechtspopulistische Dynamik vorläufig und in einem weiten Sinn »identitäre Bewegung«, weil sie alte Identitäten neu in Szene setzen will.

Wenn wir feststellen, dass die Rolle der AfD reaktionär ist, so wird dies nicht als eine böse Unterstellung von außen betrachtet. Denn hört man auf den Karlsruher Philosophen und AfD-Politiker Marc Jongen, Schüler von Peter Sloterdijk, dann ist die Bezeichnung »reaktionär« durchaus nicht pejorativ gemeint, vielmehr handelt es sich im eigenen Selbstverständnis um eine Auszeichnung. Das Reaktionäre sei das Progressive – so die Behauptung. In programmatischer Weise will man die Kultur der Differenz, Dekonstruktion und Pluralität überwinden in eine imaginierte Vergangenheit, in der alte geschlechtliche, kulturelle, soziale, ethnische Identitäten noch stabil gewesen zu sein scheinen. Übrigens erinnert bereits die Namensgebung der »Alternative für Deutschland« an eine alte Diktion, in der sich das progressive Spektrum als »alternativ« bezeichnet hat. Während in den Sechziger- bis Achtzigerjahren das »Alternative« bei allen Irrungen und Verwirrungen für den gesellschaftlichen Fortschritt und die Öffnung auf Alterität und Differenz stand, steht die jetzige Alternative für Rückschritt, Schließung, Grenzziehung und harte Identität. Das Neue ist das Alte. Dabei erinnert die AfD an die klassisch modernen Ideologien. Auch im Kommunismus und im Nationalsozialismus strebte man Zurück in einen imaginierten Urzustand, der durch die Entfremdung des Menschen von seinem Eigentlichen zerstört worden sei und nun nach der angestrebten Revolution wiederhergestellt

werden müsse. Und tatsächlich stellt Jongen seine Partei in diese Tradition: »Ein Gespenst geht um in Deutschland«. Doch diesmal ist es nicht der Kommunismus. Es ist auch nicht »die Religion«, die in Peter Sloterdijks antichristlicher Kampfschrift mit dem Titel »Du musst dein Leben ändern« gleich die gesamte »westliche Welt« heimsucht und bedroht. Das aktuelle Gespenst ist nach Jongen positiv verstanden die »Alternative für Deutschland«. Wie bei Marx die kommunistische Partei, so überwinde die AfD die wesentliche Entfremdung des Menschen durch die Achtundsechziger-Kultur der Dekonstruktion. Wie bei Marx die Bourgeoisie so ist bei Jongen die herrschende Kultur der Differenzen dem Untergang geweiht.

Die Entwicklung der letzten 50 Jahre, die durch die Emanzipation von Klassen, Rassen, Geschlechter, Lebensalter, religiöser Zugehörigkeit und anderen Bereichen gekennzeichnet war, wird von Jongen pauschal zum Feindbild erkoren. Die eigene Identität wir vor allem durch ein Bedrohungsszenario konstituiert, das sehr breit gefächert sein kann und nicht nur den rechten Rand der Gesellschaft affiziert: »Die Islamisierung des Abendlands«, »die Massenzuwanderung in das Sozialsystem«, das »Reproduktionsverhalten der Afrikaner« (Björn Höcke), der »Selbsthass der Deutschen« (Tatjana Festerling), die »Altparteien«, der »dekadente Westen«, die USA, die »rot-grüne Multi-Kulti-Ideologie« (Landtagswahlprogramm AfD, Baden-Württemberg), der »grün-rote Kampf gegen die angeblich allgegenwärtige Diskriminierung«, »das »Gender-Mainstreaming«, aber auch der Lobbyismus (Marc Jongen), die Finanzelite, die Europäische Union, der Euro und schließlich »die Welt aus Fahrradfahrern und Vegetariern« (Witold Waszczykowski).

Es mag nun durchaus angehen, die eigene Identität durch Kritik zu konstituieren. Auch ist es höchst legitim, einen Streit um das Kritikwürdige zu führen. Und in der Tat gibt es vieles in der jüngeren Entwicklung, das der eingehenden Kritik bedarf. Doch auf die Würde kommt es an. Hier ist durchaus zwischen den Landtagswahlprogrammen der AfD und den Reden auf der Pegida-Bühne oder gar gewissen Internetplattformen zu unterscheiden. Die Anonymität des Netzes scheint enthemmend zu wirken. Gleich ob auf Twitter, Facebook oder in den Diskussionsforen der Online-Zeitungen, immer deutlicher eröffnet sich in der Auseinandersetzung mit den Anderen ein Abgrund des Hasses. Wenn man die davon befeuerte Radikalisierung in der realen Welt heranzieht, blickt man auf ein schockierendes Panorama der Gewalt. Brennende Asylbewerberheime sind die Folgen der verbalen Negation des Anderen. Dabei besteht die Paradoxie dieser identitären Bewegung darin, dass sie selbst nur partikularisiert existiert. Nur in der offenen Gesellschaft können deren Feinde existieren. Nur in der pluralisierten Welt des »World Wide

Web« kann sich das randständige Ressentiment frei artikulieren. Nur hier können sich die partikularen Identitäten ungehemmt entfalten. Damit aber setzen sie voraus, was sie selbst negieren wollen: Vielfalt, Buntheit, Toleranz. Die Toleranz gebietet allerdings, auch das Reaktionäre zu ertragen, solange es nicht gewalttätig wird. Die politische Klugheit aber fordert, auch in diesen »identitären Bewegungen« die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Die Ambivalenz der Religionen

Dass Religionen – im Plural – seit geraumer Zeit wieder Teil der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Diskurse sind, hängt wohl auch mit dem aktuellen Bedürfnis nach Identität zusammen. Doch ist das »gespenstische Wiedergängertum der Religion« (Sloterdijk) ein höchst ambivalentes Phänomen. Denn es durchziehen die Religionen und Konfessionen vergleichbare Frontlinien wie die politischen Landschaften. Weder der Katholizismus noch der Protestantismus noch die Orthodoxie noch das Judentum oder der Islam, ja nicht einmal der sonst für seine Friedfertigkeit so geschätzte Buddhismus bleiben – etwa in Myanmar – davor verschont, von reaktionären Ungeistern heimgesucht zu werden. Überall erstarken seit Jahren »die Anbieter ganz harter, durch Unbedingtheit und Unduldsamkeit geprägter neuer Glaubensweisen« (Friedrich Wilhelm Graf). So bedürfen auch die Religionen der Versöhnung, bevor sie versöhnend wirken können.

Damit sind durchaus nicht nur die radikalen und gewalttätigen Formen des Islamismus gemeint. Ohne Zweifel geht in unseren Tagen tatsächlich eine besonders große Bedrohung für den inneren Frieden der westlichen Gesellschaften von den unversöhnten Formen des Islam aus. Doch anstatt den Islam pauschal zu dämonisieren, sollten wir nach den Ursachen der Verwerfungen innerhalb dieser alten und ehrwürdigen Religion fragen. Der Islam befindet sich in einer Lage, die an den Dreißigjährigen Krieg in Europa denken lässt. Nicht zuletzt durch die Begegnung mit der abendländischen Moderne rutschte die islamische Welt in eine innere Krise, für die derzeit keine Lösung in Sicht ist. Doch birgt vielleicht gerade der Vergleich mit dem Dreißigjährigen Krieg auch einen Hoffnungsschimmer, denn auf die Zeit der religiös-politischen Selbstzerfleischung Europas folgte schließlich die Aufklärung. So bleibt die Hoffnung auf eine islamische Aufklärung.

Auch innerhalb des Christentums gibt es derzeit in allen Konfessionen schwere Verwerfungen, die zeigen, das wir selbst in einer Umbruchssituation stecken, in der religiös identitäre

Bewegungen das Aggiornamento der Kirchen rückgängig zu machen versuchen. Auch die christlichen Kirchen tun sich schwer, einen Weg der Mitte zwischen kahler Identität des Fundamentalismus und der leeren Differenz des Relativismus zu finden. Die neue Sehnsucht nach der Welt von Gestern lässt neue Allianzen entstehen. Da kann die reaktionäre Katholikin Gabriele Kuby auf einem Kongress in Moskau über »Große Familien und die Zukunft der Menschheit« sprechen und dabei die ost- und mitteleuropäischen Staaten davor warnen, dass durch die EU-Mitgliedschaft das traditionelle Wertesystem zerstört werde. Der russische Präsident Wladimir Putin erscheint dann als Retter abendländischer Werte und natürlich auch des Christentums. Doch welches Christentums?

In einem Schreiben der slowakischen Bischofskonferenz, das die Bischöfe Ungarns übernommen haben, wurde die »Gender-Ideologie« in einer Weise attackiert, die an die Hetzreden Pegidas und mehr noch der Faschisten denken lässt. Da ist die Rede von »sodomitischen Verwirrungen« und einer »Kultur des Todes«. Angesichts solcher Bedrohungen hätten »frühere Generationen nicht gezögert, für die Verteidigung der Heimat zu sterben«. Slowakischer, ungarischer, aber auch polnischer Nationalismus und Katholizismus gehen in einer Weise wieder zusammen, die an die prekäre Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückdenken lässt. Die Verbrüderung von autoritären Kirchenstrukturen und autoritären Staatsmodellen, die ja auch im orthodoxen Russland fröhliche Urstände feiert, ist ein zentraler Aspekt dieser Phänomene. Es geht immer darum, die alte Ordnung, die sich so eigentlich erst im 19. Jahrhundert herausgebildet hat, wieder herzustellen, religiös, politisch, kulturell. Entsprechende Ideologisierungen des »christlichen Mittelalters«, aber auch des traditionellen Bürgertums haben Konjunktur. Manches erinnert an die restaurativen Bemühungen in der nachrevolutionären Biedermeierzeit. Wir leben in einer Zeit »Heiliger Allianzen«, in der sich etwa der Orthodoxe Putin mit der Katholikin Marine Le Pen und dem Protestanten Trump die Hände reichen können. Religion und Politik verbünden sich, nicht nur im Islam.

Auch in Deutschland scheint sich gegenwärtig eine »Heilige Allianz« zwischen der AfD und reaktionären Kirchenkreisen abzuzeichnen. Liane Bednarz legte am 1. Februar 2016 in der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« in einem luziden Artikel mit dem Titel »Die Radikalen« die Verbindungen von extremkonservativen Katholiken und Evangelikalen und AfD offen. Mit den Protestantinnen Beatrix von Storch und Frauke Petry hat die AfD gleich zwei religiös aufgeladene Galionsfiguren. Vor allem von Storch steht für die religiös-moralische Restauration. Bezeichnenderweise verbünden sich auch hier autoritäre Sehnsüchte, deutschnationale Träume,

antifeministische Aggressionen, homophobe Überzeugungen und Visionen von moralischer Wiederaufrüstung mit antiislamischer Hetze.[133]

Für diese rechtschristlichen Kreise – nicht nur für die Katholiken – wird Papst Franziskus seinerseits zur Hassfigur. Seine Offenheit, Spontaneität und moderate Reformbereitschaft sind vielen schon viel zu viel. Bei konservativen Katholiken eröffnet sich hier ein innerer Widerspruch: Man will zwar die absolute Autorität des Papstes. Aber was, wenn der Papst nicht so wie man selber will? Wenn der Identitätsgarant zu viel Differenz zulässt? Versöhnung tut not.

Die Weitung des Blicks

In der abendländischen Geschichte galt über mehr als zweieinhalbtausend Jahren der Primat der Identität. Diese Identität hatte verschiedene Namen: Das Sein, das Eine oder schlicht Gott. Doch kennzeichnet gerade die christliche Tradition die Vorstellung, dass Gott nicht nur der Eine, sondern auch der Andere ist, nicht nur der Vater, sondern auch der Sohn. Die Beziehung beider zueinander gilt als die personifizierte Liebe, der Heilige Geist. Hegel fasst diese religiöse Vorstellung in die Begriffe Identität vor aller Differenz (Vater), Differenz (Sohn) und Identität von Identität und Differenz (Geist). Die innere Dynamik des göttlichen Geistes treibt nach Hegel die Geschichte voran. Ihr Ziel ist die Versöhnung der Gegensätze. Doch wird dabei die Differenz gerade nicht getilgt, sondern aufgehoben aufbewahrt.

Seit ziemlich genau zwei Jahrhunderten versucht das abendländische Denken Hegel zu entkommen. Es ist hier nicht der Ort, diese Geschichte nachzuerzählen, sondern deutlich zu machen, dass seither das Gefühl von Entfremdung an die Stelle der Versöhnung durch den Sohn Gottes getreten ist. Die modernen Philosophen Kierkegaard, Feuerbach, Marx, Nietzsche und andere haben die neue Erfahrung des Entzugs auf den Begriff gebracht. Dabei begann nicht nur diese Philosophie, sondern die westliche Kultur als solche, die Welt zu verändern. Um den neuen Menschen zu schaffen, muss die alte Welt destruiert werden. Erfahrung des Widerspruchs, der Entzugs am Eigentlichen und die Hoffnung auf Versöhnung trieben den Kampf um die Neue Welt an. Mit den Katastrophen des 20. Jahrhunderts endete die Hoffnung auf eine innerweltliche Versöhnung in den Trümmern unseres Kontinents. Während Osteuropa fest im Griff der letzten großen modernen Ideologie blieb, entfalteten sich im Westen nach und nach die offenen Gesellschaften auf der Basis einer pluralistischen Kultur der Alterität. Auf die moderne Logik der

Destruktion folgte spätestens seit den Sechzigerjahren die Logik der Dekonstruktion. Zwischen der Identität der Metaphysik und der Differenz der Moderne entfaltete sich die »Différance« der Postmoderne als eine dritte Dimension, die nicht mehr an eine universale Versöhnung glaubte und lediglich regionale, partikulare Kämpfe der Emanzipation führte. Nachdem Marx und Nietzsche die Moral als solche verabschiedet hatten, kehrte sie im Gewand der Postmoderne wieder. Die »Rückkehr der Moral« (Michel Foucault) führte zu jenem unendlichen Kampf um Gerechtigkeit (Jacques Derrida), der in den letzten Jahrzehnten seinen Marsch durch die Institutionen angetreten hat. Diese Dynamik als »exzessiven Individualismus« zu brandmarken, zeugt von philosophischem Analphabetismus, denn einerseits geht es hier gerade nicht primär um das Subjekt (Foucault) und andererseits werden neue Formen der sozialen Verbundenheit entwickelt. Allerdings stellten radikale Vertreter der Postmoderne wie Jean-François Lyotard den Gedanken der Identität unter Generalverdacht und sprachen die Differenzen heilig.[134] Hier fänden wir die Kulturrevolution der Achtundsechziger auf den philosophischen Begriff gebracht, wenn wir nach postmoderner Überzeugung überhaupt etwas auf den Begriff bringen könnten.

Offenkundig werden wir in unseren Tagen wieder Zeugen und Akteure eines epochalen Umbruchs. Erneut befindet sich die abendländische Geschichte an einem Wendepunkt, denn das Paradigma der Dekonstruktion hat seinen progressiven Charakter eingebüßt. »Was ist aus dem kritischen Geist geworden? Ist der Dampf raus?« (Bruno Latour). Die Emanzipationsdynamik der sogenannten Postmoderne hat sich scheinbar erschöpft. Die Achtundsechziger sind in Rente. Eine neue Suche nach Identität scheint an die Stelle des Differenzdenkens getreten zu sein. Das »Schwache Denken« (Gianni Vattimo) hat einem »Neuen Realismus« (Maurizio Ferraris) Platz gemacht, der in neuer Weise ein starkes Denken favorisiert. Die Begriffe Wahrheit und Wirklichkeit werden wieder deutlicher identifizierbar. Doch ist sofort zu bemerken, dass die klügeren unter den Zeitgenossen nicht einfach das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Das gilt sogar für die Vertreter der »Neuen Philosophie« in Frankreich, die in letzter Zeit der identitären Bewegung nahegerückt zu sein scheinen. Bereits in den Neunzigerjahren schlug in Frankreich das kulturelle Pendel ins Gegenteil aus. Ehemalige Dekonstruktivisten und Anarchisten gaben sich wieder systemkonform und manche Vertreter kokettierten mit konservativen und reaktionären Gedanken. Alain Finkielkraut etwa provoziert die französische Öffentlichkeit regelmäßig mit islamkritischen Aussagen und mit Forderungen, die nationale Identität Frankreichs zu stärken – auch gegen die

Europäische Union. Inwiefern der »neue Philosoph« hier dem Front National zugearbeitet hat, mag an dieser Stelle offen bleiben. Fest steht, dass die neue Sehnsucht nach Identität ein äußerst vielschichtiges Phänomen ist.

Die aktuellen Krisenphänomene, zu denen neben der identitären Bewegung auch die massive Zuwanderung von Menschen vor allem aus dem islamischen Kulturkreis gehört, bergen Gefahren. Bedrohlich werden sie für das Abendland nur dann nicht, wenn sich dieses noch einmal kraftvoll und differenziert auf die eigene Identität besinnt. Doch bestand das Wesen von Europa noch niemals im Beharren auf einer kahlen Identität. Immer vermochte es, das Andere zu integrieren. So geht es gerade nicht um die Restauration der Herrschaft des männlichen, heterosexuellen, zum Opfer bereiten, fleischfressenden Europäers, wie Jacques Derrida einst spottete. Nicht um die ideologische Überhöhung einer bestimmten Region oder einer Zeit. Schon gar nicht um das ängstliche Beharren auf sprachlicher, kultureller oder nationaler Reinheit. Nicht einmal um die religiöse Identität – schon immer war Europa religiös plural, um hier nur an die Anwesenheit der Juden oder die konfessionelle Vielfalt zu erinnern. Es geht um die Besinnung auf die immense innere Dynamik der abendländischen Geschichte, beginnend bei den Griechen, dem Mittelalter, der Neuzeit bis zur Moderne und Postmoderne. Ja, auch die postmoderne Dekonstruktion der Identitäten ist als bemerkenswerter Fortschritt anzuerkennen. Doch geht heute um die Wiedergewinnung eines kritischen Begriffs der Identität. Die gesuchte Identität lässt zurückdenken an Hegels Rede einer Identität von Identität und Differenz. Hegel nannte diese Identität zweiter Ordnung auch Versöhnung. Und in der Tat: Unsere Zeit braucht nichts mehr als Versöhnung. Doch dabei muss unmissverständlich klar sein, dass dies nicht mit einem Rückfall in den vorkritischen Status quo erkauft werden kann. Die Dekonstruktion der Postmoderne und die Destruktion der Moderne bleiben für uns verbindlich. Vielleicht brauchen wir nach der platten Identität des Immerselben, nach der hegelschen Identität des Verschiedenen eine Identität dritter Ordnung, eine »Identität 3.0«, die für das Inkommensurable offen bleibt, eine Versöhnung, die die Vollendung erst noch gelassen erwartet.

Unsere Geschichte ist noch nicht zu Ende. Unser Kontinent hat die Welt europäisiert. Und wir erleben, wie die Welt Europa globalisiert. Die Grenzen sind porös geworden. Die Zukunft wird anders. Gewiss. Doch ist nicht die Zukunft ohnehin das schlechthin Unverfügbare und Unberechenbare? Die innere Globalisierung und kulturelle sowie religiöse Pluralisierung sind an sich weder gut noch schlecht. Sie werden für uns zu dem, wozu wir sie machen. Sie können uns zu einer neuen Identität führen. Auch wenn diese nicht konfliktfrei zu haben

ist. Ein selbstbewusstes Deutschland in einem selbstbewussten Europa braucht den Konflikt nicht zu fürchten. Pegida, AfD und Co. bleiben dann nur signifikante Randphänomene beim Übergang in eine neue Zeit. Sie verweisen auf ein neues Bedürfnis nach Identität. Die Liebe zum Abendland freilich bewährt sich nicht im geistlosen Fixieren von Identitäten, Lebenspraxen und Moralen, sondern in der Kunst, sich in der Veränderung treu zu bleiben, in der Differenz die Identität zu wahren, ja, auch noch im Anderen sein Eigenes zu entdecken, wie Gott, der Eine, sich im Menschen, dem Anderen, entdeckt, in jedem Menschen, besonders aber in den Schwachen, Vertriebenen, Obdachlosen und – in den Feinden. Die versöhnte Verschiedenheit, die »Identität 3.0«, ist die Alternative zur Alternative.

---

118. Ähnlich auch Hans Vorländer, Maik Herold, Steven Schäller, Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Berlin 2016, 143f.

119. Vorländer, Pegida. 2016, 39-43. Meine Analysen stützen sich auf diese Studie und auf: Werner Patzelt und Joachim Klose, Pegida. Warnsignale aus Dresden (Social Coherence Studies, Band 3) Dresden 2016, sowie Lars Geiges, Stime Marg, Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld 2015.

120. Dazu Vorländer, Pegida, 43-46.

121. Vorländer, Pegida, 104.

122. Vorländer, Pegida, 135, auch 131-133! Zur besonderen Schwierigkeit Deutschlands, im »Westen« anzukommen, siehe auch Heinrich August Winkler, Der lange Weg in den Westen, 2 Bände, München 2000.

123. Vorländer, Pegida, 144.

124. Siehe: http://www.mdr.de/nachrichten/deutsche-hooligans-in-frankreich-100.html [6.7.2016].

125. Vorländer, Pegida, 144.

126. Vorländer, Pegida, 145.

127. Ebenso Vorländer, Pegida, 135.

128. Geiges, Marg, Walter, Pegida. Die schmutzige Seite, 187f. Auch Patzelt und Klose, Pegida, Warnsignale erklären das Phänomen Pegida unter anderem mit der Erfahrung von politischer und kultureller Demütigung und Deprivation.

129. Wer beherrscht den Osten, in: Die Zeit, Nr. 22/2016, 19. Mai 2016.

130. Vorländer, Pegida 144.

131. Vorländer, Pegida, 128.

132. Vgl. auch Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014.

133. Vgl. den Beitrag von Sonja Angelika Strube in diesem Band.

134. So in seinem berühmten Aufsatz »Die Beantwortung der Frage: Was ist

postmodern?«.



Hans Joachim Meyer

Weder abweisende Festung noch bunte Karawanserei

Alternativen für Deutschland

In einer Gesellschaft von Freien ist Alternative ein notwendiger Begriff. Ohne Alternativen gäbe es keine Möglichkeit zur Entscheidung. Ohne Streit darüber, was zu tun oder zu lassen ist, lebt keine Demokratie. Allerdings tendiert die Semantik von Alternative zum »entweder – oder« als grundsätzlicher Position. Bezeichnet sich eine Bewegung oder eine Partei als Alternative, so kündigt dies oft eine Fundamentalopposition zur bestehenden Gesellschaft an. In der Bundesrepublik ist der Ruf nach radikaler Veränderung als Alternative zum Bisherigen lange Zeit von links erhoben worden. Die »Alternative für Deutschland« entstand dagegen mit der Absicht, die Deutsche Mark als nationale Währung wieder einzuführen und damit den bisher erreichten Stand der europäischen Integration zurückzunehmen. Eine solche geschichtliche Rückwärtsbewegung gilt gemeinhin als »rechts«.

Gewiss gab es gegen die Einführung des Euro gute Argumente, denn für die künftige europäische Währungsunion bestand noch nicht die eigentlich notwendige Gemeinsamkeit in der Haushalts- und Sozialpolitik, wohingegen unausgesprochene politische Motive für eine gemeinsame Währung eine gewichtige Rolle zu spielen schienen. Jedenfalls hat unter der Führung von Kurt Biedenkopf die sächsische Landesregierung, der ich damals angehörte, dem Übergang zur europäischen Währung im Bundesrat nicht zugestimmt. Nach deren Einführung sprachen jedoch gute Gründe dafür, deren Wirkungsbedingungen schrittweise zu verbessern, zumal der Euro zunächst erfolgreich zu sein schien und weithin akzeptiert wurde. Dessen ungeachtet hielt eine überschaubare Gruppe von Kritikern, von denen wiederum nicht wenige Professoren einschlägiger Disziplinen waren, an ihrer ablehnenden Position fest. Politisch relevante öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung fanden diese erst, als die Folgen einer unsoliden Haushalts- und Finanzpolitik südeuropäischer Mitgliedsstaaten des Euro-Raumes auch für die Finanzsituation in den anderen Mitgliedsstaaten bedrohlich wurde und deren Solidarität in beträchtlicher Höhe erforderte.

Es war also ein unmittelbar das persönliche und das nationale Interesse gleichermaßen betreffender Entscheidungskonflikt durch das schuldhafte Handeln anderer, welches einer kleinen Gruppe von Kritikern mit einem sachlich nachvollziehbaren, aber politisch unrealistischen Handlungswunsch die Chance zu einer Parteigründung in Gestalt der »Alternative für Deutschland« bot.

Von dieser Ausgangsmotivation ist inzwischen nur noch die lautstarke Inanspruchnahme tatsächlicher oder vorgeblicher nationaler Anliegen gegen die Europäische Union und gegen die diese mittragende deutsche Politik geblieben. Der ursprüngliche Gründerkreis hat sich mehrheitlich von der »Alternative für Deutschland« verabschiedet. Der rasch anschwellende Strom von Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und wirtschaftlicher Not nach Europa fliehen und dabei insbesondere auf Deutschland ihre Hoffnung setzen, hat der vorrangigen Betonung dessen, was man als eigenes Interesse ansieht, noch einen kräftigen und nicht selten erschreckenden Akzent von Fremdenabwehr hinzugefügt. Diese den bisherigen Weg der Bundesrepublik konterkarierende Parteientwicklung ist ein gesamtdeutsches Phänomen, aber sie ist unbestreitbar im Osten Deutschlands, der bis 1990 die DDR war, besonders erfolgreich. Die Gründe dafür ergeben sich aus der spezifisch ostdeutschen Entwicklung vor und nach 1990, aber auch aus der geistigen Situation der alten wie der gesamtdeutschen Bundesrepublik.

Erfahrungen aus der Zeit der DDR

Für die Deutschen in der DDR war die Bundesrepublik, ob als politischer Konkurrent und ideologischer Klassenfeind oder als erfolgreiches gesellschaftliches Gegenmodell und nicht selten sogar als Sehnsuchtsort für das eigene Leben, die Alternative schlechthin. Diese Grundsituation bestimmte das Denken und Sprechen. Entweder folgte man, ob aus Überzeugung oder Opportunismus, den vorgegebenen ideologischen Schemata, oder man ging auf innere Distanz. Im ersteren Fall mussten die dabei verwendeten Argumente vorgegebenen Mustern folgen, wenn man sich nicht Zurechtweisungen einhandeln wollte. Denn das Lauern und kritische Reagieren auf Inkorrektes im Sprechen anderer gehört zu den Erfolgschancen für Eifrige und Ehrgeizige in ideologisch durchherrschten Gesellschaften und Umgebungen. Das ist bekanntlich auch unter freiheitlichen Bedingungen reichlich zu beobachten. Wer auf Distanz hielt, suchte meist öffentliche Bekundungen zu meiden oder diese so unverbindlich wie möglich zu formulieren.

Selbstverständlich gab es auch in der DDR Menschen, darunter solche, die sich zu diesem Staat ehrlich bekannten, welche sich, wenn sie dies für richtig hielten, das freie Wort nicht verbieten ließen. Das trug ihnen meist Ärger ein, konnte aber gelegentlich in Sachfragen auch erfolgreich sein. Dennoch ist die folgende Verallgemeinerung zutreffend: Diejenigen, welche die DDR nicht nur hinnahmen, sondern sich für diese als die bessere Alternative in Deutschland entschieden hatten, folgten in ihrer Argumentation sorgfältig den dafür vorgegebenen Denkfiguren und Sprachformeln. Alle Versuche von einzelnen Persönlichkeiten und kleinen Kreisen, den Marxismus zeitgemäß weiterzudenken oder die Ursprungsideale des Sozialismus gegen dessen Realität zu wenden, wurden schon im Ansatz unterdrückt. Diejenigen, welche innerlich zur DDR grundsätzlich oder partiell Abstand wahrten, suchten Bekenntnissituationen zu vermeiden oder diesen durch möglichst unverfängliches Formulieren zu entkommen. Und selbst wenn Mutige den Konflikt wagten, so suchten sie diesen möglichst dadurch zu bestehen, dass sie sich in den zugelassenen Äußerungsformen bewegten und die Wirklichkeit nur durch geeignete Fragen ins Spiel brachten. In der Endzeit der DDR kam dazu die Möglichkeit, auf Entwicklungen in der Sowjetunion zu verweisen, die ja jahrzehntelang als das nicht zu hinterfragende Vorbild galt. Allerdings gab es innerhalb der Kirchen, insbesondere innerhalb der evangelischen Kirche oder unter deren Schutzdach Menschenrechts-, Umwelt- und Friedensaktivisten, welche christliches Bild- und Gedankengut mit den Forderungen linksgrüner und radikalpazifistischer Bewegungen im Westen Deutschlands und Europas verbanden. Dieser Umstand brachte die SED, welche solche Bewegungen gern als kritischen Protest gegen den westlichen Imperialismus zu vereinnahmen suchte, innerhalb der DDR in ein Dilemma. Meist entschied sie sich für den Machterhalt ihres Systems, doch zunehmend wurde es für sie schwierig, die Konsequenzen der Repression von Unerwünschtem verlässlich abzuschätzen. So erklärt sich der wachsende, wenn auch stets gefährdete Freiraum für die regionalen Evangelischen Kirchentage und für das Dresdner Katholikentreffen von 1987.

Geradezu exemplarisch ist hier die Ökumenische Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, die alle christlichen Kirchen und Gemeinschaften in der DDR in den Jahren 1988 und 1989 in Dresden, Magdeburg und nochmals Dresden veranstalteten. In ihrer Thematik erhob diese Versammlung offen einen umfassenden politischen Anspruch. Natürlich bezogen sich die zwölf Ergebnistexte auf die real existierende Gesellschaft in der DDR, konfrontierten diese jedoch mit einem fundamentalökologischen, radikalpazifistischen und basisdemokratischen Forderungskatalog,

welcher, wäre er verwirklicht worden, zweifellos zu einer völlig anderen Gesellschaft und zu einem völlig anderen Staat geführt hätte. Allerdings wären dies nicht die Gesellschaft und der Staat der Bundesrepublik gewesen. Anders gesagt: Die Vorschläge und Forderungen der Ökumenischen Versammlung bewegten sich außerhalb der Alternative DDR oder Bundesrepublik. Man mag eine solche Strategie mit guten Gründen für wenig realistisch halten. Tatsächlich hat sie für den inhaltlichen Weg der revolutionären Wende im Herbst 1989 letztlich keine entscheidende Rolle gespielt. Als Gegenöffentlichkeit zur offiziellen DDR und als geistiger Prozess eigenen Nachdenkens war diese Versammlung jedoch die wohl wichtigste Voraussetzung für eben diese revolutionäre Wende und deren friedlichen Charakter.

Die politische Erfahrung der Deutschen in der DDR war also überwiegend geprägt von der Konfrontation der DDR mit der Bundesrepublik beziehungsweise des Sozialismus im Verständnis der SED-Führung mit dem Westen – eine Alternative, welche jeden wirklichen Diskurs ausschloss oder doch jedenfalls den Versuch dazu zu einer höchst brisanten Unternehmung machte. Neben der von oben gesteuerten und grotesk ritualisierten »gesellschaftlichen Aussprache« als ideologische Inanspruchnahme möglichst aller Glieder der Gesellschaft gab es wirkliche Debatten nur gelegentlich, so in akademischen Gremien (nicht selten mit bösen Folgen für »Abweichler«) sowie vor allem in kirchlichen Gremien und Synoden, dort freilich immer verbunden mit der Sorge, den ohnehin misstrauisch überwachten Raum innerkirchlicher Freiheit nicht durch ein allzu offenes politisches Wort in Richtung Staat auch noch zu gefährden. Bedeutsam war, dass im verstaatlichten Raum der Öffentlichkeit an die Stelle einer kritischen Debatte über die Wirklichkeit zunehmend deren kritische Reflexion in den Werken der Literatur und der bildenden Kunst trat. Damit übernahmen Bilder und Erzählungen die Rolle oppositioneller Programme und Manifeste. Auch dies erregte den Argwohn der Mächtigen, doch hielten sie es zunehmend für geraten, der Literatur und der bildenden Kunst, zumindest zeitweise, Freiräume zuzugestehen. Jedenfalls war das kulturelle Leben für die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins in der DDR von wachsender Bedeutung. Das ist damals im Westen auch durchaus aufmerksam verfolgt worden. Umso schockierender war für viele im Osten, wie wenig man davon dann im sich vereinigenden Deutschland noch wissen wollte und mit wie viel Hohn und Verachtung Kunst und Literatur aus der Zeit der DDR später bedacht worden sind.

Freilich: Auch bei einem genaueren und differenzierenden Blick auf die Wirklichkeit der DDR bleibt wahr, dass in diesem Land die

argumentative Debatte ein seltener Sonderfall war. Wer zu diesem Staat ganz oder partiell auf Distanz ging oder ihn ablehnte, sprach darüber nur im vertrauten Kreis, doch ist das meist nicht der Ort, wo Positionen hinterfragt werden oder Argumente sich im streitigen Gespräch bewähren müssen. Und wer im Osten gleichermaßen die DDR und die Bundesrepublik von radikalpazifistischen und fundamentalökologischen Positionen aus kritisierte, brauchte dazu gewiss viel Mut, jedenfalls sehr viel mehr Mut als im Westen, war aber in seinem Handeln von einer öffentlichen Auseinandersetzung weit entfernt und bewegte sich gedanklich meist im Kreis von Gleichgesinnten. Insgesamt gesehen war also die große Mehrheit der Deutschen in der DDR argumentativ ungeübt und hatte so gut wie keine Erfahrung mit gesellschaftlichen Debatten und öffentlich ausgetragenen Kontroversen. Schließlich hatte die letzte Wahl im Jahre 1946 stattgefunden und auch diese nur mit eingeschränkter Freiheit.

Zugleich neigte man dazu, in Alternativen zu denken: Da die SED für sich in Anspruch nahm, wirkliche Volksherrschaft zu praktizieren, ging es 1989 nach einem weit verbreiteten Verständnis darum, dass nun der Staat tatsächlich den Willen des Volkes zu vollziehen habe. Die mobilisierende Wirkung der Losung »Wir sind das Volk« zeugt von der Kraft dieser Vorstellung, die an Jean-Jacques Rousseaus Idee von der *volonté générale* erinnert und wohl für alle (vor-)revolutionären Situationen charakteristisch ist: Jetzt entscheidet das Volk selbst. Doch einen solchen Volkswillen per se gibt es nicht, sondern dieser muss erst in kontroversen Debatten gefunden und in strukturierten Entscheidungsprozessen definiert werden. Überdies ist der Volkswille fast immer nur ein Mehrheitswille, der nicht selten Kompromisse erfordert. Das ist eine schwierige Wahrheit, die nicht nur theoretisch erkannt, sondern vor allem praktisch eingeübt werden muss. Erst wenn es normale Erfahrung ist, dass sich in Konflikten errungene Ergebnisse als tragfähig und für die Mehrheit als akzeptabel erweisen, konsolidiert sich eine Demokratie. Allerdings muss diese Einsicht, wie der Blick auf erprobte Demokratien lehrt, immer wieder bestätigt oder sogar neu gelernt werden.

Unterschiede zwischen Ost und West

Doch die Deutschen in Ost und West unterschieden sich nicht nur im Grad demokratischer Erfahrung, sondern vor allem im Verständnis von Demokratie. Der Begriff des Volks war im vorherrschenden bundesdeutschen Denken längst als gefährlich ausgemustert worden. Mehrheitsentscheidungen stehen inzwischen ebenfalls unter dem

Dauerverdacht verfassungswidriger Übergriffigkeit. Eine Demokratie ohne Demos tendiert jedoch zu einer Verfahrensordnung für den Konflikt partikularer und individueller Interessen. Dem entspricht das Verständnis von Politik, in die man sich, wie es bezeichnenderweise heißt, »einmischen« muss, wenn man es für nötig hält, die jedoch offenbar als eine fremde Größe, bestenfalls als ein Gegenüber, nicht aber als ein bürgerschaftlicher Vorgang angesehen wird. Politik erscheint also als ein Streit zwischen Bürgern und »Politik«, in Wahrheit jedoch mit den gewählten Repräsentanten dieser Bürger. Da ist es nur konsequent, sich den Mühen einer demokratischen Debatte zu entziehen und gleich zum Gericht zu gehen. Oder doch jedenfalls Gerichte als über jeden Streit erhabene Letztentscheider zu betrachten.

Das wichtigste Argument für den Entschluss, keine neue gesamtdeutsche Republik zu gründen, sondern der Bundesrepublik beizutreten, war für mich das ursprünglich nur als Provisorium gedachte Grundgesetz. Denn dieses verkörperte die geschichtliche Einsicht aus dem Untergang der Weimarer Republik, dass ein stabiler und handlungsfähiger demokratischer Staat die wichtigste, wenn nicht die einzige Garantie der Freiheit ist. Von dieser Einsicht waren die meisten Protagonisten der Revolution in der DDR weit entfernt. Nach ihrer Lebenserfahrung war jeder Staat zunächst einmal ein gefährliches Ungeheuer der Macht. In dieser Sicht trafen sie sich mit einflussreichen geistigen Strömungen in der Bundesrepublik, bei denen nicht wenige auf »1968« als ihre politische Inauguration, wenn nicht als ihre Heldenzeit zurückblicken. Freimütig gesagt, habe ich mich im vergangenen Vierteljahrhundert mehr als einmal gefragt, was für einer Ordnung des Grundgesetzes die Deutschen in der DDR am 23. August 1990 durch Beschluss der von ihnen am 18. März 1990 gewählten Volkskammer eigentlich beigetreten sind. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hatten die sich aus der Menschenwürde ergebenen Grundrechte als Pfeiler einer gemeinsamen freiheitlichen Ordnung formuliert. Darum schrieben sie im Art. 18 GG die Grenzen dieser Rechte als Schutz der Verfassung gleich mit in den Text. Denn sie hatten als Lehre der Geschichte begriffen, dass es Individualrechte nur als Teil einer stabilen freiheitlichen Demokratie geben kann. Inzwischen haben Ideologen auf Lehr- und auf Richterstühlen diesen Zusammenhang aufgelöst und die Grundrechte als Abwehrrechte gegen den demokratischen Staat umgedeutet. Der Begriff des Gemeinwohls und die sich daraus ergebenen Bindungen wurden in den Geruch der Freiheitsgefährdung gebracht.

Fraglos entsprechen solche Entwicklungen dem Grundverständnis einer individualistischen Gesellschaft. Doch gefährdet es die Demokratie als Diskussions- und Entscheidungsprozess, wenn Verfassungs- und Verwaltungsrichter in faktisch allen Dingen das

letzte Wort haben, der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit zum wichtigsten politischen Argument wird und das Bundesverfassungsgericht jede Gelegenheit nutzt, dem Gesetzgeber Vorschriften zu machen oder sich gar als Verfassungsgeber geriert. Sollte es nicht nachdenklich machen, dass in keinem anderen europäischen Land Richter eine vergleichbare Rolle spielen? Nur das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten von Amerika hat eine solche Macht, richtiger gesagt, hat diese im Verlauf der Geschichte Schritt um Schritt für sich in Anspruch genommen. Doch die USA unterscheiden sich vom europäischen Demokratieverständnis grundlegend durch das völlig andere Verhältnis von Staat und Gesellschaft. In Deutschland sind die demokratieschädlichen Folgen der wachsenden Dominanz von Gerichten in öffentlichen Entscheidungsprozessen jedenfalls unübersehbar: Die Bedeutung der politischen Debatte schwindet und die Handlungsfähigkeit des Staates wird durch kleinteilige Normierungen gravierend eingegrenzt, was wiederum dessen Autorität beschädigt.

Für die argumentationsungewohnten und rechtsstaatsunkundigen Deutschen aus der DDR bot die Bundesrepublik, in die sie als Lehrlinge eintraten und in der sie wie solche behandelt wurden, ein verwirrendes Bild. Zumal die Mehrheit der Medien undifferenziert »die Politik« zu kritisieren pflegt und regelmäßig Gerichtsurteile gegen demokratisch legitimierte Gesetzgeber und parlamentarisch kontrollierte Regierungen als »Klatsche« oder »Ohrfeige« feiert. Im Osten waren es Verwaltungsrichter aus dem Westen, welche rechtsextremistischen Demonstranten die Freiheit der Straße verschafften. Damit folgten sie der bundesdeutschen Rechtsprechung, welche in Bezug auf sich als links verstehende Aktionen das Gebot der Friedlichkeit im Art. 8 GG abgeschwächt hatte. Dennoch machten Westjournalisten für das öffentliche Auftreten von Rechtsextremisten im Osten ganz selbstverständlich die dortigen Bürger und Politiker verantwortlich, wohingegen sie linksextremistische Tendenzen meist übersahen. Desorientierend wirkte dabei die jeder demokratischen Pluralität Hohn sprechende Losung »Gegen rechts«, welche jede sich nicht ausdrücklich zur linken Seite des Meinungsspektrums bekennende Position als potenziell faschistisch inkriminiert, aber zum Linksextremismus keine Abgrenzung kennt. Im Gegenteil: Linksextremistische Gewalt stößt bis heute beim linksgestimmten Teil der deutschen Öffentlichkeit auf viel Verständnis, wenn nicht sogar auf mehr oder weniger klammheimliche Sympathie. Dass davon im werteunsicheren Osten auch Rechtsextremisten profitieren, hätte man sich eigentlich denken können.

Die Deutschen in der DDR hatten sich in ihrer Mehrheit für den Beitritt zur Ordnung des Grundgesetzes als Weg zur Einheit entschieden, weil sie Bürger der erfolgreichen Bundesrepublik werden wollten. Womit sie nicht gerechnet hatten, war der Zusammenbruch weiter Teile der Wirtschaft und die Notwendigkeit, ihr Leben in einer unbekannten und unübersichtlichen Welt völlig neu zu organisieren. Das war ein Schock, der bis heute nachwirkt und zu tiefen Verletzungen geführt hat. Gewiss war die Hoffnung, kurzfristig zur Leistungsfähigkeit der alten Bundesrepublik aufschließen zu können, aus vielen Gründen fern der Realität. Doch dass die Deutschen in der DDR für die Schließung ihrer bisherigen Arbeitsstellen auf die Straße gegangen waren, wird wohl kaum jemand ernsthaft annehmen.

Die andere große Erwartung im Osten war es, nach dem Ende der SED-Diktatur das Land jetzt politisch neu zu gestalten. Viele hatten gehofft, endlich frei reden und eigenverantwortlich entscheiden zu können. Nicht wenige wollten teilhaben am Neuaufbau von Staat und Gesellschaft. Allerdings war das Verständnis von Demokratie oft von Illusionen bestimmt und die Fähigkeit zur öffentlichen Kommunikation unterentwickelt. Dass Freiheit immer zugleich Chance und Risiko bedeutet, dass sie Energie und Augenmaß, Ausdauer und Konfliktbereitschaft, kommunikative Kompetenz und Argumentationsfähigkeit erfordert, dass Demokratie, um zu funktionieren, nicht zuletzt ein strukturiertes Spiel sein muss – das alles musste im Tun gelernt werden. Denn den Umgang mit Freiheit und Demokratie lernt man nicht aus Prinzipien, sondern durch Reden und Handeln im Konflikt. Dazu waren zu viele nach ersten Enttäuschungen nicht bereit und die Zahl der Enttäuschten hat im Verlauf der Jahre eher zugenommen. Der massenhafte Einsatz bundesdeutschen Personals im Osten Deutschlands verbesserte dort zwar die juristische und administrative Kompetenz, trug aber zur Distanz zwischen Politik und Bevölkerung bei.

Gewiss wurden 1989/1990 und danach, vom Gestaltungswillen motiviert, im Osten politische Energien freigesetzt. Doch was ab 1990 im täglichen Tun dominierte, war die Notwendigkeit, die Regeln und Verhaltensweisen der völlig anderen, sehr von sich überzeugten, rechtlich hoch komplizierten und ideologisch stark aufgeladenen bundesdeutschen Ordnung zu lernen und so gut wie möglich zu verstehen. Auch nach einem Vierteljahrhundert im vereinigten Deutschland scheuen sich Ostdeutsche, öffentliche Aufgaben zu übernehmen. Mir scheint sogar, dass sie in akademischen und kirchlichen Ämter heute weniger präsent sind als in der Umbruch- und Aufbauzeit der Neunzigerjahre. Die herausragende Stellung Angela Merkels und Joachim Gaucks in der heutigen Bundesrepublik sehen zu viele nicht als Ermutigung. Manche, die im Osten zur

bundesdeutschen Politik auf Distanz halten, betrachten sie gar als »Überläufer«.

Von Bedeutung ist nach wie vor der Unterschied zwischen Ost und West in der Einstellung zur eigenen Nation. Auch wenn man es im Westen Deutschlands verschweigt oder vergessen hat, so bleibt doch wahr, dass die linksgestimmte öffentliche Meinung der alten Bundesrepublik, mit wenigen Ausnahmen, noch bis in den Herbst 1989 hinein jeden Gedanken an die deutsche Einheit als revanchistisch und friedensgefährdend betrachtete und auch auf den Zusammenhalt der geteilten Nation wenig Wert legte. Dagegen waren es die Deutschen in der DDR, die sich bis 1989 als DDR-Bürger zu bezeichnen hatten und eine eigene sozialistische Nation sein sollten, welche damals durch ihr Handeln im revolutionären Herbst die deutsche Einheit auf die nationale und internationale Agenda setzten. Unstreitig muss für alle Deutschen das Nachdenken über die eigene Nation unlösbar verbunden sein mit den Verbrechen, welche in der Zeit des Nationalsozialismus von Deutschland begangen wurden. Doch auch in der Art des Umgangs mit dieser bedrückenden Vergangenheit unterschieden sich Ost und West. Während in der DDR Antifaschismus bald als Teil des Klassenkampfes gesehen wurde und von daher seine politische und ideologische Bewertung erfuhr, wurden im Westen immer stärker die Freiheit und die Würde jedes Menschen und die entschiedene Abkehr von jeder Art von Rassismus und Nationalismus zum Grundmotiv der Auseinandersetzung mit dieser beschämenden Zeit der deutschen Geschichte. Zum Unterschied gehört auch, dass die kritische Auseinandersetzung mit der Nazizeit im Westen erst verzögert und gegen Widerstände begann, um dann an Intensität zuzunehmen, während der Antifaschismus im Osten relativ bald zu einem integralen Bestandteil der politisch-ideologischen Erziehungsdiktatur wurde und zu deren disziplinierender Wirkung beitrug. Gleichwohl galt die DDR bis 1990 als der entschiedenere Faschismusgegner.

Probleme der Globalisierung

In der alten wie in der größeren Bundesrepublik sind im akademischen Leben und in den Medien jene einflussreich, welche aus dem Scheitern der Weimarer Republik und den Verbrechen des Nationalsozialismus den Schluss gezogen haben, der deutschen Geschichte insgesamt zu misstrauen und die geschichtlich gewachsene kulturelle Identität der Deutschen unter Verdacht zu stellen. Aus einer solchen Haltung zu sich selbst ziehen nicht wenige den durchaus angenehmen Schluss, ihrem Land nicht verpflichtet zu sein und sich

auch vor jeder internationalen Verantwortung zu drücken. Gewiss musste Deutschland nach 1945 endlich den Weg nach dem Westen gehen und jeder Versuchung zu einer Sonderrolle widerstehen. Doch welche andere westliche Nation geht in einer solchen Weise auf Distanz zu sich selbst? Unbestreitbar sind alle westlichen Gesellschaften von Individualisierungsprozessen geprägt und singen gern das Lied vom Ende der großen Erzählungen. Doch in den tonangebenden Kreisen der Bundesrepublik haben solche intellektuellen Tendenzen fast so etwas wie kanonische Geltung. Wie realistisch ist aber eine Vision, welche geschichtliche Erkenntnis nur aus dem »Dekonstruieren« zu gewinnen meint und Identität durch »diversity« ersetzen will?

Zwei Prozesse sind heute von weltweiter Bedeutung: Die Globalisierung und die Internationalisierung. Die Globalisierung ergibt sich objektiv aus den Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation und schafft in Sonderheit für Wirtschaft und Wissenschaft einen weltweiten Raum unmittelbaren Wettbewerbs. Dieser wird vor allem vom persönlichen Erfolgsinteresse vorangetrieben, welches sich mit dem ökonomischen Gewinnstreben oder mit dem wissenschaftlichen Erkenntnisstreben verbindet. Um in weltweite Beziehungen treten zu können, bedarf es einer grenzüberschreitenden Verkehrssprache, einer lingua franca. Wie stets bei vergleichbaren geschichtlichen Prozessen ist dies die Sprache der stärksten Macht, heute also der USA. Sprache und Kultur sind jedoch nicht voneinander zu trennen. Daher gehört es zum Wesen der Globalisierung, die sprachliche und kulturelle Homogenisierung voran zu treiben.

Der andere große weltweite Prozess ist die Internationalisierung, welche zu einer unmittelbaren Nachbarschaft von Menschen und menschlichen Gemeinschaften unterschiedlicher Sprache, Kultur und Religion im gleichen Land führt. Auch sie setzt den heute möglichen engen Zusammenhang von Völkern und Einzelnen voraus, lebt aber von anderen Impulsen als die Globalisierung. Einerseits entschließen sich heute viel mehr Menschen aus persönlichen oder beruflichen Gründen, ganz oder zeitweise ihren Lebensort in einem anderen Land zu wählen. Andererseits durchlebt die Menschheit tiefgreifende Umbrüche und blutige Konflikte, sodass größere Gruppen von Menschen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen und – zeitweilig oder für immer – einen neuen Lebensort in einem anderen Land zu suchen. Beides führt zur Multikulturalität und zur Multilingualität, welche die geschichtlich gewachsene kulturelle Identität eines Landes herausfordern. Einerseits ist Identität nur dann vital, wenn sie dynamisch ist und Anregungen von anderen aufnimmt. Andererseits kann eine Gesellschaft in einer solchen Situation nur bestehen, wenn

sie sich ihrer kulturellen Eigenheit bewusst bleibt und Hinzukommende darin einbezieht, in dem sie sich ihnen öffnet. Es ist bezeichnend für die intellektuelle Situation in Deutschland, dass der Unterschied zwischen Globalisierung und Internationalisierung nicht gesehen wird, sondern beide als Grund dafür genommen werden, seine eigene Sprache und Kultur aufzugeben. Wer im akademischen Leben von Internationalisierung spricht, meint meist die Globalisierung des Hochschul- und Wissenschaftsbetriebes, von der man sich bessere individuelle Erfolgsaussichten verspricht. Faktisch wird dadurch die Mehrsprachigkeit der Wissenschaft durch englische Einsprachigkeit ersetzt und der kulturelle Zusammenhang mit dem eigenen Land aufgelöst. Ohnehin meinen viele Deutsche, Weltläufigkeit zu demonstrieren, wenn sie sich zu ihrer eigenen Sprache schäbig verhalten oder ganz auf sie verzichten. Globalesisch zu denken oder zu sprechen gilt ihnen als Ausweis von Elite.

Andere dagegen betrachten Deutschland als eine Festung gegen den ständigen Wandel und gegen eine von ihnen als fremd erfahrene Welt. Aus einer währungspolitischen Alternative entstand zur Abwehr der vor Krieg, Verfolgung und Not nach Europa Flüchtenden eine Bewegung, welche an Angst und Unzufriedenheit appelliert. Es ist ein gesamtdeutsches Phänomen, aber besonders stark ist es dort, wo 40 Jahre die DDR bestand. Man könnte dies gelassen als einen Fall der *longue durée* geschichtlicher Wirkungen ansehen. Es wäre auch richtig, daran zu erinnern, dass die Präsenz von Ausländern in der DDR und der Umgang mit ihnen Teil des Verständnisses der SED von internationaler Solidarität waren. Auch verhält sich die Mehrheit in den anderen früher kommunistisch beherrschten Ländern Mittelost- und Osteuropas angesichts der großen Herausforderung nicht anders. Doch die Reaktion zu vieler Ostdeutscher auf »die Fremden« hat auch Abgründe in der Einstellung zu anderen Menschen offengelegt. Ein solches Verhalten kann man erklären, aber nicht entschuldigen. Wer Vorurteilen folgt, Hetzmeldungen begierig aufgreift, menschenverachtenden Reden applaudiert und sich jeder differenzierenden Argumentation entzieht, ermutigt Gewalttäter zu kriminellen Handlungen gegen Sachen und Menschen. Das ist genau jene verführerische Gestalt, welche Alternativen annehmen, wenn sie zur großen Zerstörung antreten. Wer heute im Osten Deutschlands »Wir sind das Volk« ruft, missbraucht und beschmutzt die Erinnerung an eine große geschichtliche Tat.

Wenn ein Feuer brennt, dann ist meist schon lange Brennmaterial aufgehäuft worden – nicht nur von einer Seite. Wer fordert, Deutschland müsse »bunt« werden, der instrumentalisiert die zu uns Flüchtenden für sein Ziel, dieses Land zu verändern, damit es nicht mehr »so deutsch« ist. Wer die kulturelle Identität dieses Landes

verächtlich macht, der überlässt einen lebenswichtigen Begriff den Rechtsextremisten und zerstört geflissentlich jede Voraussetzung von Integration. Wer, obwohl die Schöpfer des Grundrechtes beim Individualrecht auf Asyl nur an wenige dachten, angesichts von einer Million Flüchtlingen jeden Versuch zu einem systematischen Handeln der Behörden und zu einer realistischen Strategie beschimpft und sabotiert, der zerstört die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates. Auch wer ständig Asylsuche und Einwanderung durcheinander wirft und so tut, als ob durch ein Einwanderungsrecht die Chancen für Flüchtlinge erhöht würden, treibt ein zynisches Spiel, denn er sagt nicht die Wahrheit über die auswählende Praxis von Einwanderungsländern. Doch manchen Befürwortern einer grenzenlosen Zuwanderung dämmert offenbar, welche demografischen Folgen ihre Apologie der Bindungslosigkeit und ihre Geringschätzung von Ehe und Familie haben, und sie fragen sich, wer für ihre Altersversorgung aufkommen könnte.

Alternativen können Entscheidungen klären. Sie sind gefährlich, wenn sie radikale Lösungen versprechen. Deutschland hat weder als abweisende Festung, noch als bunte Karawanserei eine Zukunft. Nur eine argumentierende und abwägende Debatte im Zeichen von Vernunft und Menschlichkeit kann einen Weg nach vorn finden. Wir tragen Verantwortung für die ganze Völkerfamilie. Doch deren wichtigste Freiheitsakteure sind demokratisch verfasste Nationen.

Joachim Klose und Werner J. Patzelt

Was ist so schlimm am Rechtspopulismus?

Pegida, AfD und die Folgen

Was ist Rechtspopulismus?

Ein Gespenst scheint in der Europäischen Union umzugehen: das des Populismus. Sein Erstarken ist Ausfluss der Unsicherheit breiter Wählerschichten ob der Folge von anhaltender Modernisierung, Europäisierung und Globalisierung. Konkret ist er eine Reaktion auf tatsächliches oder vermeintliches Versagen der etablierten politisch-medialen Klasse. Lange Zeit war Deutschland fast ein weißer Fleck auf der Landkarte des europäischen Populismus. Doch um Pegida und um eine AfD, die im Sommer 2015 ihren Kurs weg von einer liberalen Anti-Euro-Partei korrigierte und sich auf diese Weise mit den Bevölkerungsschichten »hinter Pegida« kurzschloss, wurde (rechter) Populismus auch in Deutschland stark. Lange schon vernehmbares Grummeln an den Stammtischen der Nation findet nun seinen Ausdruck als Unterstützung der AfD. Müssen sich die etablierten Parteien Sorgen machen? Worüber? Wie sollten sie reagieren? Und geht es nur um die Abwehr von »Stimmungsmache« – oder gibt es wirkliche Probleme zu lösen?

Lange Zeit war Lateinamerika gleichsam das natürliche Revier des Populismus. Wahlen schienen gegen die regierenden Eliten wenig auszurichten. Es zählten »traditioneller Paternalismus, postkolonialer Personalismus, Hemdsärmeligkeit als Regierungsstil und Vetternwirtschaft aus Prinzip.«[135] Dagegen richtete sich Populismus als Politikstil, der »uns, das Volk« gegen »die da oben« setzt, sich volksnah gibt, die in der Bevölkerung vorhandenen Emotionen, Vorurteile und Ängste taktisch-opportunistisch aufgreift »einfache Lösungen« gerade für komplexe Probleme anbietet. Dass dieser Politikstil sich inzwischen auch in Europa ausbreitet, weist auf wachsende Defizite unserer repräsentativen Demokratien hin, auf Diskursverengungen und Repräsentationslücken in Zeiten, da die politisch-medialen Eliten auch ihrerseits von den Herausforderungen

von Modernisierung, Europäisierung und Globalisierung überfordert sind. In einer solchen Lage treten neuen Kräfte außerhalb bisheriger Machtblöcke auf und sind in der Lage, mancherlei bislang Getrenntes zusammenzuführen. Unter solchen Umständen gilt: »Populisten sind Profiteure. Sie nutzen die Schwachstellen im politischen System, wenn der Maschinenraum der Demokratie schlecht gewartet ist.«[136]

Dabei hängt es vor allem von der bisherigen Positionierung der politisch-medialen Klasse ab, ob Populismus als opponierender Politikstil sich eher um »rechte«, um »linke« oder um andere, vielfältig gemischte Inhalte herum entfaltet. Orientieren sich die Argumentationsfiguren von Populisten an rechten Einstellungen (neben anderem: nationale Identität, starker Staat, Fiktion eines homogenen Volkswillens, Demokratie verstanden als Zustimmung zu einem Volksführer als Staatsoberhaupt …), so liegt »Rechtspopulismus« vor. Wie jeder Populismus tendiert er zum Radikalismus, schließt aber nicht notwendigerweise die Ablehnung einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung ein. Rechtspopulismus muss also keineswegs zum Rechtsextremismus werden, wenngleich er sehr wohl Rechtsextremisten anzieht.

In Deutschland sind zwar Befürworter des Nationalsozialismus in der Regel rechtsextrem; doch sehr wohl kann es auch Rechtsextremismus ohne eine Befürwortung des Nationalsozialismus geben. Also gibt es keine sachlich oder logisch zwingende Brücke zwischen Rechtspopulismus und Nationalsozialismus – nicht in Deutschland, und in anderen Ländern erst recht nicht. Das hat zur Folge, dass Strategien, die vor allem am Kampf gegen nationalsozialistisches Denken und Handeln ausgerichtet sind, bei der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus leicht versagen. Das ist umso fataler, als in Deutschland viele geneigt sind, ohnehin alle Positionen rechts der Mitte als »nationalsozialistisch vergiftet« wahrzunehmen. Auf so falsche Diagnosen kann sich aber keine erfolgreiche Therapie gründen.

Folgendes sind allgemeine Charakteristika von Rechtspopulismus[137]: Die *Betonung identitäts- und demokratiepolitischer Themen*, nämlich in Abgrenzung einesteils gegenüber dem »Fremden«, was starke Wir-Identität generiert, und andernteils gegenüber »denen da oben«, die über »uns hier unten« entscheiden, was dann schmerzliche Demokratiedefizite empfinden lässt und in – meist wenig durchdachte – Forderungen nach »direkter Demokratie« mündet. Das *Herausstellen der Gefahr eines drohenden kollektiven Identitätsverlustes*, was im Ringen unterschiedlicher Kulturen sowie der von ihnen geprägten Gesellschaften zur eigenen Niederlage in den unausweichlichen Konflikten führe. Das *Anstreben einer ethnisch kulturell homogenen Gemeinschaft*, was sich leicht mit völkischen, ja rassistischen Vorstellungen verbindet, zumal »Volk« und

»Gemeinschaft/Gemeinsinn« gerade in einer Demokratie eng zusammengehören.

Aktuelle Merkmale des Rechtspopulismus

Eigentlich nur in Deutschland war der Rechtspopulismus aufgrund unserer nationalsozialistischen Vergangenheit und faktischer Verbindungen zwischen Neonazis und Rechtspopulisten eher eine Randerscheinung. DVU und NPD ließen sich leicht als NS-nahe Gruppierungen ausgrenzen; und den Republikanern nahmen die Unionsparteien so lange ihre Entfaltungsräume, wie sie sich gekonnt bemühten, auch alle Positionen rechts der politischen Mitte abzudecken, solange diese nicht radikal oder gar extremistisch waren. Quer über Europa ist der Rechtspopulismus aber seit Langem weit verbreitet. Dass er nun auch in Deutschland Resonanz findet, hat viel mit dem Versagen rein antifaschistischer Gegenstrategien sowie dem Verzicht der Unionsparteien darauf zu tun, sich auch für die Vertretung politisch weit rechts Stehender zuständig zu fühlen.

Jene Ängste in Deutschland, die nicht wenige Bürger zu den Rechtspopulisten treiben, sind aber keine anderen als die der Österreicher, Ungarn oder Franzosen. Sie speisen sich aus dem gleichen Unbehagen: Weil die Steuerquellen nicht unendlich sprudeln, fühlt man den Sozialstaat zugleich in Gefahr und – zum eigenen Nachteil – übernutzt; die Masseneinwanderung verstärkte solche Sorgen; und vor allem gilt das für jene, die entweder in prekären Verhältnissen leben oder einen künftigen Abstieg ihrer Familie in solche Verhältnisse fürchten. Im Hintergrund steht, dass Globalisierung und offene Grenzen zwar viele Produkte verbilligten und zu hoher Mobilität führten, doch eben auch zu Lohndruck oder Firmenverlagerungen ins Ausland führten. Und dass die Europäische Union, einst ein Wachstums- und Freiheitstreiber, angesichts fortbestehender und neu hinzukommender Krisen in der Praxis sehr uneinig, ja zerstritten ist, mindert das Vertrauen in die politische Klasse erst recht, zumal wenn sie – wie in Deutschland – in einer solchen Lage vor allem »mehr Europa« fordert.

Also hoffen viele, neue politische Kräfte könnten aufhalten, was die vertraute Welt gefährdet. Dem verleihen deutsche Wähler seit langem Ausdruck, indem sie den kleineren, in der Regel durch Politikprotest auffallenden Parteien ihre Stimme geben. Zu diesen gehörten in den Neunzigerjahren die Statt-Partei, die Schill-Partei, die Deutschen Volksunion (DVU), die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Partei »Arbeit für Bremen und Bremerhaven«, die »Bürger in Wut«, die Piratenpartei und immer wieder auch die »Freien

Wähler«. In Hamburg erhielten solche Parteien 1993 und 1997 mehr als 16 Prozent der Stimmen; in Bremen 1991 oder bei der Europawahl 1994 rund 10 Prozent[138]; und 1989 gelang es den Republikanern sogar, mit mehr als 7 Prozent in das Berliner Abgeordnetenhaus einzuziehen. Solche Parteien verbindet programmatisch wenig, sehr wohl aber die Pose des Protests gegen »die Etablierten«.

Verschärft werden die daraus entspringenden Probleme dadurch, dass bei den bislang staatstragenden Parteien die »Stammwählerschaft« schrumpft, es also vor jeder Wahl einen Großteil der Wähler erneut zu binden gilt. In einem allgemeinen Klima des Misstrauens gegenüber den »Etablierten« fällt das schwer. Wenn dann obendrein die bisherigen Volksparteien eher auf Ausgrenzung der Protestwilligen setzen als auf den Versuch, sie durch eine vertrauenerweckende Behandlung der Protest auslösenden Themen für sich zu gewinnen, entsteht erst recht Raum für Populisten. Für diese wird dabei das Links-Rechts-Schema immer weniger wichtig, weil viele neue Probleme – vor allem die Euro-Politik und Einwanderung – quer zu jenen Fronten stehen, die jahrzehntelang zwischen »links« beziehungsweise »rechts« verliefen. Wählerwanderungsbilanzen zeigen denn auch, dass die Wähler zumal der AfD aus allen politischen Lagern kommen, wenngleich überproportional stark aus dem rechten, von der CDU inzwischen vernachlässigten Bereich.

Im Übrigen sind es nicht nur die Alten, die Protest üben. »Stimmten in den 1960er-Jahren vor allem ältere Wähler für die NPD, wiesen [schon] die REP[uplikaner] eine umgekehrte Alterspyramide auf. Sie waren umso erfolgreicher, je jünger die Wähler waren.«[139] Heute wird Protest vor allem von jüngeren, konfessionell ungebundenen Männern mit einfachem bis mittlerem Bildungsniveau geübt. Diese Wähler verbindet diffuse Unzufriedenheit mit den politischen Zuständen und Entwicklungen in Deutschland. Sie wollen dabei vor allem »Zeichen setzen« und erwarten von Protestparteien weniger die Lösung politischer Probleme, als vielmehr, dass sie die »Dinge wenigstens beim Namen« nennen (Infratest dimap) , dadurch den politischen Diskurs verändern und, mit parlamentarischen Mandaten ausgestattet, durch politischen Druck Veränderungen bei den etablierten Parteien auslösen. Das gilt heute gerade für die AfD und zeigte sich bereits im Agieren von Pegida als ihrer »Straßenform«. Gewissermaßen schlug Pegida eine Öffnung in die brüchig gewordenen Mauern, welche Deutschlands überwiegend sozialdemokratisierte politische Klasse allzu weit links gegen allzu viele weiter rechts errichtet hatte und eher passiv durch Beharren auf »politischer Korrektheit« schützte – als den Versuch zu wagen, auch außerhalb dieser Mauern die argumentative Auseinandersetzung mit den fahrlässig Ausgegrenzten zu führen, ja zu gewinnen. Statt Populismus, gemäß den Prinzipien pluralistischer

Demokratie, als normales Oppositionsphänomen zu behandeln, wurden Populisten leichtfertig als Extremisten etikettiert und zu Fremden im eigenen politischen System erklärt. Politisch heimatlos gemacht,[140] wenden sie sich nun gegen unsere politische Ordnung überhaupt.

Populismus unter dem Mikroskop: Pegida als Fallbeispiel

Am Fall von Pegida lässt sich das alles wie unter einem Mikroskop erkennen. Auf die meist nur wenigen Tausend Dresdner Demonstranten reagierte Deutschlands Öffentlichkeit wie auf ein Wiederaufleben der nationalsozialistischen Umtriebe in den Weimarer Jahren. Gerade diese Überdramatisierung verharmloste, was da aus Tiefenschichten deutscher politischer Kultur emporquoll: nämlich Rechtspopulismus ins politische Leben Deutschlands. Doch man behandelte Pegida wie ein Dresdner Lokalphänomen, gespeist allenfalls aus Merkwürdigkeiten Sachsens und in den Griff zu bekommen wie Neonazismus in Deutschland seit je: durch Tabuisierung, Ausgrenzung und Gegenprotest. Dabei waren die meisten Pegidianer eben nicht jene leicht zu verscheuchenden Rechtsextremisten oder Rassisten aus den Sümpfen von NPD und DVU, sondern schlicht Leute aus dem (ehedem) »werktätigen Volk«, die – damals wie heute – ein wichtiges Anliegen zu haben glaubten und sich von Politik sowie Öffentlichkeit arrogant zurückgewiesen empfanden. Sie – weit überwiegend ältere Männer mit durchaus guter, wenngleich nicht politischer, sondern technischer Bildung – kann man zwar nicht bei elitären Clubs wie Rotary oder Lions antreffen, doch täglich in der Straßenbahn. Und sie wohnen zwar nicht in Dresdens Villenvierteln, doch eben auch nicht bloß in den Hartz IV-Hochburgen. Da sie beim Gang auf die Straße eine Hemmschwelle überschreiten mussten und sich – im Wissen darum – soziokulturell diskreditierten, waren sie von Anfang an leicht erregbar und haben sich mittlerweile in immer größerem Trotz verhärtet.

Auf der Straße hat man sie inzwischen durch weitgehende Nichtbeachtung dezimiert, also gerade nicht durch öffentliche Kritik und Gegenproteste. Doch im öffentlichen Diskurs und in den Wahlkabinen sind sie – als Anhänger und Wähler der AfD – erfolgreicher und wirksamer denn je. Also sollte man sie gerade jetzt nicht weiter ins politische Abseits abirren lassen. Vielmehr gilt es zu begreifen, was sie denn als Pegida auf die Straße und – weit über Dresden hinaus – zur AfD trieb. Dem dienen die folgenden Thesen, die

auf ausgiebigen Beobachtungen und Studien der Verfasser beruhen.[141] Sie handeln zwar auf den ersten Blick fallstudienartig nur von Pegida, erschließen aber auf den zweiten Blick, warum der Rechtspopulismus in Deutschland derzeit seinen – bei kluger Politik durchaus aufhaltsamen – Aufstieg nimmt.

1. Pegida ist nichts Homogenes, sondern eine durch Gemeinschaftserlebnisse zusammengehaltene Koalition von Leuten mit ähnlichen Ansichten in unterschiedlicher Rahmung und Akzentuierung.

Pegida ist keine »soziale Bewegung«, sondern ein verlässlich organisiertes periodisches Demonstrationsgeschehen, das ähnlich Gesinnte, inzwischen einander vielfach auch persönlich Bekannte, zu solidarisierenden Gemeinschaftserlebnissen versammelt. Auch sind bei Pegida vier »soziale Kreise« zu unterscheiden: die wechselnde, ihrerseits immer wieder spannungsgeladene Gruppe der Organisatoren; die – um einen harten Kern herum – wechselnden Demonstrationsteilnehmer; Pegida-Anhänger, die sich im Internet äußern und von »Straßen-Pegida« markant unterscheiden; sowie Pegida-Sympathisanten, die außerhalb Dresdens so gut wie keine Chance haben, öffentlich in Erscheinung zu treten, dies aber sehr wohl bundesweit als Anhänger oder Wähler der AfD tun.

Im Übrigen gibt es unter den Pegida-Demonstranten fünf Gruppen, die sich – in bloß anderen Größenverhältnissen – unter der deutschen Bevölkerung ebenso finden.

Kulturkonservative Xenophobe (rund 31 Prozent): Das sind Leute mit der Überzeugung, dass niemand in einem Land leben solle, in das er wegen seiner Religion, seiner Kultur oder seines Verhaltens nicht passt. Grundiert wird diese Überzeugung durch deutschen Patriotismus, und eingebettet ist sie in die Ablehnung selbst eines friedlichen Islam und friedlicher Muslime in Deutschland. Damit verbindet sich eine gewisse Russophilie, doch zugleich eine Ablehnung der Präsenz von Rechtsradikalen oder Rechtsextremisten bei Pegida-Demonstrationen. Lob für die Arbeit der Pegida-Organisatoren rundet derlei Denken ab.

Gutwillige Zuwanderungskritiker (24 Prozent): Das sind Pegidianer, die Gewalttätigkeit und biologischen Rassismus ablehnen und deutlich weniger weit rechts stehen als die übrigen Demonstranten. Sie meinen, dass es durchaus nicht zu viele Ausländer in Deutschland gäbe, und dass friedliche Muslime sehr wohl zu Deutschland gehören könnten. Zugleich meinen sie, dass niemand in einem Land leben solle, in das er aufgrund seines Verhaltens nicht passe, und schätzen

die gegenwärtige Lage dahingehend ein, dass Deutschland zu viele Asylbewerber aufnähme. Im Übrigen verlangen sie nach einer weiterhin engen außenpolitischen Abstimmung mit den USA.

Islamophobe Zuwanderungsgegner (19 Prozent): Diese Demonstranten meinen einerseits, Deutschland nähme zu viele Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge auf, zumal ohnehin schon zu viele Ausländer in Deutschland lebten. Andernteils lehnen sie selbst einen friedlichen Islam und friedliche Muslime in Deutschland ab.

Rechtsradikale (19 Prozent, darunter rund 5 Prozent Rechtsextremisten): Bei ihnen verbindet sich starkes Selbstverständnis als »deutscher Patriot« mit der Aussage, der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten gehabt. Hinzu kommt die Akzeptanz von Rechtsradikalen und Rechtsextremisten bei Pegida-Demonstrationen, die Befürwortung von gelegentlicher Gewalt gegen politische Gegner sowie eine selbst für Pegida-Verhältnisse klar rechtere Grundeinstellung. Abgerundet wird das durch die Überzeugung, Deutschland nähme zu viele Asylbewerber auf, sowie durch Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie.

Teilnehmer aus dem bundesdeutschen Mainstream (8 Prozent): Diese Pegidianer beteiligen sich seltener an Diskussionen im Internet, lehnen die Anwesenheit von Rechtsradikalen und Rechtsextremisten bei Pegida-Demonstrationen ab, stehen – für Pegida-Verhältnisse – klar weniger rechts, weisen Russophilie sowie Antiamerikanismus zurück und *befürworten* die Präsenz von *friedlichen* Muslimen in Deutschland. Sie sind weniger unzufrieden mit der Medienberichterstattung über Pegida, zufriedener mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie und offener für Kritik seitens Pegida-Gegnern.

In diesen Gruppen erkennt man sehr gut jene neuen Spannungslinien in der deutschen Gesellschaft, die Pegida nur sichtbar gemacht, doch nicht erzeugt hat. Und weil die politisch-mediale Klasse diese Spannungslinien nicht überwinden, sondern durch Ausgrenzung und Verdrängung allenfalls unsichtbar machen wollte, hat sich ihnen entlang jener starke deutsche Rechtspopulismus aufgebaut, den die AfD zum Ausdruck bringt.

2. Pegida ist kein Dresdner Lokalphänomen, sondern nur eine regional besondere Erscheinungsform jenes europäischen Rechtspopulismus, der sich bundesweit als AfD ausdrückt.

Die AfD-Wählerschaft ist »Pegida in der Wahlkabine«. Dresdens Pegida-Demonstrationen hingegen sind ein »Vulkanschlot«: Dort nämlich – und in den Wählerstimmen für die AfD – tritt jenes Magma zutage, das überall unter Deutschland, ja weithin unter der Oberfläche

vieler europäischer Staaten brodelt. Dessen Hitze und Wucht haben die folgenden Ursachen: das sich ausbreitende Gefühl, europäische Sozialstaatlichkeit werde brüchig; der soziale Druck innerstaatlicher Globalisierungsfolgen; das als fremdbestimmt empfundene Einwanderungsgeschehen; die wahrgenommene Auflösung gesellschaftlichen Zusammenhalts unter den Fliehkräften schwer einzuhegender Multiethnizität und Multikulturalität; die veränderten Strukturen der Öffentlichkeit, die neuen Empörungsbewegungen besonders viel Resonanz verschafften; der Verlust des Vertrauens in jene politischen und sozio-kulturellen Eliten, die – obwohl in Demokratien agierend – mit vielen dieser Herausforderungen ohne direkte Einbeziehung der Bürgerschaft in die anstehenden Entscheidungen auszukommen versuchen.

Manchenorts ist diese Magmaschicht ausgedehnter und bewegter als anderswo. Im stabilen und reichen Deutschland brodelte sie lange Zeit weniger als in Ungarn, in Polen oder in französischen Vorstädten. Auch ist dieses Magma in den östlichen Bundesländern viel heißer als im Westen. Ebenfalls ist jenes Deckgebirge, das solches Magma von der Oberfläche deutschen Alltags trennt, regional unterschiedlich mächtig. Es besteht aus wechselseitigem Vertrauen, aus ganz selbstverständlich praktizierten Bürgertugenden, aus erfahrungsbewährter Zuversicht. In den neuen Bundesländern ist derlei dünner als in den alten Bundesländern, in Ostmitteleuropa noch weniger stabil als in Ostdeutschland. Und Deutschlands markantester Vulkanschlot, durch den jenes Magma an die Oberfläche drang und wöchentlich weiter quoll, entstand genau in Dresden.

3. Auslöser Pegidas war Unzufriedenheit mit Deutschlands Einwanderungs- und Integrationspolitik; tiefster Grund ist aber Unzufriedenheit mit Deutschlands Politik und Regierungssystem.

Alle genannten Protestmotive zeigten Umfragen unter Pegida-Demonstranten von Anfang an. Deshalb wird – erstens – Pegidas Mobilisierungskraft abklingen, sobald Deutschland seine Einwanderungsprobleme in den Griff bekommt und eine Integrationspolitik beginnt, die als nachhaltig wirkungsvoll gilt. Parlamentarische Präsenz einer seriös agierenden AfD, die sich gerade nicht »rechtsradikalisiert«, sondern als »bundesweite CSU« mit Regierungsanspruch aufstellt, dürfte – zweitens – die einst in Pegida zum Ausdruck gekommene Entfremdung zu Deutschlands Regierungssystem mildern. Auf diese Weise könnte die AfD auch ihrerseits vom Ausdruck des deutschen Rechtspopulismus zu dessen parlamentarischem Dompteur werden. Ob dies alles aber so eintritt, ist

derzeit nicht abzusehen.

4. Pegida und AfD konnten aufkommen, weil die etablierten Parteien zwischen CDU und rechtem Narrensaum eine Repräsentationslücke hatten entstehen lassen.

»Repräsentationslücke« meint: Es gibt einen Bereich im politischen Spektrum der Bürgerschaft, aus dem heraus kein Vertrauen zu einer staatstragenden Partei besteht. Im linken politischen Spektrum lassen die staatstragenden Parteien Linke, Grüne und SPD so gut wie keinen Wunsch von links empfindenden Bürgern nach Repräsentation unabgedeckt; deshalb spielt – von Teilen der Partei »Die Linke« abgesehen – Linkspopulismus in Deutschland auch keine Rolle. Doch im rechten politischen Spektrum gibt es sehr wohl Bürger, die sich von der bislang am weitesten rechts stehenden, klar staatstragenden Partei – nämlich der Union – gerade nicht mehr repräsentiert fühlen. Ausweislich der Landtagswahlergebnisse des Jahres 2016 sind das sogar ziemlich viele. Früher wählten sie, je nach Zeitumständen und politischer Konjunktur, die Republikaner, die DVU, die NPD oder gar nicht; derzeit setzen sie – gemeinsam mit vielen ehemaligen Wählern vor allem, doch nicht nur der CDU – ihre Hoffnungen in die AfD. Deren öffentliche und parlamentarische Präsenz scheint jene Repräsentationslücke zu schließen – und zwar auf Kosten der CDU sowie um den Preis eines sich weiter auffächernden Parteiensystems samt drohender Instabilität fortan recht komplex zusammengesetzter parlamentarischer Koalitionsregierungen.

Konkret bestanden Repräsentationslücken – und bestehen wohl weiter – auf den folgenden Politikfeldern: »Euro-Rettung«; Einwanderung; Integration einer Einwanderungsgesellschaft, zumal einer solchen mit einer wachsenden muslimischen Minderheit; und Verteilungskonflikte in einem Land, dessen soziale Ungleichheit sich aufgrund der Einwanderung noch weiter aufspreizen wird. In die letztgenannten Repräsentationslücken drang aufgrund Dresdner Besonderheiten Pegida, und aus der erstgenannten Repräsentationslücke entstand die AfD, die inzwischen auch die anderen Politikfelder abdeckt. Insgesamt erweist sich der AfD-Pegida-Komplex schlicht als deutscher Sonderfall des überall in Europa zu beobachtenden Eindringens von Rechtspopulismus in jene Gesellschaftssegmente, in denen die im öffentlichen Diskurs vorherrschenden sozialdemokratisch-grünen Politiküberzeugungen nicht mehr attraktiv sind

5. Mit Pegida kamen politisch-mediale Klasse und Zivilgesellschaft nicht zurecht, weil sie anhand von irreführenden Narrativen zu falschen Einschätzungen Pegidas kamen und an ihnen festhielten.

Andere Gründe für das Auftreten von Pegida als »Hass und Kälte im Herzen«, ja als Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Latenznazismus, wollte ein Großteil der politisch-medialen Klasse sowie der Zivilgesellschaft nicht erkennen. Echte Zuneigung zum eigenen Land und zu dessen Leuten, verbunden mit Sorgen um Deutschlands Zukunft, wurde von Politikern, Journalisten und zivilgesellschaftlichen Eliten kaum einmal als wahrscheinliches Motiv von Pegidianern öffentlich in Erwägung gezogen. Auch übersah man, dass der Streit um den Sinn und um die möglichen Grenzen unserer Einwanderungspolitik sowie um den richtigen Kurs gegenüber dem Islam in Deutschland tatsächlich zu einer dauerhaften, tiefgehenden und künftig das Parteiensystem prägenden Konfliktlinie der Gesellschaft geführt hat. Derlei schnellfertige Deutungsmuster werden inzwischen auch auf die AfD angewandt. Vermutlich werden sie bei der Auseinandersetzung mit ihr zu ebenso wirkungslosen Strategien führen wie beim »Kampf gegen Pegida«.

Im Hintergrund solchen Scheiterns beim Versuch, den Kern des Pegida-Phänomens beziehungsweise des Pegida/AfD-Komplexes wirklich zu begreifen, steht die Tatsache, dass viele bislang sinnstiftende Narrative unseres Landes unter Druck geraten, ja unglaubwürdig geworden sind – etwa jenes vom alternativlos vorteilhaften Wandel einer »homogenen Volksgemeinschaft« hin zur »multiethnisch-multikulturellen Gesellschaft«. Weil diese Narrative aber weiterhin »gängige Währung« unserer politischen Diskurse sind, muss es nicht wundern, dass gerade Deutschlands Diskurseliten so hilflos auf Pegida reagiert haben und sich ähnlich hilflos zur AfD verhalten. Die etablierten Deutungs- und Erklärungserzählungen passen nämlich nicht zum neuen Phänomenbestand. Wer an ihnen festhält, weil er keinen Wandel der Problemlagen, sondern nur eine Wiederkehr von – zumal aus Weimarer Zeiten – Bekanntem erkennen will, bleibt auf jene Gestaltungsaufgaben kognitiv und affektiv unvorbereitet, die sich heute in der »Welt da draußen« stellen – und eben nicht nur in unseren retrospektionsgeprägten Wirklichkeitsbildern. Bei der dann unvermeidlichen Frage, welches Narrativ weiterhin als selbstverständlich gelten darf, welches andere aber als gleichsam »häretisch« behandelt werden soll, geht es letztlich um die diskursive und kulturelle Hegemonie – sowie darum, wer sie besitzt beziehungsweise gegen wen verteidigt.

Tatsächlich steht das Pegida-Phänomen mitsamt den von ihm ausgelösten Reaktionen quer zu wichtigen Narrativen, die – anders als in weiten Teilen Ostdeutschlands – in Westdeutschland und von westdeutsch geprägten Eliten in aller Selbstverständlichkeit weiterverwendet werden. Dazu gehören die Großerzählungen von der liberalen und rundum diskursoffenen pluralistischen Demokratie, vom funktionierenden partnerschaftlichen Verhältnis zwischen Religion und Staat, vom verlässlich soziale Gerechtigkeit in Aussicht stellenden Wohlfahrtsstaat. Gerade weil es mit diesen etablierten Narrativen unseres Landes nicht so recht zu fassen war, löste das Pegida-Phänomen derart heftige, den konkreten Anlass weit übersteigende Abwehrreaktionen aus. Zu ihnen gehörte bald schon der Versuch, lieber die Wirklichkeit des Pegida-Phänomens so aussehen zu lassen, dass es in etablierte Deutungs- und Erklärungsmuster passte, als diese ihrerseits auf den Stand dessen zu bringen, was es an neuen Entwicklungen zu verstehen gilt.

6. Tatsachengetreues Verstehen Pegidas scheiterte am Unwillen der Pegida-Kritiker zum Perspektivenwechsel und zur Empathie.

Ein Kerninhalt von – nicht nur politischer – Bildung besteht in der Fähigkeit zum Perspektivenwechsel. Gemeint ist das Können (mitsamt der Bereitschaft, solches Vermögen auch zu nutzen), einen Sachverhalt auch aus der Warte eines anderen zu sehen, zumal eines Gegners. Fehlt es daran, so kommt es zu Fehlbeurteilungen der Lage. Diese wirken sich leicht als Scheitern eigener Absichten und als Erfolg des Gegners aus. Das aber sollte man zu vermeiden suchen. Und falls man auch noch abschätzen möchte, mit welchem Nachdruck und mit welcher Einsatzbereitschaft sich der Gegner den eigenen Absichten wohl widersetzen wird, muss man obendrein versuchen, sich in den Gegner einzufühlen, also dem Perspektivenwechsel auch noch Empathie beifügen.

Die Auseinandersetzung mit dem Pegida-AfD-Komplex aber wurde – und wird weiterhin – ganz ohne solche Bereitschaft zum Perspektivenwechsel oder gar zur Empathie geführt. Wer sich gegen Pegida oder die AfD stellen will, der tut das gerade so, als ob »Gesicht zeigen« oder »Einstehen für …« auch schon ausreichen würde, um – über kurzfristige Siege auf der Straße hinaus – jener großen Woge des Rechtspopulismus Einhalt zu gebieten, von der Pegida und die AfD nur getragen werden, die von Pegida und AfD aber nicht ausgelöst wurde. Schon mittelfristig ist jedenfalls nichts beim »Kampf gegen den Rechtspopulismus« gewonnen, wenn zwar außerhalb Dresdens keine nennenswerten Pegida-Demonstrationen mehr stattfinden, doch die

AfD in alle Parlamente einzieht. Irgendeine Notwendigkeit, die Lage unseres Landes auch aus der Warte von Pegidianern anzusehen, oder irgendeinen Anlass, sich in deren Emotionen einzufühlen, sah aber so gut wie niemand. Den allermeisten schien hingegen – aus welchen Gründen auch immer – klar zu sein, dass Pegida-Anhänger dumm sind, kenntnislos und voller Ressentiments, dass man also sie und ihre Anliegen ohnehin besser kenne als jeder von ihnen. Somit gab es keinerlei Grund, von ihnen selbst erfahren zu wollen, was sie denn dächten und beabsichtigten. Es galt sogar als ganz ungehörig, Pegidianer verstehen zu wollen. Und weil der Umgang mit Pegida und der AfD von gerade solchen Einstellungen geprägt wurde, muss wirklich nicht wundern, dass der Versuch, den Pegida-AfD-Komplex kleinzubekommen, fürs Erste gescheitert ist.

7. Pegida wurde durch falsche Reaktionen verstetigt.

So mancher reagierte auf die Pegida-Proteste nicht mit einer rationalen Beurteilung der Lage, sondern mit einer Art »politischer Spinnenfurcht«: Angeekelt und angstgetrieben wurde auf den Störenfried eingeschlagen – obwohl dieser meist nur lästig, nicht aber gefährlich war. Wieder andere meinten, eine aus Weimarer Zeiten bekannte Lage neu heraufziehen zu sehen, und machten sich engagiert ans »Wehret den Anfängen«. In beiden Fällen entschied man sich nicht für Kommunikation, sondern für Ausgrenzung.

Nachgerade im Wortsinn wurde es dabei zur Zwangsvorstellung gemacht, dass »die« Pegidianer nichts als Rassisten, Rechtsradikale, ja Latenznazis wären, mit denen sich kein anständiger Mensch gemein machen dürfe – und zwar auch nicht durch ergebnisoffenes Hinsehen, Zuhören oder gar Begreifen dessen, worum es bei Pegida wirklich gehe. Im Grunde tat man so, als ob sich eine Herausforderung gerade dann erfolgreich bestehen ließe, wenn man die Struktur des zu lösenden Problems – obendrein noch stolz auf solche Ignoranz – gerade nicht verstanden habe. Bei solchem Verhalten erweckte die Verwendung von Begriffen wie »rechtsradikal« und »rassistisch« bei der Beschreibung von Pegida meist eher das gute Gefühl, etwas Wichtiges – und auch bekämpfenswert Schlimmes – erkannt zu haben, als dass tatsächlich eine Analyseleistung vorgelegen hätte. Man nutzte einfach schon bereitliegende Worte, die sich obendrein gleich als Angriffswaffen anboten. Wer deren diagnostischen Wert hinterfragte, wirkte dann sofort wie jemand, der dem Gegner einen Stellungsvorteil verschaffen wollte.

Kein Wunder also, dass eine wirklich zielführende Analyse unterblieb und somit auch solches Handeln, das wirkungsvoll auf die

Ursachen des Pegida/AfD-Komplexes gezielt hätte – und weniger auf eine Beseitigung bloßer Symptome solcher Ursachen. Im Grunde bewirkte man durch falsche Reaktionen auf Pegida vielmehr genau jene Solidarisierung, Mobilisierung und auch Radikalisierung, die man doch eigentlich unterbinden wollte. Und mancher Beobachter konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, solche Radikalisierung wäre sogar politisch erwünscht: Einerseits bestätigte sie, dass man eben doch mit rassistischen Wiedergängern der Nazis zu tun habe – und andernteils ermöglichte sie es, an den eingefahrenen Routinen und Ritualen des »Kampfs gegen rechts« festzuhalten und neue politikanalytische Herausforderungen zu umgehen.

Zweifellos war es ebenfalls derlei Arroganz, was Pegida – und eben auch die AfD – groß werden ließ. Selbstgewisser Stolz aufs zielsichere Erkennen von Islamophobie und Ausländerhass, auch von Rassismus und Nazismus, schützte gleich die ersten Urteile über Pegida vor faktensuchender Neugier und vor erkundendem Hinterfragen. Hochmut hielt zumal Intellektuelle davon ab, den realen Motivationsgefügen unter den ihnen so unsympathischen Demonstranten nachzugehen. Und Überheblichkeit führte dazu, dass nichts als der Platz auf dem hohen Ross antifaschistischen oder antirassistischen Widerstands für Politiker und politisch Engagierte angemessen erschien. Bestünde Pegida wirklich vor allem aus Rassisten und Faschisten, so wäre das alles ganz in Ordnung. Doch Sorgen um die Zukunft unserer sich wandelnden Einwanderungsgesellschaft wurden allzu einfach als »Ausländerhass« verbucht; Sorgen ob der Ausbreitung einer in Deutschland recht neuen Religion bekamen kurzerhand das Etikett »Islamfeindlichkeit«; und als Rassismus galt alles, was skeptisch oder ablehnend über Zuwanderer und Zugewanderte klang. Das Selbstverständnis vieler Pegida-Teilnehmer verfehlend, trugen solche Verdikte viel zur Solidarisierung und Mobilisierung der Pegidianer sowie zur Verstetigung ihrer Demonstrationen bei.

Ostdeutsche als Avantgarde – auch beim Rechtspopulismus

Nicht nur bei der Auflösung flächendeckender Tarifbindung von Betrieben oder beim Verdorren des gesellschaftlichen Wurzelwerks politischer Parteien war Ostdeutschland gleichsam der Vorbote dessen, was sich später auch im Westen einstellte oder wohl noch einstellen wird.[142] Seine viel schwächeren Strukturen konnten neuen gesellschaftlichen Entwicklungen nämlich viel weniger Widerstand

entgegensetzen als in den Altbundesländern. Gerade so scheint es auch beim Vordringen des deutschen Rechtspopulismus zu sein. Pegida in Dresden war ein solcher Vortrupp des Neuen, und gleiches gilt für die besonders großen Wahlerfolge rechter Protestparteien in den neuen Bundesländern. Dabei vermischen sich in höchst kontingenter Weise sehr unterschiedliche Wirkungsstränge. Thesenartig lassen sie sich wie folgt entwirren.

Auslöser von Pegida, Ursache seiner Attraktivität und Motivationsgrund seiner Anhänger waren tatsächliche, nicht bloß eingebildete Probleme unseres Landes. Dieses soll – vor allem aufgrund seiner rückläufigen Bevölkerungsentwicklung – zur Einwanderungsgesellschaft werden, damit es wettbewerbsfähig bleiben und seinen Wohlstand erhalten kann. Zum Akzeptieren solchen Wandels haben sich die meisten Deutschen inzwischen auch durchgerungen – teils mit Skepsis, teils voller Hoffnung. Allerdings verfolgte Deutschland lange Zeit keine Einwanderungspolitik, die merklich über Offensein und Gewährenlassen hinausgegangen wäre. Deutschland besitzt auch keine mehrheitsgetragene Vision von jener Gesellschaft und entstehenden Kultur, in die hinein eine gutwillige Integrationspolitik die Einwanderer geleiten könnte. Also ist im Grunde bis heute unklar, wohin die Entwicklung gehen wird – und mehr noch, ob sie jemand steuert, ja steuern will. Das aber wirkte sich in den neuen Bundesländern besonders systementfremdend aus. Weil nämlich das Ende der DDR für deren Bürger einen wirklichen, erst jüngst erlebten Heimatverlust bedeutete, ist es in Ostdeutschland keine erfahrungsleere Warnung, dass man seine Heimat selbst dann verlieren kann, wenn man sie gar nicht verlässt. Es reicht schlicht, dass sich die Umwelt über eigene Anpassungswünsche hinaus verändert und man angesichts dessen machtlos ist. Eben das befürchten viele Pegidianer angesichts der bisherigen Einwanderungspolitik, und genau solche Verlustangst äußert sich in Form von Fremdenfürchtigkeit.

Zu den Tiefenschichten des in Ostdeutschland entstandenen Pegida-Phänomens gehört ferner ein immer wieder schmerzender, ungern als solcher eingestandener und deshalb lieber als »Verlangen nach sozialer Gerechtigkeit« ausgedrückter Neid. Der wuchs im Osten parallel zur Entwicklung der egalitären DDR-Kultur hin zur auf Konkurrenz und Differenz gegründeten westlichen Alltagswelt. Ostdeutschlands Gesellschaft hat sich dabei gespreizt zwischen Gewinnern und Verlierern der Systemtransformation. Lange wurde dieses Auseinanderdriften wenig thematisiert, weil man vorrangig mit der Bewältigung des Umgestaltungsprozesses beschäftigt war. Doch nach einem Vierteljahrhundert solcher Anstrengungen treten viele Spannungen zwischen jenen zutage, die zu DDR-Zeiten Nachteile zu

erleiden hatten, sich heute aber bestens zurechtfinden, und jenen, die vom damaligen System profitiert hatten, doch sich jetzt zurückgesetzt fühlen. Obendrein entstanden Spannungen zwischen jenen, die als Gewerbetreibende und Unternehmer zur sozialstaatlich nötigen Wirtschaftsleistung beitragen, sowie denen, die derlei Aufkommen an Steuern und Sozialabgaben für eine Selbstverständlichkeit halten und eher ans Verteilen denn ans Erwirtschaften denken. Weil außerdem viele dieser Spannungen mit materiellen Unterschieden verbunden sind, kommt obendrein Missgunst auf – und alsbald der Ruf nach jener Gerechtigkeit, die unser Sozialstaat nun einmal in Aussicht stellt. Genau in dieser Lage treten nun immer mehr Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und Personen mit subsidiärem Schutz als weitere Gruppe von Anspruchsträgern ins Ringen um mehr Gerechtigkeit und um sozialen Ausgleich. Das aber bringt im Osten viel resonanzreichere Saiten zum Schwingen als im wirtschaftlich noch besser gestellten Westen – und zwar vor allem dann, wenn sich abzeichnet, dass die Finanzierung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen zum innerstaatlichen Nullsummenspiel wird: Was für Einwanderer ausgegeben wird, steht für andere Zwecke nicht mehr zur Verfügung. Es verletzt aber vielfach das Gerechtigkeitsempfinden, wenn fortan pro Jahr zweistellige Milliardenbeträge für den Bau von Wohnungen für Geflüchtete, für deren Deutsch- und Integrationskurse sowie für deren soziale Grundsicherung kein Problem sein sollen, während man zuvor jahrelang Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau, die Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur oder die Bezahlung von Lehrern als nicht so dringlich einschätzte.

Außerdem gehört zum Pegida-Phänomen die Befürchtung einer weiteren Spannungslinie in unserer Gesellschaft: Zu jener zwischen »oben« und »unten« komme jetzt eine neue »ganz unten« hinzu, nämlich die zwischen den »kleinen Leuten« hierzulande und den – wie sie auf Hartz IV-Niveau gestellten – Bürgerkriegsflüchtlingen, Asylbewerbern sowie Armutsmigranten. Auf diese Weise werden existenzielle Bedrohungsgefühle geweckt, die teils das eigene Leben, teils das von Angehörigen oder Bekannten betreffen. Mancher Kitt, der die Pegida-Demonstranten verbindet, ist deshalb ein *diffuses Gefühl des Zukurzkommens* – sei es schon seit der Wiedervereinigung, sei es in der jetzt entstehenden Einwanderungsgesellschaft. In ihr verbinden sich soziale Konflikte mit kulturellen und ethnischen Konflikten.

Tatsächlich befürchten viele nicht ganz ohne Grund, dass – eher als bereichernde Multikulturalität – durch weiterhin ungesteuerte Zuwanderung vor allem jenes konfliktträchtige Bestehen von Parallelgesellschaften zustande käme, das auch jahrzehntelangen Einwanderungsländern wie Frankreich oder Großbritannien nicht

guttut. In den östlichen Bundesländern werden nun aber die Unannehmlichkeiten und Probleme von Multikulturalität schärfer gesehen als mancherlei ihrer Vorzüge, nämlich mangels eigenen Erlebens einer multikulturellen Gesellschaft sowie aufgrund einer Medienberichterstattung, die – aus Gründen journalistischen Nachrichtenwertes – meist das Negative besonders herausstellt oder es, gegenläufig dazu, mit positiv-anwaltschaftlichem Journalismus in Sachen Einwanderungspolitik klar übertrieben hat.

Hinzu kommen Sorgen ob jener kulturellen Veränderungen, die oft »Islamisierung« genannt werden. In der nachreligiösen Gesellschaft Ostdeutschlands wurde Religion nämlich zu einem allenfalls von außen her erkannten, doch nicht länger von innen her verstandenem »Gefühl« oder »Sachverhalt«. Nur noch 25 Prozent der Bevölkerung kommen dort noch näher mit Religion in Berührung. Wer aber selbst keine ihn bereichernden religiösen Erfahrungen macht, der nimmt Religion leicht überhaupt für eine Feindin von Vernunft und Modernität. Breitet sich dann Religion neu aus, oder tut das gar eine neue und bislang kulturell nicht im eigenen Land beheimatete Religion, so erlebt man das wie einen soziokulturellen, gesellschaftlichen und – vor allem – politischen Rückschritt. Dann aber kann es wie eine unausgesprochene Bürgerpflicht wirken, sich dagegen zu wehren. Hingegen ist für viele muslimische Einwanderer ihre Religion eine Art »transportable Heimat«. Sie wird ihnen oft umso wichtiger, je ferner man als Bürgerkriegsflüchtling oder Asylbewerber der ursprünglichen Heimat lebt. Solche Religion wird dann nicht selten auch besonders ernst genommen. Und vor allem will sie sich von anderen ernst genommen sehen – und sei es auch nur als Zeichen des Respekts vor hinzugekommenen Neuen. Aus allen diesen Gründen hat der Islam für viele Migranten einen sehr anderen, einen sehr viel wichtigeren »Sitz im Leben«, als ihn bei den meisten Deutschen das Christentum hat. Obendrein passt diese Religion mit etlichen ihrer – oft auch islamintern ganz ungeklärten – Ordnungsprinzipien und Geltungsansprüche durchaus nicht so gut in unsere Gesellschaft, wie sich das beim unsere Kultur immerhin mitbegründenden Christentum verhält. Das alles aber wird mit einem flachen Begriff wie »Islamfeindlichkeit« nur sehr unzureichend erfasst. Im Wesentlichen geht es um die misslingende Begegnung einer areligiösen Gesellschaft mit einer Religion, die gerade im Alltag fühlbare Gestaltungsansprüche erhebt sowie – aufgrund von hierzulande bisher unüblichen Bekleidungs- und Gebetspraxen – auch noch besonders deutlich sichtbar wird und deshalb Gefühle von Entheimatung bewirkt.

Hinzu kommt, dass es in Ostdeutschland ein recht großes »Fremdeln« mit dem weiterhin als »westdeutsch« empfundenen

politischen System gibt. Ostdeutsches Politikverständnis ist nämlich oft und gleichsam »technokratisch« auf klare, schnelle Entscheidungen ausgerichtet, viel weniger auf Prozesse eines deliberativen Interessenausgleichs. Dies verleitet leicht zu einer Idealisierung autoritärer Politikstile, die im Vergleich mit der Dauer und Komplexität von demokratischen Verhandlungsprozessen als funktional-handlungsfähiger empfunden werden. Auch empfindet man, zu wenig Einfluss auf politische Entscheidungen zu haben und Grundlegendes durch Wahlen ohnehin nicht ändern zu können. Vor allem deshalb ist es nun populär geworden, Volksabstimmungen ebenfalls auf Bundesebene zu fordern. Außerdem weckt die Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989 die illusorische Hoffnung, ähnliche Wirkungen durch heutige Demonstrationen zu erzielen. Realistischer ist es da schon, ganz gemäß der Funktionslogik unseres Systems auf Politikveränderung durch das Großwerden einer Protestpartei zu setzen. Wer das erkennt, wir dann besonders leicht zum Wähler der AfD – oft geleitet von Überlegungen wie dieser: »Wir Bürger haben ein Problem, nämlich mit der drohenden Überfremdung unseres Landes. Ihr Politiker seid an diesem Problem schuld. Ihr ignoriert es aber, oder geht es jedenfalls nicht an. Und dagegen demonstrieren wir auf der Straße – und wählen anschließend die AfD!« Im Grunde verlangt Pegida von der Politik schlicht ein Sich-Kümmern um solche Probleme, die man selbst als bedrohlich empfindet, von der politischen Klasse aber weg- oder kleingeredet fühlt. Eben jene Kluft zwischen eigenen Wünschen und abwiegelnden Politikerreaktionen erachtet man als »undemokratisch« – und die allgemeine Ausgrenzung der AfD erst recht.

Die politische Klasse wiederum verweist auf parlamentarische Mehrheiten sowie auf jene frei getroffenen Wahlentscheidungen, die zu solchen Mehrheiten führten. Nicht gern aber mögen Politiker öffentlich in Erwägung ziehen, dass ihre eigenen Politik- und Personalangebote – um von ihren Redeweisen ganz zu schweigen – womöglich an den Wünschen vieler Wähler vorbeizielen, was diese entweder in die Wahlenthaltung oder zum Votieren für Protestparteien treibt. Für beide Reaktionen werden jene Bürger, die den etablierten Parteien innerlich gekündigt haben, dann von denselben Politikern kritisiert, die solche Reaktionen überhaupt erst hervorgerufen haben. So entsteht eine wechselseitig verursachte Entfremdungs- und Empörungsspirale. Auf Seiten von Pegidianern und AfD-Wählern zeitigt sie gerade jenes Gefühl, das man in der Studentenrevolution der späten Sechzigerjahre auf die folgende Formel brachte: »Die Probleme des Systems sind unlösbar; das System ist das Problem!«

Und die Macht der neuen Eliten der ostdeutschen Gesellschaft? Aufgrund des umfassenden Elitenwechsels nach der

Wiedervereinigung sowie der schwierigen Einpassung ostdeutscher Biografien in westdeutsche Bewährungs- und Aufstiegsschemata war ein Großteil der ostdeutschen Bevölkerung über längere Zeit von herausragender wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Gestaltungsmacht ausgeschlossen. In den Jahren nach der friedlichen Revolution hatte man sich mit solcher Zweitrangigkeit abgefunden, weil zu offensichtlich der eigene Staat im Systemwettbewerb unterlegen war. Doch je mehr ein wirklich gemeinsames Deutschland entstanden ist, umso mehr empört es nicht wenige, dass noch ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution herausragende gesellschaftliche Positionen für Ostdeutsche schwerer zu erreichen sind als für Westdeutsche, die weiterhin auf Führungspositionen in den neuen Bundesländern nachrücken. Ein solcher Elitentausch ist aber gerade in Sachsen aufgrund der Unverkennbarkeit des dortigen Akzents besonders leicht erkennbar.

Im Rückblick mag man jetzt ebenfalls bemerken, dass mit der besonders heftig in Dresden ausgetragenen Debatte um Pegida sich diese große Kulturstadt einmal mehr als ein Ort erwies, an dem es auf für Deutschland insgesamt wichtige Richtungsentscheidungen hinauslief. Denn so war es gewesen im Umfeld und Nachgang der großen Rede Helmut Kohls am 19. Dezember 1989 vor der Ruine der Frauenkirche, als tatsächlich die innenpolitischen Weichen hin zur raschen Wiedervereinigung gestellt wurden. So war es gewesen beim Dresdner Streit um den Sinn eines Wiederaufbaus von Frauenkirche und historischem Neumarkt, der letztlich den Streit um den Wiederaufbau des innenstadtprägenden Schlosses von Potsdam sowie der Frankfurter Altstadt zwischen Römerberg und Kaiserdom präfigurierte. Und ebenso war es gewesen beim Dresdner Streit um das richtige Gedenken an die Zerstörung der Innenstadt am 13. Februar 1945, der viel mehr als alle Debatten um thematisch Ähnliches in Nürnberg, Würzburg oder gar Pforzheim herausarbeitete, worauf es bei einer heute politisch relevanten Erinnerungskultur ankäme. Vermutlich versteht man Wichtiges an Pegida als Dresdner Hervorbringung auch von dieser Traditionslinie her. Dann liegt es allerdings nahe, nicht vor allem nach Gründen einer besonderen *Ignoranz* der Dresdner zu fahnden, sondern in erster Linie zu klären, warum es in dieser Stadt eine eigentümlich große *Sensibilität* für Identitäts- und Kulturfragen gibt.

Was tun?

Im Grunde wirkt Pegida – und im Nachgang die programmatisch neu aufgestellte AfD – wie eine Art Brandbeschleuniger für einen seit 1989

schwelenden innerdeutschen Kulturkonflikt, der im Feuilleton vieler Zeitungen und in Dutzenden von Talkshows ausgetragen wird. Bei diesem Kulturkonflikt ist seitens der Gegner des aufziehenden Rechtspopulismus gleich zweifach Arroganz im Spiel. Jeweils wurzelt sie im Stolz auf eigene Macht. Einesteils wird schlicht festgestellt: »Dieses haben wir schon immer so gemacht, jenes noch nie; da könnte doch jeder kommen; also weiter so!« Andernteils ereifern sich die Tugendwächter des öffentlichen Diskurses: »Schon Deine Sprache verrät Dich; wir kennen Dich besser als Du selbst; wer so ist wie Du, gehört nicht zu uns – und deshalb werden wir Deinen Themen und Gedanken auch keine Bühne bieten!«

Insgesamt sind diese Reaktionsschemata tragisch. Sie führten zu großer Eskalationsdynamik durch das Zusammenwirken von Fehldiagnosen beziehungsweise Fehltherapien mit Trotzreaktionen seitens der ihrer wachsenden Stärke bewusst werdenden Rechtspopulisten. Die Fehldiagnosen oder Fehltherapien reichen von »Nazis raus!« bis zum neu empfohlenen »Aufstand der Anständigen«; die Trotzreaktionen münden in »WIR sind das Volk – und IHR seid Volksverräter und die Lügenpresse!«. Bis heute ist diesem Reaktionsschema aufgrund von medialem Druck nur schwer zu entkommen. Eben deshalb agieren die meisten Politiker weiterhin hilflos. Nie gab es ein »Wir haben verstanden!«. Also besteht die Repräsentationslücke seitens der etablierten Parteien fort – und wird nun, womöglich auf Dauer, von der AfD geschlossen. Der spielt weiterhin in die Hände, dass rechte Denkfiguren und Interessen nicht nur als solche verpönt sind, sondern sich obendrein nicht länger in einer passablen Elitensprache ausdrücken lassen. Eben das macht die AfD attraktiv gegen jene, die sich ohnehin gegen »sie bevormundende« Eliten wehren wollen.

Was aber löste derart kontraproduktive Reaktionen gerade in solchen Kreisen aus, die sonst so stolz sind auf ihre Offenheit, Empathie, Toleranz, Neigung zum kritischen Diskurs? Es ist durchaus beunruhigend, dass sich im Streit um Pegida gerade jene diskursschwach verhalten haben, die sonst den offenen Diskurs so gerne loben: Journalisten, zivilgesellschaftliche Eliten, Sozialwissenschaftler, auch Politiker. Selbst in einer offenen Gesellschaft mit pluralistischer Demokratie gilt offenbar: Wer Macht hat, der kann es sich leisten, nicht hinzulernen zu müssen – oder glaubt das zumindest so lange, bis die Wirklichkeit selbst ihn eines anderen belehrt. Das tut sie aber unweigerlich, denn solches Verhalten legt einesteils jene Wandlungsprozesse lahm, die eine Gesellschaft unter veränderten Umständen nun einmal braucht. Andernteils misslingt ohne offenen, fairen Diskurs die Akzeptanzsicherung politischer Entscheidungen, ja auch gesetzlicher Regelungen. Allein

auf Kommunikation beruht nämlich die Geltung von Normen – und die Legitimität einer politischen Ordnung ohnehin. Im auf Pegida und die AfD gemünzten »Kampf gegen rechts« haben wir unsere Demokratie also nicht gestärkt, sondern den ohnehin aufkommenden Rechtspopulismus nur gemästet. Und im Grunde war es Denkkonservatismus, der so viele daran hinderte, mit Pegida und der AfD wirkungsvoll im Dienst unserer pluralistischen Demokratie umzugehen. Es wurde nämlich kein aufs Klügerwerden ausgehender politischer Streit herbeigeführt, sondern nur Polarisierung, ja nachgerade Feindschaft gezeugt. Die Folge sind selbst errichtete Diskurshindernisse.

Was aber hätte man tun können, um das Großwerden des neuen Rechtspopulismus zu verhindern? Und was sollte man fortan tun? Die Antwort fällt nicht schwer, weil sie ganz den Leitgedanken pluralistischer Demokratie entspringt:

Ernst nehmen, was an Sorgen und Anliegen hinter den – nicht selten ungehobelten und missratenen – Aussagen von Rechtspopulisten steht. Auch politische Gegner nicht verteufeln. Dabei keine Forderungen durchgehen lassen, die sich gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung, Minderheiten, Eingewanderte oder Ausländer richten. Demonstrieren für die Werte unserer offenen Gesellschaft, auch auf der Straße. Rechtzeitig vor Ort mit den Bürgern über Unterkünfte und Integrationsmöglichkeiten für Zuwanderer sprechen. Und in einem bundesweiten, offenen Diskurs tragfähige Grundzüge einer nachhaltigen Einwanderungs- und Integrationspolitik entwickeln.

Heute kann man vielleicht leichter erkennen als in den Anfangsmonaten Pegidas, dass die Befolgung solcher Ratschläge unsere Demokratie gemäß ihren eigenen Regeln mit dem aufbrandenden Rechtspopulismus fertig werden ließe. Befreien wir uns deshalb von denk- und verhaltenskonservativen Antifa-Reflexen – und verlassen wir uns endlich wieder auf die bewährten Regeln pluralistischer Demokratie!

---

135. Guillermo Aveledo Col, Vom Ende der populistischen Ära. Lateinamerika und die Linkspopulisten, in: Politische Meinung, Nr. 539, Juli/August 2016, 61. Jahrgang, 89-91.

136. Col, 90.

137. http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Rechtspopulismus.

138. Vgl. Viola Neu, Die Heimatlosigkeit des Protestes – Wie sich politische Empörung in der deutschen Parteienlandschaft positioniert, in: Die Politische Meinung, Nr. 539, Juli/August 2016, 61. Jahrgang, 12-16.

139. Neu, 13.

140. Neu, 15.

141. Siehe inzwischen Werner Patzelt und Joachim Klose, Pegida. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016.

142. Siehe dazu Wolfgang Engler, Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2004.

Thomas Sternberg

Das Christliche im Abendland

Europas Zukunft aus christlichem Geist gestalten

Ein christliches Abendland?

In den letzten Monaten war viel von »europäischen Werten« die Rede, die es zu bewahren und zu verteidigen gelte. Auch das »christliche Abendland« wird wieder thematisiert. Die Begriffsgeschichte zeigt auf, wie schillernd das »Abendland« ist. Als deutsche Übersetzung der Bezeichnung Okzident für den Westen war er in Gegensetzung zum östlichen, »morgenländischen« Orient gebraucht. Um den Begriff war es lange Jahre, wenn nicht Jahrzehnte still geworden. Abendland bezieht sich im Wesentlichen auf die westlichen europäischen Länder, die sie sich im Gefolge der Emanzipation des weströmische Reiches vom Reichszentrum Konstantinopel gelöst hatten. Sie bildeten im Reich Karls des Großen den Auftakt zu einem Mittelalter, das sich von den seit dem siebten Jahrhundert arabisierten Ländern des Südens abgrenzte. Eine neuerliche Teilung der Welt geschah nach dem »Großen Schisma« 1054, als sich die östliche und westliche Christenheit trennte. Dass dieses »Abendland« eine, wenn auch nie exklusive Prägung durch das lateinische Christentum hatte, ist unbestreitbar. Aber Europa war auf eine Integration fremder Einflüsse und den Ausgriff auf die Welt geprägt. Die Epochen seiner Geschichte, in denen Europa integrationsfähig und offen war für das Fremde und Andere, waren die erfolgreichsten seiner Geschichte.

In der Weimarer Republik wurde der Begriff Abendland vorwiegend von nationalkonservativen und rechten Kräften besetzt. Der Kulturphilosoph Oswald Spengler schrieb 1918 über den bevorstehenden »Untergang des Abendlandes«, eine Schrift, die nicht zuletzt von den Nationalsozialisten für ihre Ideologie benutzt wurde. Nach dem Krieg, in den Fünfzigerjahren, hatte die Rede vom »Christlichen Abendland« Konjunktur in Abgrenzung zum Ostblock. Nicht zuletzt seit der Wiedergewinnung des mittel- und osteuropäischen Raumes für das europäische Selbstverständnis durch die Auflösung des Ostblocks nach 1990 wurde der Begriff nicht mehr verwandt.

In den letzten Jahren erlebt er eine neue Konjunktur, weil die rechtspopulistische Pegida-Bewegung daran anknüpft, deren Kürzel für »Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« steht. Befürchtet wird von ihr eine »Islamisierung«. Gegenmodell und Heilmittel soll dessen christliche Kultur sein, eine Kultur, die aber nicht näher bestimmt wird. Diese hat auch einen zentralen Stellenwert in der Präambel des vor einigen Monaten beschlossenen Grundsatzprogramms der AfD: »Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.«

Alle immateriellen Güter, die in diesem Satz aufgezählt werden, sind für sich genommen zustimmungsfähig und unterstützungswürdig: Menschenwürde, Familie, Bewahrung des kulturellen Erbes, Frieden, Demokratie, nationale Souveränität. Doch nichts davon, mit Ausnahme der Erwähnung der »abendländischen christlichen Kultur«, ist etwas spezifisch oder exklusiv Christliches, nichts davon steht per se im Widerspruch zum Islam. Die Berufung auf das »christliche Abendland« wird aber nicht inhaltlich gefüllt. »Jene, die vorgeben, ›das christliche Abendland zu retten‹ (wenden) bisweilen Praktiken an, die für die christliche Ethik jenseits des Zulässigen liegen«, formulierte Rémi Brague bereits 1993. Was aber ist die spezifische abendländische christliche Kultur?

Das Wesen des Christlichen

Was ist christlich in Europa jenseits des Nachweises historischer kultureller Wurzeln, Residuen und Traditionen? Was macht den Kern der Kultivierung aus, wenn man ihn nach seinen positiven Seiten hin betrachtet? Die keineswegs mehr ungeteilte Zustimmung zu einer vertieften Integration der europäischen Staaten verlangt nach neuen grundsätzlichen Europadiskursen.

Im Mai dieses Jahres nahm Papst Franziskus in Rom den Internationalen Karlspreis entgegen. Bei dieser Gelegenheit übte der erste nichteuropäische Papst aus Südamerika wie zwei Jahre zuvor vor dem Europarat heftige Kritik an einem müde und alt gewordenen Europa. Aus der Außensicht erschien Europa dem Papst als ein Kontinent, der sich eher abschotte und verschanze, als neue Initiativen zu befördern. Seine Aufforderungen leiten zu einer anderen Herangehensweise an unser Thema. Er erinnert Europa an seine großen Fähigkeiten. Er wolle die Gelegenheit ergreifen, »gemeinsam einen neuen kräftigen Schwung für diesen geliebten Kontinent

herbeizuwünschen«. In der Erinnerung an die Gründungsidee und die Gründerväter der Gemeinschaft nannte er drei Fähigkeiten, die Europa wesentlich bestimmten: die zur Integration, zum Dialog und zur Kreativität.

Integration meine die Fähigkeit zur Aufnahme unterschiedlichster Traditionen, Kulturen und Menschen. »Die europäische Identität ist und war immer eine dynamische und multikulturelle Identität«, so ein Schlüsselsatz der Rede. Dialog sei ein Begriff, der eine ganze Kultur des Austauschs bestimmen müsse. Es müsse ein Lernprozess gefördert werden, der niemanden ausschließend in die Richtung einer gerechten Gesellschaft führen müsse. Kreativität, oder wie es in der deutschen Übersetzung heißt, »die Fähigkeit, etwas hervorzubringen«, ist vor allem als Anfrage an die junge Generation gemeint, die eine Chance finden müsste, ihre Fähigkeiten an Arbeitsplätzen einzubringen.

Als »ein Sohn, der in der Mutter Europa seine Lebens- und Glaubenswurzeln« habe, träume er von einem neuen europäischen Humanismus. An der Verwirklichung solcher Träume von einem sozialen und menschlichen Europa solle die Kirche mitarbeiten. »Ich träume von einem Europa, von dem man nicht sagen kann, dass sein Einsatz für die Menschenrechte an letzter Stelle seiner Visionen stand«, so schließt die Rede. Mit diesen drei Begriffen hat der Papst Regeln gesetzt, die über die Gruppe der Gläubigen oder gar nur der Katholiken weit hinaus greift.

Ein solcher Zugang zur Frage der europäische Identität fragt nicht nach dem materialen Gehalt christlicher Ausprägungen, sondern nach der Qualität und der Art der zugrundeliegenden Haltungen. Es lohnt sich, die Frage nach dem Christlichen nach der Form zu bestimmen: »Das Christentum (ist) weniger ein Inhalt als die Form der europäischen Kultur«, so noch einmal Brague. »Europas beste Traditionen wurden von Menschen begründet und bewahrt, deren Ziel niemals die Etablierung einer ›christlichen‹ Zivilisation war, sondern die konsequent im Glauben an Christus lebten.« Was macht diesen christlichen Glauben in all seinen Implikationen, Einflüssen und Anpassungen wesentlich aus, wenn man ihn auf Staat, Gesellschaft, Kultur und Person bezieht? Was ist das spezifisch Christliche?

Es zeigt sich vor allem in der Vorstellung von der Personenwürde jedes Menschen unabhängig von seiner Leistung; in der damit zusammenhängenden Individualität und in der sozialen Verantwortung gegenüber Jedem über die eigene Gruppe hinaus. Die christliche Geschichte Europas ist keineswegs eine *chronique scandaleuse*, so wie sie sicher auch keine stringente Verwirklichung christlicher Ideale ist.

Aber über das Christentum wurden humane Impulse gesetzt, die aufzuweisen und zu bewahren sind. V.S. Naipaul, der englische

Literaturnobelpreisträger, weist mehrfach darauf hin, dass in dem Land seiner Väter, in Indien, Mahatma Ghandi das soziale Denken im Christentum Englands kennengelernt und von dort her mitgebracht habe. Das karitative Denken und Verhalten macht einen wesentlichen Grundzug des Christentums aus.

Ihr Grund liegt in den vorbegrifflichen Geschichten, Erzählungen und Bildern der Bibel. Welche Kraft hat etwa im ersten Buch der Bibel das Motiv des Jakobskampfs: Da erzwingt sich jemand im Kampf mit Gott den Segen und hinkt als Krüppel mit ausgerenkter Hüfte, aber als Gesegneter des Herrn hinweg (Gen 32). Die Parabeln des Neuen Testamentes variieren den Dienst für die Bedürftigen. Der Barmherzige Samariter mit der Hilfeleistung des Fremden für Fremde ist ein zentrales Narrativ der europäischen Sozialgeschichte. Das Motiv kulminiert in der Selbstidentifikation Jesu mit den Armen: »Was ihr dem Geringsten getan / nicht getan habt, das habt ihr mir / mir nicht getan« (Mt 25, 40). Die Deutung der karitativen Hilfe als Christusdienst hat in der europäischen Geschichte nachhaltige Wirkung gehabt. Wilhelm Grimm meint, die europäischen Regeln der Gastfreundschaft mit ihren vielen Geschichten hätten ihren Grund in dieser Erzählung.

Und diese Motive werden in der Geschichte produktiv. Die Entstehung der Sozialeinrichtungen und Krankenhäuser baut auf dem hohen Rang der Diakonie auf. In großen, Maßstab setzenden Persönlichkeiten wie dem Mönch und Bischof Martin von Tours werden sie greifbar. Das Motiv geht in die Erzählungen und Legenden von Hilfeleistungen am unerkannten Jesus ein und lassen sich in allen europäischen Sprachen nachweisen. Die karitative Hilfe ist nicht allein ethische Pflicht, sondern wird zum Gottesdienst.

Es ist nicht allein der christlich motivierte Sozialdienst, der zum Kern europäischen Selbstverständnisses gehört. Es ist ganz allgemein die Auffassung des Lebens als Dienst für andere. In der Lehre Jesu von seiner Existenz als Dienst, von der Aufforderung, nicht sich bedienen zu lassen, sondern zu dienen, mit der Ankündigung, der Höchste im Himmelreich werde der sein, der der Diener aller ist, schließlich in der Paradoxie des Kreuzes, an dem der radikal Scheiternde Sieger bleibt: Das ist eine Umwertung aller in der antiken Umwelt geltenden Werte. Auch wenn diese Verkündigung in der Geschichte der Christen keineswegs immer ihre Umsetzung gefunden hat, so blieb sie doch immer Anspruch und Stachel im Fleisch.

Zum kulturellen Erbe Europas gehören die Auffassungen von Humanität und Menschenwürde. Dazu gehört eine prinzipielle Offenheit und Dialogfähigkeit. Man sehe nur auf Thomas von Aquin, der in der Lage war, arabische Quellen zu verarbeiten und so das Gedankengut eines anderen kulturellen Ursprungs aufzunehmen und

zu integrieren. Dazu gehört auch das soziale Denken und Handeln. Wir haben eine Sozialordnung verinnerlicht, in der derjenige, der Not leidet und Hilfe braucht, die Solidarität der anderen verdient. Man denke hier an große Sozialpersönlichkeiten wie Martin von Tours.

Besonders aufschlussreich ist dabei, dass sich dieses Solidarprinzip nicht allein aus dem jesuanischen Gebot der Nächsten- und Fernstenliebe (denn auch der ferne, der flüchtende oder sozial abgehängte Mensch, kann der Nächste sein) speist. Solidarität wird in der christlichen Sozialethik nicht einfach als die Forderung nach altruistischem Verhalten konzipiert, sondern ist vielmehr die Forderung, das Ganze im Blick zu behalten, von dem alle abhängig sind. Wir leben in engen Verflechtungen und können nicht so tun, als ob die Probleme, die uns in Form von Migrationsströmen oder islamistischem Terror erreichen, in den Ländern des Südens, des Nahen und Mittleren Ostens und der arabischen Welt allein hausgemacht wären. In diesem Solidarprinzip sind zudem die altruistische Nächstenliebe und das wohlbedachte, verflechtungssensible Eigeninteresse eine Verwandtschaft eingegangen.

So ist auch die Entwicklung in den Gesellschaften und Staaten Europas und in der von ihnen gebildeten Gemeinschaft in ständiger Bewegung. Eine christliche Identität Europas, oder besser: eine christliche Identität in Europa, ist nichts Starres, Statisches, Unbewegliches. Nichts, das durch Abschottung und Abwehr von fremden Einflüssen bewahrt oder konserviert werden könnte. Sie muss entwicklungsoffen und fähig sein, mit neuen Einflüssen und veränderten Rahmenbedingungen umzugehen und sie im günstigsten Fall zu adaptieren.

Die AfD als Herausforderung für unsere Demokratie

Die AfD ist eine noch ganz uneinheitlich auftretende politische Sammlungsbewegung vieler Unzufriedener. Noch kann niemand sagen, ob die AfD sich dauerhaft als politische Partei etablieren kann. Aber ihre im Grundsatzprogramm verdichteten Botschaften dürfen deshalb nicht auf die leichte Schulter genommen werden.

Bei der Lektüre wird deutlich, wie groß das Misstrauen und wie entschieden die Kampfansage gegenüber dem gewachsenen Gesellschafts- und Staatsmodell ist, in das so viele Spuren christlichen Denkens und Handelns eingegangen sind. Die AfD steht für Abgrenzung statt Öffnung, sie will spalten, statt zu integrieren. Schon

auf den ersten Seiten fällt auf: Die AfD lehnt das bestehende politische System ab. Sie stellt verschwörungstheoretische Mutmaßungen an und Kernsätze des Grundgesetzes zur Disposition. Sie will den Sozialstaat drastisch zurückbauen. Sie will in vielen Bereichen zurück in eine vermeintlich »gute alte Zeit« und glaubt, man könne ungeliebte gesellschaftliche Veränderungen durch politische Entscheidungen aufhalten.

Eine so eindrückliche wie entlarvende Illustration der zum Programm geronnenen Verschwörungstheorien ist eine Passage aus dem Kapitel über »Demokratie und Grundwerte«, die Beschreibung der in den Augen der AfD degenerierten politischen Kultur in Deutschland: »Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.«

Das hierin zum Ausdruck kommende, indirekt sogar zum Volksaufstand animierende Misstrauen gegenüber den etablierten Akteuren und Strukturen unserer Demokratie, der nach Josef Isensee »bescheidensten Staatsform der Weltgeschichte«, ist eklatant. Dem müssen die demokratischen Akteure etwas entgegensetzen: Denn es ist ein hohes Gut, dass dieses Land durch die gründliche Meinungsbildung in Parteien und Parlamenten, flankiert von der kritischen Berichterstattung in den Medien und kontrolliert durch eine unabhängige Rechtsprechung, in verlässlicher und auch berechenbarer Weise politisch handlungsfähig ist. Es ist ein hohes Gut, dass die Politik durch Aushandlungsprozesse zu tragfähigen Kompromissen kommen kann. Und mit einem Blick nach Polen und Ungarn zeigt sich: Es ist besser, wenn in einem transparenten und fairen parlamentarischen Verfahren Kompromisse erreicht werden, die den Vertretern der Kirche als »kleineres Übel« erscheinen mögen, als wenn man nur um den Preis der systemischen Unfreiheit zu vermeintlich besonders »katholischen« Gesetzen kommt.

Zu unserem entwicklungsoffenen, fortzuschreibenden kulturellen Erbe gehört auch die Übereinkunft zu demokratischer Willensbildung in der Zivilgesellschaft, in Parteien und Parlamenten. Die Qualität der parlamentarischen Demokratie darf man sich nicht schlechtreden lassen, sondern diese Strukturen müssen immer aufs Neue mit Leben

gefüllt werden.

Wie missbrauchsanfällig eine plebiszitär gesteuerte politische Ordnung ist, hat spätestens die Brexit-Kampagne in Großbritannien gezeigt, in der die Schwarzweißmalerei nicht bei groben Vereinfachungen haltmachte, sondern wo auch mit Verfälschungen und Verzerrungen der Fakten gearbeitet wurde. Ob präsidiale Demokratien gegenüber populistischen Vereinfachungen wehrhaft sind, werden nicht zuletzt die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA und in Frankreich zeigen. In beiden Fällen blicken wir in den jeweiligen Wahlkämpfen angesichts aussichtsreicher Kandidaturen von Donald Trump und Marine Le Pen in Abgründe nationalistischer Ressentiments.

Offenheit für andere Religionen

Auch beim Umgang mit dem Islam und mit Religion insgesamt wird deutlich, dass die AfD nicht eine kulturelle Tradition fortführen will, sondern ein anderes Land und eine andere Gesellschaft anstrebt. Es wird nicht allein die öffentliche Präsenz des Islam angefeindet. Das Parteiprogramm ist durchzogen von einem generellen Misstrauen gegenüber Religionen. Wer den islamischen Religionsunterricht ablehnt, entzieht auch dem christlichen seine Legitimationsbasis. Die AfD legt die Axt an die Wurzel der bewährten religionsfreundlichen Ordnung in Deutschland.

Fast zeitgleich zum Beschluss des Parteiprogramms hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Migration und Integration in seinem Jahresgutachten dringend die institutionelle Integration des Islam empfohlen – als Aufgabe für den Staat und die muslimischen Gemeinschaften. Der Sachverständigenrat spricht sich explizit für die Beibehaltung und Ausschöpfung des bestehenden religionsverfassungsrechtlichen Rahmens aus, der genügend Platz auch für andere Religionsgemeinschaften als die christlichen Konfessionen biete. Denn die Antwort auf religiös-weltanschauliche Pluralisierung in Deutschland muss und sollte nicht die Neutralisierung oder ein strenger Laizismus sein.

Im Gegenteil: Für die Integration von Menschen anderer Religion ist die Glaubensverwurzelung der Gesprächspartner kein Nachteil, sondern ein Vorteil. Gerade überzeugte christliche Frauen und Männer können solche Dialoge führen. Die integrative Kraft von Religion kommt dann zum Tragen, wenn die Zugehörigkeit zur religiösen Gemeinschaft auch die zur Gesellschaft fördert, indem sie zum Beispiel bürgerschaftliches Engagement aktiviert. Zugleich gibt es aber auch ein Potenzial religiöser Überzeugungen zu Ausgrenzung und

Abschottung – wir kennen dieses Phänomen von unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften.

Die positiv-integrative Kraft und der Dialog der Religionen stellen eine notwendige Gegenwartsaufgabe dar, von der die Gesellschaft insgesamt profitieren kann. Der Gesprächskreis »Christen und Muslime« beim Zentralkomitee hat mit der anlässlich des Leipziger Katholikentags 2016 publizierten Erklärung »Keine Gewalt im Namen Gottes! Christen und Muslime als Anwälte für den Frieden« ein unmissverständliches Zeichen gesetzt. Diese Erklärung trägt zur Versachlichung der öffentlichen Debatte bei und macht deutlich: Religion ist nicht das Problem, sondern Teil der Lösung.

Europa aufbauen

Teil der Lösung zu sein, das haben sich die, die vor über zwei Generationen, seit dem Abschluss der Römischen Verträge vor fast sechzig Jahren, aufgewachsen sind, auch vom Prozess der europäischen Integration erhofft. Dieser Prozess, der uns doch als unumkehrbar erschien, scheint heute infrage gestellt. Über Jahrzehnte ging es stets in die Richtung einer immer engeren Verbindung der EU-Mitgliedsstaaten. Der Motor der europäischen Integration kam zwar manches Mal ins Stottern, aber er ist immer wieder angesprungen.

Doch welches Bild bietet die Europäische Union in diesen Tagen? Nach dem Rückschlag des britischen Votums für ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU müssen die Staaten der EU vorrangig bemüht sein, den erreichten Status quo zu halten. Dazu gehören die offenen Grenzen im Schengen-Raum, die gemeinsame Währung und nicht zuletzt der Verbleib der Staaten in der Gemeinschaft, in denen es wie in Großbritannien anschwellende Kampagnen für ein Verlassen der Europäischen Union gibt.

Nur die europäische Einigung kann langfristig Frieden und Wohlstand ermöglichen. Die Rückkehr zu nationalistischer Politik wäre keine Lösung – sie wäre überhaupt nicht mehr möglich. Der Rekurs auf nationalstaatliche Politik scheint auf den ersten Blick eine Reduzierung von Komplexität zu bedeuten, nähme aber die tatsächlichen Verflechtungen unzureichend zur Kenntnis. Die Ausbildung des Nationalismus im 19. Jahrhundert mit seiner Gleichsetzung von Volk, Kultur und Staat hat die Kriege des 20. Jahrhunderts vorbereitet und unermessliches Leid über die Welt gebracht. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa!

Die vollzogenen politischen Integrationsschritte müssen auf der Ebene der europäischen Bürgerinnen und Bürger nachvollzogen werden, um die europäische Integration zu konsolidieren und zu

verinnerlichen. Christliche Frauen und Männer haben die Losung »mehr Europa« immer schon mit der konkreten Selbstverpflichtung zu mehr Europa auch bei ihnen und durch sie selbst verbunden. Dieses Europa muss mit vielen einzelnen Aktionen mit Leben gefüllt werden; die Zugehörigkeit muss spürbar und erlebbar werden. Dazu gehört auch Klarheit in den europäischen Strukturen, die mediale Präsenz europäischer Politik, eine Verfassung und die Kennzeichen einer Bundesstaatlichkeit.

Wichtig ist die persönliche Begegnung unter Europäern. Neben den Jugendaustauschwerken sind nicht zuletzt im Bereich der Wissenschaften wichtige Fortschritte über die Programme Sokrates und Erasmus erzielt worden. Ohne die persönliche Begegnung kann Europa nicht wachsen, bleibt das gemeinsame Haus Europa ein Kartenhaus, das den aktuellen Stürmen nicht trotzen kann. Im heute besonders dringlichen Austausch mit unserem Nachbarn Polen waren es einzelne Persönlichkeiten, die in den vergangenen 50 Jahren die Aussöhnung und Freundschaft begründet haben. Man denke nur an Tadeusz Mazowiecki auf der polnischen und Bernhard Vogel auf deutscher Seite.

Erinnerung an die Anfänge

Es ist zu erinnern an die europäischen Gründerväter, die auf den Trümmern zweier Weltkriege begonnen haben, ein Europa wieder aufzubauen und zu einigen. Der Geist der Gründergeneration war ein christlicher Geist. An den Anfängen der Integration stehen mit Robert Schuman (1886–1963), Konrad Adenauer (1867–1976) und Alcide de Gasperi (1881–1954) drei Persönlichkeiten, die nicht zuletzt durch ihre Religion verbunden waren; alle drei waren gläubige Katholiken. Eine Rede de Gasperis am 13. Oktober 1953 in Rom macht die christliche Fundierung der europäischen Integration zum Thema: »Noch jüngst wurden wir, die Kämpfer für ein Europa, von einigen beschuldigt, im Verborgenen eine Art von Identität zwischen Europa und dem Christentum und, noch besser gesagt, zwischen Europa und dem Katholizismus herzustellen. Abgesehen davon, dass die Anschuldigung unbegründet ist, ist sie außerdem noch dumm. (…) Es sei uns allerdings erlaubt, darauf hinzuweisen, dass das Christentum, das in unseren Augen eine Gottessache ist, allen Menschen gehört und sich an alle richtet. Es lediglich zur europäischen Sache zu machen, würde eine Einengung und Degradierung bedeuten. (…) Wie soll man andererseits ein Europa konzipieren, ohne das Christentum zu berücksichtigen und seine Lehren über Brüderlichkeit? Die Gesellschaft und die Einheit außer Acht zu lassen? Im Laufe seiner

Geschichte war Europa sehr wohl christlich, wie Indien, China und der Nahe Osten auf der Grundlage anderer Religionen sich gebildet haben. Wie ließe sich Europa vom Christentum trennen? […] Ich weiß sehr wohl, dass auch das Freidenkertum europäisch ist. Wer von uns hat jemals daran gedacht, es im freien Europa, das wir aufbauen wollen, zu verbannen? Vor allem ist das Christentum aktiv, immerwährend aktiv, in seinen moralischen und sozialen Auswirkungen. Es verwirklicht sich im Recht und in der sozialen Aktion. Seine Achtung vor der freien Entfaltung der Persönlichkeit, seine Neigung zu Toleranz und Brüderlichkeit kommen in seinem Einsatz für ausgleichende Gerechtigkeit im sozialen Bereich und für den Frieden auf internationaler Ebene zum Ausdruck.« Der englische Historiker Arnold J. Toynbee (1889–1975), der bei diesem Vortrag anwesend war, schrieb der Familie in seinem Kondolenzbrief zum Tode de Gasperis 1954: »Es wurde mir klar, dass de Gasperi, Schuman und auch Adenauer Gemeinsamkeit in ihrer Religion hatten. Katholiken können sich einfach nicht nur der Bedeutung ihrer eigenen Nation bewusst sein!«

Die Bewertung der christlichen Traditionen ist allerdings keineswegs unangefochten, wie auch der abwehrende Ton in der Rede de Gasperis deutlich macht. Dagegen stehen diametral andere Positionen. Der Streit darüber, ob das Christentum die Grundlage unserer Kultur ist oder umgekehrt sich die moderne Kultur in Absetzung gegen und als Befreiung von der Religion entfaltet habe, bestimmte schon die Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts und hat Auswirkungen bis heute. Einige, die sich heute zu der Frage äußern, sprechen dem Christentum geradezu ab, die Wertordnung Europas wesentlich bestimmt zu haben.

Der Politikwissenschaftler Thomas Meyer wandte sich in seinem Buch über »Die Identität Europas« gegen einen »fundamentalistischen Identitätswahn«: »Das Märchen von der glatten Geschichte der Entfaltung des Liberalismus im Christentum glaubt doch niemand mehr, wenn er genauer hingeschaut hat.« Später heißt es: »Es gibt in Europa viele kulturelle Identitäten, die alle aus europäischem Stoff gemacht sind, aber nicht aus demselben.« Und der Bremer Politikwissenschaftler Christian Welzel antwortet in einem Zeitschriftenbeitrag 2004 auf einen Artikel des damaligen Kardinals Josef Ratzinger, der unter der Titelfrage »Warum hasst sich der Westen?« stand: »Es ist ein Irrglaube, dass das Christentum den Kern der westlichen Identität ausmacht. Richtig ist, dass die westliche Kultur ihre Strahlkraft da entfaltet hat, wo sie sich aus ihren christlichen Fesseln gelöst hat. (…) Nicht das Christentum, sondern dieser emanzipatorische Zug macht die Identität der westlichen Kultur aus. Diese Identität ist nicht im Verfall begriffen. Sie entfaltet sich in

größerer Blüte denn je.«

Äußerungen wie diese ließen den Prager Kardinal Miloslav Vlk die Frage nach einem fundamentalistischen Laizismus in Europa stellen. Der in Florenz lehrende amerikanische Rechtshistoriker Joseph Weiler diagnostiziert bei den Europäern eine «Christophobie», eine Verleugnung ihrer christlichen Geschichte. Dagegen sieht er gerade in der Rückbesinnung auf diese Tradition die Chance, dass die Idee der europäischen Integration nicht im «verzerrenden Effekt der gemeinschaftlichen governance, der Entpersönlichung des Marktes, der Kommerzialisierung der Werte» verkomme. Sind die politischen Grundwerte und Menschenrechte wirklich ausreichend für eine spezifisch europäische Identitätsbildung? So unabdingbar die menschenrechtliche Fundierung ist, so unzureichend ist sie für eine wirkliche Identitätsbildung Europas, was sich nicht zuletzt in den historischen Beispielen von eklatanten Verletzungen dieser Prinzipien in Europa zeigt.

Das Christliche im Abendland lässt sich auch in der Geschichte Europas mit all ihren Höhen und Tiefen aufzeigen. Es gibt die Geschichten und Nachrichten von gelingendem Glauben und gelungenen Leben aus wahrhaft christlichem Geist, die Thema der Historiografie sind. Und in der Hagiografie, der Lebensbeschreibung der Heiligen, werden sie in einer alternativen Geschichtsschreibung erinnert. Sie dient der Erinnerung von Menschen, die nicht im Blickpunkt der Weltgeschichte standen, aber zum Teil als Antihelden memoriert werden und über ihre Viten Beispiele von christlicher Existenz geben. Sind es diese Elemente einer Gegengeschichte, die Europa im Innersten zusammenhalten?

»Am Wiederaufblühen eines zwar müden, aber immer noch an Energien und Kapazitäten reichen Europas kann und soll die Kirche mitwirken«, sagte Papst Franziskus im Mai. Es geht bei Europa, es geht bei der Demokratie und beim Beitrag der Religionen zum Gemeinwohl darum, das Eigene, die christliche Identität und die abendländische Tradition, nicht in Abgrenzung zu konstruieren, sondern sie als das begreifen, was die christlichen Traditionen im Kern meinen: Offenheit, Hilfe für Jedermann, Integration, Sozialverantwortung, Menschenwürde und ein Glaube, der nicht ausgrenzt, sondern sich öffnen kann für die Anderen; der Stürme übersteht, weil er selbst fest wurzelt. Es geht um die Offenheit für Veränderungen und das Vertrauen, dass das religiös-kulturelle Erbe Europas nicht zur Abgrenzung und zum Ausschluss des Fremden führt, sondern zu Dialog und Integration.

Kardinal Rainer Maria Woelki

Entschieden für Menschenwürde und Menschenrechte

Zur kirchlichen Haltung gegen Rechtspopulismus

Rechtspopulistische Strömungen sind in den letzten Jahren in Deutschland politisch bedeutsam geworden. »Pegida« bringt jeden Montag rund 2500 Menschen auf die Straße, und mit der »Alternative für Deutschland« ist eine rechtspopulistische Partei auf den Plan getreten, die inzwischen in acht Länderparlamenten und mehreren Kommunalparlamenten vertreten ist. Wie soll sich die Kirche gegenüber dem Rechtspopulismus positionieren? Wie soll sie sich Rechtspopulisten gegenüber verhalten?

Was ist Rechtspopulismus?

Charakteristisch für den Rechtspopulismus ist die zentrale Bedeutung des »Volkes« in der politischen Programmatik in Verbindung mit einer Abgrenzung des »Volkes« gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Elite (»denen da oben«) und gegenüber den »anderen«, die nicht zum »Volk« gehören. Der rechtspopulistische Begriff des »Volkes« umfasst dabei nicht alle sozialen Schichten, sondern bezieht sich auf die bürgerlichen Mittelschichten, die als gesellschaftliche »Leistungsträger« betrachtet werden – im Gegensatz zu den gesellschaftlichen Unterschichten, die als »Sozialschmarotzer« gelten. Im rechtspopulistischen Sinn wird das »Volk« außerdem als ethnisch, kulturell und politisch homogene Einheit verstanden. Die anderen, die »Fremden« gehören nicht zum »Volk«, zum Beispiel die Migranten, die Flüchtlinge oder auch die Andersgläubigen, also beispielsweise die Muslime. Mit der Frontstellung gegenüber den »Fremden«, in Verbindung mit der Abgrenzung gegenüber der politischen Elite unterbreitet der Rechtspopulismus der angestammten Bevölkerung insgesamt ein integrierendes politisches Identifikationsangebot. Dabei werden die besitzstandswahrenden Partikularinteressen der angeblichen bürgerlichen »Leistungsträger« jedoch unter der Hand zu einem allgemeinen »Volkswillen« umgedeutet.

Mit den beiden rechtspopulistischen Gegensatzpaaren »Volk« und die »anderen« beziehungsweise »Volk« und Elite sind die für die politische Agitation des Rechtspopulismus charakteristischen Feindbilder gegeben: Die Interessen des »Volkes« werden zum einen bedroht durch die »Fremden« und die »Sozialschmarotzer«, zum anderen durch »die da oben«, die »Altparteien« oder die »Etablierten«. Ausgehend von diesen Frontstellungen wählt sich der Rechtspopulismus seine Kampagnenthemen höchst flexibel mit Blick auf die aktuellen politischen Rahmenbedingungen aus. Dabei ist er bemüht, Ängste im »Volk« – zum Beispiel vor einer »schleichenden Islamisierung«, vor der »Zerstörung der kulturellen Identität« oder vor einer »Masseneinwanderung« von »Wirtschaftsflüchtlingen« – zu schüren und die Gegnerschaft gegenüber den vermeintlichen »Feinden des Volkes« zu intensivieren mit dem Ziel, das »Volk« gegen seine vermeintlichen »Feinde« aufzubringen.[143] Die Vorsitzende der Partei AfD forderte sogar, den Begriff »völkisch« wieder positiv zu besetzen – er habe mit Rassismus nichts zu tun. Aber man muss ihr entgegenhalten: »Völkisch grenzt aus. Es benennt den Wunsch, alles abzulehnen, was nicht zum eigenen Volk gehört. Es soll die Angst schüren, dass zu viele fremde Menschen herkommen und das Bestehende verändern könnten. Es ist die gleiche Angst, die sich auch im Begriff »Umvolkung« ausdrückt, den rechte Ideologen derzeit benutzen. Und es ist der gleiche Kampf, der versucht, lange verbrannte Worte wieder hoffähig zu machen, hinter denen sich eine Ideologie verbirgt.«[144]

Rechtspopulismus ist nicht mit Rechtsextremismus gleichzusetzen. Rechtsextremismus meint die Gemeinsamkeit der Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, die, »von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit von Menschen ausgehend, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangt und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklaration ablehnt. Rechtsextremismus räumt der ›Gemeinschaft‹ eindeutigen Vorrang vor dem Individuum ein, verlangt die Unterordnung des Bürgers unter eine deutlich obrigkeitsgläubig orientierte Staatsräson und verwirft jeden Wertepluralismus liberaler Demokratie mit der Stoßrichtung, Demokratisierung rückgängig zu machen«.[145] Rechtsextremismus und Rechtspopulismus können sich folgendermaßen zueinander verhalten: Rechtsextremismus kann sich eines rechtspopulistischen Stils bedienen, Rechtspopulismus kann Bezüge zu einzelnen Bestimmungsmerkmalen des Rechtsextremismus aufweisen, und es kann auch einen rechtskonservativen oder rechtsliberalen Rechtspopulismus ohne extrem rechte Bezüge geben.[146] Von einem rechtspopulistischen Verständnis von »Volk« als ethnisch, kulturell und politisch homogener Einheit her sind allerdings nahtlose

Übergänge zu (einzelnen) rechtsextremen Positionen möglich.

Die Nähe des Rechtspopulismus zum Dunstkreis rechtsextremer Einstellungen zeigt folgende Überlegung. Als Hintergrund für das Aufkommen des Rechtspopulismus in Deutschland gelten die Unsicherheiten in der Bevölkerung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen und Umbrüchen im globalisierten Kapitalismus sowie gesellschaftliche Entsolidarisierungsprozesse im Kontext neoliberaler Deregulierung und die damit verbundene Angst der unteren Mittelschichten vor sozialem Abstieg.[147] Dieser Zusammenhang ist aber nur unter der Prämisse von Ressentiments gegenüber Fremden und sozialen Unterschichten plausibel. Dass es in Deutschland solche Ressentiments in einem nicht unerheblichen Umfang gibt, haben sozialwissenschaftliche Langzeitstudien gezeigt (vgl. die Studien zur »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«, die »Leipziger Mitte-Studien« und die »neuen Mitte-Studien«[148]).

Zur kirchlichen Position gegenüber dem Rechtspopulismus

Die Kirche lehnt die politische Programmatik des Rechtspopulismus ab, bestimmten rechtspopulistischen Positionen und Kampagnen widerspricht sie entschieden und ächtet sie.[149]

Die Kirche lehnt auch die Frontstellung gegenüber den gesellschaftlichen Unterschichten im Rechtspopulismus ab. Sie tritt ein für die Inklusion und für die gesellschaftliche Teilhabe aller gesellschaftlichen Schichten; für eine Politik, die am Gemeinwohl ausgerichtet und sozial gerecht ist. Das Prinzip des Gemeinwohls erfordert insbesondere die Solidarität mit den armen und marginalisierten Gruppen der Gesellschaft (Papst Franziskus, Enzyklika »Laudato Si«[150]). Dies gilt übrigens in entsprechender Weise auch auf internationaler Ebene.

Die Kirche lehnt die Frontstellung gegenüber vermeintlich »Fremden« im Rechtspopulismus ab. Stattdessen tritt sie für die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt ein. Christen unterscheiden nicht nach Herkunft, Kultur oder Religion, sondern erkennen in jedem Menschen das Abbild Gottes. Die Kirche erkennt die Grundrechte der freien Entfaltung der Persönlichkeit und der Religionsfreiheit an. Nicht eine historisch gewachsene gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland steht unter einem dauerhaften verfassungsmäßigen Schutz, sondern die im Grundgesetz verbürgten Grundrechte (Art. 1–19 GG). Die Kirche steht in der Verantwortung, zum sozialen Zusammenhalt in unserer zunehmend vielfältigeren Gesellschaft

beizutragen. In ihrem kirchlichen Handeln fördert sie daher die Möglichkeit der Begegnung und des Dialogs zwischen den Kulturen, Weltanschauungen und Religionen.

Die Kirche ächtet rechtspopulistische Positionen und Kampagnen, die gegen die Menschenwürde verstoßen oder gegen die Gewährleistung von Menschenrechten gerichtet sind. National und international tritt die Kirche für die Würde aller Menschen und ihre unveräußerlichen Menschenrechte ein.

Gegen die Menschenwürde verstoßen Positionen und Kampagnen unter anderem dann, wenn sie einzelne gesellschaftliche Gruppen pauschal diskriminieren. Dies ist der Fall bei der Pegida-Kampagne gegen eine vermeintliche »Islamisierung« des Abendlands oder auch bei der ausgrenzenden Position der AfD, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. In diesem Zusammenhang lehnt die Kirche das für die rechtspopulistische Agitation typische Schüren von Ängsten nicht nur als schlechten politischen Stil ab, sondern vor allem deshalb, weil es auf Ressentiments setzt und mit Diskriminierungen von bestimmten Gruppen verbunden ist.

Die Grundrechte (Art. 1–19 GG) und die international anerkannten Menschenrechte bilden die Grundlage der staatlichen Politik. Daher kann es politisch immer nur darum gehen, die Voraussetzungen zur Gewährleistung der Grund- und Menschenrechte sicherzustellen. Im Gegensatz zu einer solchen Politik stehen die rechtspopulistischen Angriffe auf das Asylrecht als individuellem Schutzrecht. Solche Angriffe zeigen sich in der Forderung der AfD, das individuelle Grundrecht (Art. 16a GG) durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes zu ersetzen, und in dem Bestreben der CSU, die Zahl der Asylsuchenden zu begrenzen. An solchen Stellen verfolgt die CSU in ihrer Flüchtlingspolitik einen rechtspopulistischen Politikstil, ohne allerdings eine rechtspopulistische Partei zu sein.

Für die Menschenrechte gilt aber, dass sie gerade auch dann zu gewährleisten sind, wenn es unbequem werden könnte. Der Schutz eines an Leib und Leben bedrohten Menschen wiegt in jedem Fall höher als die Wahrung von Besitzständen in unserem Land.

Zum kirchlichen Umgang mit Rechtspopulisten

Die Kirche ist bereits in vielfältiger Weise in den öffentlichen Meinungsstreit mit dem Rechtspopulismus eingetreten – durch öffentliche Stellungnahmen, öffentlichkeitswirksame Aktionen oder auch durch ihre Anstrengungen, Flüchtlinge als neue Nachbarn in unsere Gesellschaft zu integrieren.[151] Damit hat sie direkt und indirekt die Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten aufgenommen. Die

weiterführende Frage, die sich jetzt stellt, ist die, ob die Kirche beziehungsweise die kirchlichen Vertreter darüber hinaus in einen direkten Dialog mit Rechtspopulisten eintreten sollen. Unter welchen Voraussetzungen ist ein solches Gespräch denkbar und unter welchen Voraussetzungen ausgeschlossen?

Bei der Festlegung der Voraussetzungen sind folgende Kriterien von Bedeutung. Der Gesprächskontext: Findet es im privaten Rahmen oder im öffentlichen Raum statt? Das Gesprächsthema: Geht es um die Lösung politischer Herausforderungen auf der Grundlage der Menschenrechte oder um eine Relativierung von Menschenrechten? Der Gesprächspartner: Hat das Gegenüber Bezüge zu rechtsextremen Positionen oder nicht? Ist er organisiert oder nicht? Handelt es sich um Führungspersonal von rechtspopulistischen Organisationen, um aktive Mitglieder, um passive Mitglieder, um Aktivisten, um Wähler, um Mitläufer oder um Sympathisanten?[152] Je nachdem sind die politischen Implikationen eines Gesprächs höchst unterschiedlich.

Bei Rechtspopulisten, die in irgendeiner Weise organisiert sind, ist neben der jeweiligen persönlichen Positionierung auch von Relevanz, inwieweit die Organisation extrem rechte Bezüge vertritt. Die AfD dürfte noch nicht als Organisation zu bezeichnen sein, die insgesamt durch extrem rechte Bezüge charakterisiert ist, auch wenn sich die Hinwendung zu solchen Bezügen in der letzten Zeit immer weiter verstärkt.[153] Pegida hingegen ist eindeutig als rechtspopulistisch mit rechtsextremen Bezügen einzuordnen.

Kirchliche Vertreter sind stets offen für ein persönliches Gespräch mit jedermann im privaten Rahmen. Im öffentlichen Raum ist ein diskursiv-argumentativer Dialog mit rechtskonservativen oder rechtsliberalen Rechtspopulisten über mögliche Lösungen politischer Herausforderungen unter Achtung der Menschenwürde und mit voller Anerkennung der Menschenrechte denkbar. Themen für einen solchen Dialog könnten sich insbesondere aus den gesellschaftlichen Hintergründen für das Aufkommen des Rechtspopulismus oder den aktuellen Herausforderungen der gesellschaftlichen Pluralität sowie der Aufnahme der Flüchtlinge ergeben: Wie können wir den arbeitenden Menschen ins Zentrum des wirtschaftlichen Geschehens rücken? Wie können wir angesichts der ethnischen, kulturellen, weltanschaulichen und religiösen Vielfalt den sozialen Zusammenhalt sicherstellen? Wie können wir in unserem Land das Risiko des sozialen Abstiegs minimieren, die sozialen Sicherungssysteme armutsfest machen und die seit gut zehn Jahren bei rund 15 Prozent liegende Armutsquote reduzieren?[154] Wie können wir die Aufnahme und die Integration der Flüchtlinge in unserer Gesellschaft bewältigen? Wie können wir die Mittel für die Bekämpfung der Armut, die armutsfeste Ausgestaltung des Sozialsystems und die Integration der Flüchtlinge

sozial gerecht aufbringen? Wie kann die gesellschaftliche Oberschicht, deren Vermögen im Vergleich zu dem der anderen Schichten in den vergangenen 20 Jahren überproportional gewachsen ist, hieran stärker beteiligt werden?[155]

Ausgeschlossen ist ein öffentliches Gespräch über politische Positionen, die einen Eingriff in den Wesensgehalt von Menschenrechten bedeuten würden oder mit der Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen verbunden sind. Genauso ausgeschlossen ist ein öffentliches Gespräch mit Rechtspopulisten, die sich diskriminierende Positionen zu eigen gemacht haben oder mit sonstigen Menschen verachtenden Äußerungen in Erscheinung getreten sind.

Gespräche mit Personen, die Pegida-Demonstrationen organisieren oder auf ihnen sprechen, sind daher auszuschließen ebenso wie Gespräche mit AfD-Vertretern, die mit Bezügen zu extrem rechten diskriminierenden Positionen in Erscheinung getreten sind. In dem Maße, wie sich die AfD noch weiter radikalisiert, kommt ein Gespräch mit AfD-Vertretern immer weniger infrage.

Bei dieser Grenzziehung handelt es sich nicht um eine undemokratische und unchristliche Gesprächsverweigerung. Unsere Demokratie beruht nicht nur auf Verfahren, sondern auch inhaltlich auf der Achtung der Menschenwürde und der Anerkennung der Menschenrechte. Wer diskriminierende Kampagnen und Forderungen, die den Wesensgehalt von Menschenrechten tangieren, zum Kern seines politischen Handelns macht, hat sich selbst außerhalb unserer Demokratie positioniert. Durch einen gleichberechtigten Dialog mit solchen Personen im öffentlichen Raum würden die diskriminierten Bevölkerungsgruppen aus dem öffentlichen Raum ausgegrenzt, und es würde politisch der falsche Eindruck entstehen, diese Personen beziehungsweise die von ihnen vertretenen Organisationen bewegten sich mit ihren Positionen im Rahmen der üblichen demokratischen Auseinandersetzung. Die Grenzziehung gegenüber solchen Positionen ist daher eine demokratische Notwendigkeit und ein Erfordernis christlicher Weltverantwortung, die sich im entschiedenen Eintreten für Menschenwürde und Menschenrechte manifestiert.[156]

---

143. Vgl. Alexander Häusler, Rainer Roeser und Lisa Scholten, Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD). Eine Studie im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung (Untersuchungsstand: 2. Mai 2016), 16-19: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/08/haeusler_roeser_scholten_afd_2016-08.pdf.

144. Kai Biermann, Kai, »Völkisch« ist nicht irgendein Adjektiv, Zeit-online 11.9.2016, 12:44: http://www.zeit.de/kultur/2016-09/frauke-petry-afd-voelkisch-volk-begriff-geschichte.

145. Christian Glaß, Politische Bildungsarbeit vs. Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus Jugendlicher, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, Heft 37 (1998) 69-84, zitiert nach: Samuel Salzborn, Rechtsextremismus. Erscheinungsform und Erklärungsansätze (= Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung 1623), Bonn 2015, 71.

146. Vgl. Häusler, Roeser und Scholten, 22.

147. Vgl. Häusler, Roeser und Scholten, 199.

148. Zusammenfassung der Studien des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld zur »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« unter https://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekte/GMF/Gruppenbezogene_Menschenfeindlichkeit_Zusammenfassung.pdf; Überblick über die »Leipziger Mitte-Studien« der Universität Leipzig (2006-2012 in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung) unter https://www.kredo.uni-leipzig.de/die-mitte-studien/; Überblick über die »neuen Mitte-Studien« der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld unter http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalte/studien_Gutachten.php.

149. Vgl. Bianca Klose, Vortrag am 16. Dezember 2014 beim Symposium der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema »Grenzen im politischen Meinungskampf – Zum Umgang mit rassistischen Vorurteilen und Diskriminierungsideologien«. http://www.mbr-berlin.de/veranstatlung-der-bundeszentrale-fur-politische-bildung-grenzen-im-politischen-meinungskampf/.

150. Vgl. Papst Franziskus, Enzyklika »Laudato Si«, Nr. 157f.

151. Vgl. die Aktion »Neue Nachbarn«. Flüchtlingshilfe im Erzbistum Köln: http://www.aktion-neue-nachbarn.de/.

152. Vgl. Andreas Hechler, Entscheidend ist der Kontext, http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/232123/andreas-hechler-entscheidend-ist-der-kontext?p=0#bio0.

153. Vgl. Häusler, Roeser und Scholten, 22.

154. Vgl. Zeit zu handeln. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2016, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e. V., http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/download-armutsbericht, 16-19.

155. Vgl. Deutschlandfunk, 25.1.2016: http://www.deutschlandfunk.de/ungleiche-vermoegensverteilung-reiche-werden-reicher-arme.1818.de.html?dram:article_id=343573.

156. Vgl. Klose, Vortrag am 16. Dezember 2014, Hechler, Entscheidend ist der Kontext, und Grit Hanneforth, Warum Neonazis auf Veranstaltungen nicht eingeladen werden sollten, https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/232143/grit-hanneforth-keine-nazis-auf-veranstaltungen.

Verzeichnis der Autoren und Herausgeber

- **Christian Hermes** ist katholischer Stadtdekan von Stuttgart.
- **Joachim Klose** ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Freistaat Sachsen.
- **Hans Joachim Meyer** ist ehemaliger sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst und ehemaliger Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.
- **Stefan Orth** ist stellvertretender Chefredakteur der Herder Korrespondenz.
- **Werner J. Patzelt** ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dresden.
- **Andreas Püttmann** ist Politikwissenschaftler und Publizist.
- **Volker Resing** ist Chefredakteur der Herder Korrespondenz.
- **Karlheinz Ruhstorfer** ist Professor für Systematische Theologie an der Universität Dresden und Vorsitzender der Deutschen Sektion der Europäischen Gesellschaft für Katholische Theologie.
- **Thomas Sternberg** ist Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.
- **Sonja Angelika Strube** ist als katholische Theologin Postdoc am Institut für Islamische Theologie an der Universität Osnabrück.
- **Kardinal Rainer Maria Woelki** ist Erzbischof von Köln.
- **Paul Michael Zulehner** ist emeritierter Professor für Pastoraltheologie der Universität Wien.